

Politische Berichte

Nummer 10 / 11. Jahrgang

11. Mai 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Artikel 23 und Ostkolonisation
* Israel: Manöver des Zionismus * Gelsenkirchen
auf dem Weg ins Jahr 2000? * Hannover: Bewer-
bung um „World Expo“ 2000 * DDR: Wirtschafts-
recht der Kommunen in Gefahr

Arbeitszeit kürzer und weiter differenziert?

Tarifabschluß Metall: Gesamtmetall muß Forderung nach Samstagsregalarbeit fallenlassen

Monatelang hatte Gesamtmetall die gewerkschaftlichen Forderungen in der Öffentlichkeit bekämpft, die eigenen Gegenforderungen zur Aushöhlung der Tarifverträge propagiert und die Lage getestet. Wenige Tage nach dem Ende der Friedenspflicht ging es dann schnell. Der Kapi-

talistenverband mußte das Lohnangebot erhöhen und in einer Reihe von Arbeitszeitfragen nachgeben; gleichzeitig konnte er jedoch die Interessen der Metallunternehmen nach stärkerer Differenzierung der Belegschaften in neuen Regelungen des Manteltarifvertrags unterbringen.

Die Überstundenverweigerungskampagne der vergangenen Wochen und die rasant zunehmenden Warnstreiks der letzten Tage haben bei Gesamtmetall die Alarmglocken klingeln lassen. Vielerorts hatte die Ideologie der Betriebsgemeinschaft — „Im Betrieb müssen wir doch alle interessiert sein, den Herausforderungen des Binnenmarkts, des Weltmarkts und der deutschen Einigung gemeinsam zu begegnen“ — Schrammen davongetragen. Verschiedentlich hatten Unternehmen einen Vorgeschnack bekommen, was an Geschäftseinbußen oder Konventionalstrafen für Terminüberschreitung ins Haus stehen könnte. Gleichzeitig hatte sich in den letzten Monaten über verschiedene Branchen hinweg, in der Industrie, im Handel, bei Post, Gesundheitswesens und anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes eine nachdrückliche Bewegung für erträgliche Arbeitsbedingungen, ausreichend Personal und Einkommensverbesserungen entwickelt. Gesamtmetall mußte feststellen: Ein Streik in der Metallindustrie wurde möglich und würde öffentlich schwer zu isolieren sein.

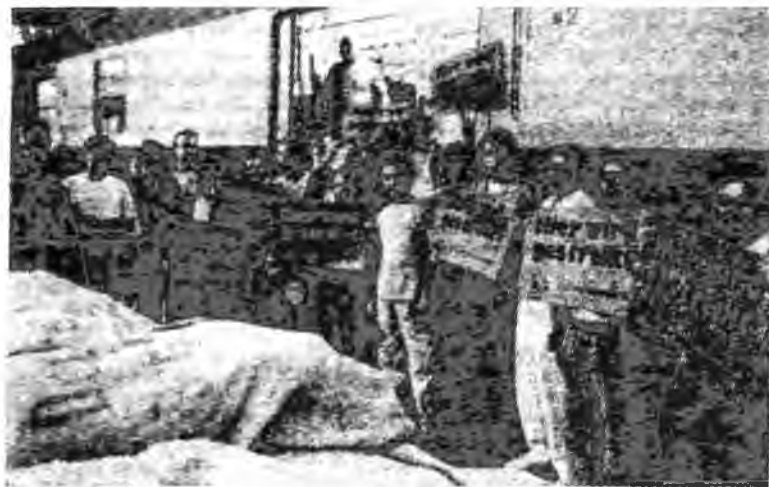
Diesen Streik hat der Kapitalistenverband aus wirtschaftlichen Gründen, hoch ausgelasteten Kapazitäten, Lieferrückständen usw., gescheut. Aber auch aus politischen Erwägungen: Ein Streik für bessere kollektive Arbeitsbedingun-

gen, also gegen die Freiheit der Unternehmen auf dem Arbeitsmarkt, mußte die Marktwirtschaftspropaganda gegenüber der DDR beschädigen. Deshalb hatte Gesamtmetall schließlich Eile. Das Lohnangebot wurde erhöht auf 6% ab 1.6.1990 mit zwei Einmalzahlungen von 215 DM für April und Mai und einem Betrag von 240 DM für den Wegfall der bisherigen Erstattung für Kontoführungsgebühren. Vor allem aber mußte Gesamtmetall nach der dreijährigen Lohnstariflaufzeit wieder eine einjährige Laufzeit unterschreiben, die eine rasche Reaktion auf die absehbare Teuerung möglich macht und die Fortführung der Kampagne für stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen erleichtert.

Bei der Arbeitszeit hat Gesamtmetall die 35-Stunden-Woche in zwei Stufen bis Oktober 1995 hingenommen, was zuvor strikt abgelehnt worden war. Die Arbeitszeit der Auszubildenden wird ab 1.7.1990 auf 37 Stunden verkürzt und dann entsprechend der allgemeinen Regelung. In einigen weiteren Punkten wie Teilzeit, Kindererziehungszeiten, Anpassung der Arbeitszeit an Kindergärtenöffnungszeiten ist Gesamtmetall Forderungen der IG Metall entgegengekommen. Insbesondere aber hat der Kapitalistenverband angesichts heftigen Widerstands einige seiner zentralen eigen-

nen Forderungen fallenlassen müssen: die Einführung des Samstags als Regelarbeitstag in den Tarifvertrag, die Streichung der bezahlten Pausen im Dreischichtbetrieb, die Aufhebung des Kündigungsschutzes für Ältere.

Andererseits hat Gesamtmetall eine Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte gegen Leistungsverdichtung verhindert. Die einschlägige Forderung der IG Metall wurde in einer unverbindlichen Protokollnotiz beerdigt. Mehrarbeit bleibt im bisherigen Umfang zulässig. Insbesondere aber wurde eine wuchtige Differenzierungsregelung in den Manteltarifvertrag hineingedrückt: bis zu 18% der Belegschaften können mit „Zustimmung des Beschäftigten“ ab sofort auf 40 Wochenstunden gesetzt werden. Die Betriebsräte haben dabei kein Mitbestimmungsrecht. Die Unternehmen können damit Maschinenlaufzeiten ausdehnen und gleichzeitig Überstundenzuschläge einsparen. Gesamtmetall hält diese Regelung für „höchst interessant“ (Handelsblatt, 7.5.) und wird alles daransetzen, die Differenzierung in den Unternehmen auszuweiten und die Bresche im Tarifvertrag noch weiter aufzureißen. Vieles spricht dafür, daß die Unternehmen dabei auf einen wachsenden Widerstand stoßen werden. — (rok)



Die Provokation der Postarbeitgeber, von der DPG die jetzt gültigen Zeitvorschlüsse als einzige Verhandlungsgrundlage für einen Bemessungstarifvertrag anzuerkennen, beantworteten bis Samstag 8500 Postbeschäftigte mit Warnstreiks in den Post- und Fernmeldeämtern, so daß sechs Millionen Briefe, Päckchen und Pakete verspätet zugestellt wurden. Die von der DPG angekündigte Ausweitung der Warnstreiks wurde am Montag mit etwa 10000 Beschäftigten eingeleitet (Bild: Köln). — (sip)

Ausländergesetz verabschiedet

Die Reaktion setzt sofort nach mit Angriff aufs Asylrecht

Gegen die Stimmen von SPD und Grünen hat der Bundestag am 27. April das neue Ausländergesetz verabschiedet. Trotz der zwei Wochen vorher noch einmal von der Regierungskoalition beschlossenen über 200 Änderungen hat es die von Schäuble und Hirsch erwartete „breite Zustimmung“ zu dem Gesetz nicht gegeben. Dies ist ein Ergebnis des Widerstands von vielen tausend Menschen in den vergangenen Wochen. Dennoch fühlt sich die Reaktion ermutigt, sofort mit weiteren Angriffen nachzusetzen.

Nur einen Tag nach der Verabschiedung, hat die Landesregierung von Baden-Württemberg weitere Angriffe gegen Asylbewerber angekündigt. Sie veröffentlichte einen Vorschlag, wonach Asylbewerber künftig nicht mehr nach den Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes versorgt werden sollen, sondern aufgrund eines neu zu schaffenden „Leistungsgesetzes“. Bei Leistungen für Asylbewerber sei von einem wesentlich geringeren Lebensstandard in den Heimatländern auszugehen. Asylbewerber würden demnach weniger brauchen als deutsche Sozialhilfeempfänger, weshalb nach dem vorgesehenen Gesetz die Unterstützung für Asylbewerber um rund 20 Prozent unter dem Regelleistungssatz für die Sozialhilfe liegen müsse. Bekanntlich hatte Späth ja bereits im vergangenen Jahr im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur Sozialhilfekürzung für Asylbewerber eingebracht. Der Antrag fand damals keine Mehrheit u.a.

auch, weil nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts innerhalb des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) eine pauschale Kürzung nicht möglich ist. Deshalb will Späth die Kürzung jetzt außerhalb des BSHG durchsetzen.

Bei der Bekanntgabe des rassistischen Vorschlags wurde Späth mit den Worten zitiert, daß es nach seiner Ansicht im Zusammenhang mit der deutschen Einigung und dem Aussiedlerproblem nicht mehr zu vertreten sei, Asylbewerber finanziell mit einheimischen Sozialhilfeempfängern gleichzustellen. Dies entspricht ganz und gar der Marschroute, die Schäuble auch auf dem Bundesparteitag der CDU im vergangenen Jahr zur Durchsetzung des neuen Ausländergesetzes ausgegeben hat: „Wir dürfen nicht zulassen, daß Aussiedler und Übersiedler und Ausländer und Asylbewerber miteinander vermischt und vermengt werden.“ Die Reaktion verbindet die Ausländer- und Asylpolitik mit ihrer Anschlußpolitik, indem die Diskriminierung von Ausländern mit den hervorgehobenen Interessen von Deutschen begründet wird. Das neue Ausländergesetz stellt praktisch fest, daß die Interessen von Ausländern nur im Rahmen der Integrationsfähigkeit der BRD zu berücksichtigen seien, daß diese Grenze erreicht sei und schafft damit die völkisch begründete Grundlage für weitere Angriffe gegen Ausländer. Deshalb darf auch der Widerstand gegen das Gesetz jetzt nicht aufgegeben werden. — (rac)

Trotz Verbot: 1. Mai in der Türkei und Kurdistan



Tausende Demonstranten hat die türkische Regierung am 1. Mai bei dem Versuch festgenommen, alle Demonstrationen zu verhindern. Allein in Istanbul (Bild) wurden 4000 Menschen



verhaftet. Viele Demonstranten erlitten Schußwunden, eine Frau ist seitdem gelähmt. In Kurdistan demonstrierten Tausende gegen das Kolonialregime. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

BMW und Rolls Royce: Lufrüstungsgeschäft

Der BMW-Konzern übernimmt eine Triebwerksfirma von KHD in Oberursel und steigt gemeinsam mit Rolls Royce so wieder in den Triebwerksbau ein. An der neuen Firma wird BMW mit 50,5% Mehrheitseigner sein. Das Unternehmen soll an bestehenden Rolls-Royce-Triebwerken mitarbeiten und die Entwicklung neuer Triebwerke bis 20000 Pfund Schub (ausreichend für eine Boeing-737) beginnen. Der BMW-Konzern und dessen Eigner, die Quandt-Familie, knüpft damit an alte Tradition an. Während des zweiten Weltkriegs waren Daimler und BMW die Hauptlieferanten der faschistischen Luftwaffe. — (rül)

Türkischer Konsulsbeamter schießt auf Demonstranten

Am 1. Mai zogen etwa 50 türkische Staatsangehörige vor das türkische Konsulat in München, um gegen das Verbot der 1. Mai-Demonstrationen in ihrer Heimat zu protestieren. Ein Konsulsbeamter erwies sich als treuer Lakai des faschistischen Regimes und schoß auf die Demonstranten, wobei einer von ihnen schwer verletzt wurde.

Sogar die Münchner Boulevardpresse reagierte mit Schlagzeilen, vor allem, weil der Fast-Todeschütze wegen seiner diplomatischen Immunität wohl nicht belangt werden kann. Am 5. Mai fand eine Protestdemonstration vor dem von Polizei und USK schwer verbarriadierten türkischen Konsulatsgebäude statt, an der mangels Mobilisierung leider nur etwa 300 Türken, Kurden und Deutsche teilnahmen. — (chh)

DDR-Kommunalwahlen: Keine Chance für Faschisten

Im Gesamtdurchschnitt hatte die CDU der DDR mit 34,4% der Stimmen deutliche Verluste gegenüber der Volkskammerwahl, leichte die SPD mit 21,3%, auch die PDS erreichte mit 14,6% der Stimmen weniger als zuvor, aber durch aus mehr, als die den BRD-Parlamentsparteien nahestehenden Organisationen erhofft hatten. Der Deutsche Bauern Bund (DBD) und der neugegründete Bauernverband konnten ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln. Das ist wichtig, denn beide Organisationen treten zwar für eine Reform der LPGs, aber nicht für ihre Auflösung ein. In vielen Kommunalparlamenten werden auch

Organisationen links von der PDS vertreten sein. Die DSU erreichte mit 3,4% nur die Hälfte ihres früheren Anteils. Kandidaturen von faschistischen Organisationen und Einzelpersonen haben die Wahlausschüsse überall verhindert. — (uld)

Revanchisten: Kampagne gegen Polen

Mit einer Propagandakampagne will der revanchistische „Bundesverband der Vertriebenen“ die polnische Westgrenze infragestellen. Unter der Losung „Frieden durch Abstammung“ will der BdV Unterschriften sammeln, um eine „freie Abstammung aller Betroffenen“, einschließlich der Nachfahren deutscher Ostsiedler, über den Status der polnischen Gebiete östlich von Oder und Neiße zu erreichen. Bis dahin sollen diese Gebiete „europäischen Status“ bekommen, d.h. schon aus dem polnischen Staatsgebiet abgetrennt werden. CDU-MdB Windelen, der Sprecher der „Pommerschen Landsmannschaft“, von Bismarck, der revanchistische „Rat der Danziger“, Prinz Louis Ferdinand von Preußen, Brigadegeneral a.D. Langguth u.a. unterstützen die hetzerische und völkerrechtswidrige Aktion. — (rül)

Post: Beschäftigte antworten auf Provokation mit Warnstreik

Am 2. und 3. Mai fand die 2. Runde der Tarifverhandlungen über einen Bemessungstarifvertrag bei der Post statt. Von Seiten der Postarbeitgeber wurde kein Angebot vorgelegt. Stattdessen erklärte sich die Verwaltung in einem Arbeitspapier eventuell bereit, über die bereits verfügbaren und jetzt schon für 1993 vorgesehenen Kürzungen bei den Zeitvorschlüssen einen Tarifvertrag abzuschließen, wenn die DPG vorher Zustimmung signalisiert. Die Postarbeitgeber wollen von der DPG den Abschluß eines Bemessungstarifvertrages, der die jetzt bestehenden krankmachenden Arbeitsbedingungen bei der Post tarifvertraglich festschreibt. Auf diese Provokation der Postarbeitgeber antworteten die Beschäftigten prompt. Am gleichen Tage kam es in 60 Post- und Fernmeldeämtern zu Warnstreiks. Diese wurden dann am Freitag in 190 und am Montag in 80 Ämtern fortgesetzt. Sollten die Postarbeitgeber — unbeeinträchtigt von der Kampfbereitschaft der Beschäftigten — weiterhin die Verhandlungen hinauszögern, so wird die DPG rechtzeitig vor der Sommerpause den Streik vorbereiten. — (sip)

Aktuell in Bonn

Geldfahnder

Die vom letzten Weltwirtschaftsgipfel eingesetzte Arbeitsgruppe „Geldwäsche“ hat den beteiligten Ländern 40 Empfehlungen zugeleitet. Aus dem Finanzministerium verlautet, man wolle „einen Straftatbestand ‚Geldwäsche‘“ einführen, „der alle Gelder erfassen soll, die aus Verbrechen stammen“. Kreditinstitute sollen „verdächtige Geldbewegungen“ an die Staatsanwaltschaften melden, die Verwendung solcher Meldungen für andere steuerliche Zwecke soll ausgeschlossen sein. Wie wohl die Banken künftig zwischen gewöhnlichem (und geheimzuhaltenden) Steuerbetrug und (meldepflichtigen) „Drogengeschäften“ unterscheiden?

Waffenexport

Am ersten Mai-Wochenende einigten sich CDU/CSU und FDP in einem Koalitionsgespräch auf eine Reihe von Änderungen für das geplante neue Außenwirtschaftsrecht. Nach ursprünglichem Entwurf sollte bereits „leichtfertiges Fördern“ von Waffenproduktion, -handel und -entwicklung unter Strafanforderung gestellt werden, jetzt nur noch, wenn die Förderung „nicht unerheblich“ ist. Außerdem soll die Mindeststrafe nicht mehr zwei Jahre, sondern nur noch ein Jahr betragen. Überhaupt ausgenommen werden sollen „wissenschaftliche Beiträge“. Passend zur Materie meldete der „Spiegel“, daß die US-Regierung in einer Geheimnote die BRD wegen einer befürchteten bundesdeutschen Beteiligung an einem französischen Atom-Geschäft mit Pakistan warnt.

Weizsäcker „Grenzgarantie“

Die Grenzfrage mit Polen sei „in der Substanz geklärt“, hat von Weizsäcker bei seinem Besuch in Polen verbreitet — und den Vorsitzenden der „Pommerschen Landsmannschaft“ in seiner Delegation mitgenommen. Die polnischen Gastgeber mußten sich von dann anhören, man solle doch Grenzen als „Brücken“ verstehen. Wie man diese Brücken nutzt, macht beispielsweise der Vertriebenenverband vor. In der neuesten Ausgabe seiner Zeitschrift „Deutscher Ostdienst“ meldet BDV-Generalsekretär Koschik nach einer zehntägigen Polenreise, man habe hunderte von „Deutschen Freundeskreisen“ in Polen aufgebaut. Und was ist, wenn diese Anhänger der deutschen Fahne den „Anschluß“ an's Reich nach Artikel 23 verlangen? Dann schreibt Verfassungsrecht den Anschluß vor!

Bundestagswahl und Westberlin

Beschlossene Sache ist die Beteiligung Westberlins an der Direktwahl zum Bundestag Ende des Jahres, so daß dort stimmberechtigte Abgeordnete sitzen werden. Dies widerspricht dem Vier-Mächte-Abkommen, und die Sowjetunion wurde nicht gefragt. Streit gibt es über die Aufteilung der Wahlkreise.

Die CDU hat einen anderen Vorschlag als die Senatskoalition aus SPD und AL. Aus dem Bonner Kanzleramt kam die Ankündigung, man werde, wenn nicht rechtzeitig eine Einigung erfolgt, die Wahlkreiseinteilung direkt von Bonn aus vornehmen.

EG-Gipfel

Auf dem EG-Gipfel in Dublin am 29.4. wurde der „deutschen Einheit“ und der Einbeziehung der bisherigen DDR in die EG zugestimmt. Zugleich wurden Schritte für die „europäische Einheit“ beschlossen. Großbritannien, Dänemark, Portugal und Luxemburg brachten Bedenken gegen die europäische „politische Union“ zum Ausdruck. Dennoch wurden die zwölf Außenminister beauftragt, die Vorstellungen aller beteiligten Staaten bis zum nächsten Gipfel im Juni zu „analysieren“. Eine mögliche Verhandlungskonferenz zur politischen Union parallel zur Konferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion soll im Juni dort auch Thema sein.

Arbeitslosengeld

Anfang April hat die Bundesregierung in einer Fragestunde die neuesten Zahlen über das durchschnittliche Arbeitslosengeld vorgelegt. Danach erhielten Arbeitslose 1989 im Durchschnitt 1094,72 DM im Monat. Bezog von Arbeitslosenhilfe mußten sogar mit einem noch weit niedrigeren Einkommen auskommen: Sie bezogen 1989 im Durchschnitt 870,27 DM im Monat.

Innenminister in Ostberlin

Am 5./6. Mai tagten die Innenminister der Bundesländer erstmals in der Hauptstadt der DDR. Der Innenminister der DDR, Peter-Michael Diestel (DSU) nahm an dem Treffen teil, ebenso der DDR-Minister für Regionale und Kommunale Angelegenheiten. Sie sollen jetzt immer dabei sein. Vereinbart wurde umfangreiche „brüderliche Hilfe“ von BRD-Seite, insbesondere in Sachen Polizei und umfassende Zusammenarbeit zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Rauschgiftkriminalität und Terrorismus.

Was kommt demnächst?

Noch in dieser Woche soll im Bundestag ein „Ausschuß für deutsche Einheit“ unter dem Vorsitz von Bundestagspräsidentin Süßmuth gebildet werden. Am 13. Mai sind in NRW und Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen. Bis 18. Mai will die Bundesregierung die Verhandlungen mit der DDR über den Staatsvertrag beenden. Am 1. Juni soll der Vertrag im Bundesrat beraten werden, am gleichen Tag die Paßkontrollen an der Grenze zur DDR aufhören. Vorher findet vom 20. bis 26.5. in Hamburg der DGB-Kongreß statt. Ende Mai treffen Bush und Gorbatschow zusammen. Danach berät eine NATO-Gipfelkonferenz über die künftige NATO-Strategie.

DDR-Gewerkschaften in Westberlin

1. Mai: Breit will Gewerkschaftsanschluß vor staatlichem Anschluß

Westberlin. Nach Angaben der Veranstalter waren es mit 60 000 Teilnehmern bei der zentralen Kundgebung des DGB zum 1. Mai in Westberlin deutlich mehr als im letzten Jahr. Erstmals hatten auch die Gewerkschaften des FDGB aufgerufen und waren mit über 10 000 nach eigener kurzer Kundgebung in der DDR-Hauptstadt „aufrecht durchs Brandenburger Tor“ (Neues Deutschland) gezogen. Die FDGB-Vorsitzende Helga Mausch hatte betont, sichere Arbeitsplätze, wachsende Einkommen, Recht auf Wohnen, Umtausch 1:1 wolle man nicht auf Kosten der westdeutschen Kollegen. Die Ost-SPD hörte sich das schon nicht mehr an, sondern zog bereits in Richtung Reichstagsgebäude. Die PDS mit Gysi folgte kurz darauf mit zahlreichen DDR-Fahnen.

Ernst Breit erklärte, daß der DGB sowohl die Neugründung von Gewerkschaften in der DDR unterstütze wie auch die Erneuerung der bestehenden Einzelgewerkschaften von unten. Ziel sei die gewerkschaftliche Einheit noch vor der staatlichen Einheit. Damit war deutlich, daß der DGB nicht an Kooperationsabkommen zwischen gleichberechtigten Gewerkschaftsverbänden denkt, wie es in der Rede der Vorsitzenden des VEB-Wohnungsbaukombinats Berlin angesprochen wurde, sondern so wie die Bundesregierung die Auflösung des Staates DDR betreibt, so wollen die Sozialdemokraten in der DGB-Führung die DDR-Gewerkschaften, insbesondere den FDGB, auflösen und anschließen. Entsprechend trat Breit dafür ein, das vereinigte Deutschland mitzugestalten. Dazu will er finanzielle Hilfen durch die BRD. Auch wenn diesmal nur von der Finanzierung dieser Hilfen durch Abrüstung die Rede war, Breits früher erklärte Bereitschaft zu Steuererhöhungen

läßt das Schlimmste befürchten. Die Gestaltung Deutschlands soll die Übernahme des westdeutschen Kündigungsschutzes, der Tarifautonomie, der Mitbestimmung (auch bezüglich Sozialpläne), des Streikrechts beinhalten. Darüber hinaus forderte Breit das Verbot der Aussperrung, das Recht auf Arbeit, das durch eine Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung zu verwirklichen sei, das Recht auf Wohnen, die Anerkennung der polnischen Westgrenze. Die Konditionen der Währungsunion könnten sich sehen lassen, so Breit. Ausgeschlossen scheint, daß so sein Anspruch einzulösen ist, daß verhindert werden muß, daß die Träume der Unternehmer von der DDR als einem Billiglohnland vor der Haustür Wirklichkeit werden.

Die Demonstrationen der Einzelgewerkschaften zum Kundgebungsort waren vor allem geprägt von Forderungen nach der 35-Stundenwoche, freiem Wochenende. ÖTV und GEW forderten den Tarifvertrag für Erzieherinnen, Verbot der Aussperrung, Aufbau europäischer Betriebsräte, Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Südafrika und Palästina. Jugendliche Gewerkschafter verlangten 45 % vom Facharbeiterlohn für Auszubildende. „DDR Billiglohnland nie“ und Transparente gegen Großdeutschlandpolitik, gegen den Anschluß nach Artikel 23, Nationalismus und Rassismus, insbesondere gegen das Ausländergesetz bekundeten, daß die aktive Gewerkschaftsbewegung durchaus nicht geschlossen hinter dem nationalen Kurs der Gewerkschaftsführung steht.

Deutlich zeigte sich die tiefe Spaltung, die von der sozialdemokratischen Politik ausgeht, in dem verstärkten Zulauf, den die revolutionäre 1. Mai Demonstration fand. „Lieber raus auf die Straße als

heim ins Reich“. Die Polizei hatte vorher provokant erklärt, sie sei auf Gewalt jeder Größenordnung vorbereitet, die taz hatte das Verbot des anschließenden Festes unterstützt: „Mit der ‚Fest-Lüge‘ kann sich z.B. die AL im vierten Jahrheften, zur Straßenschlacht aufzurufen, ohne deren Ergebnisse, bislang keine Toten ... verantworten zu müssen ... in Kreuzberg geht es um das immergleiche blutige Happening“. Fest und Demonstration fanden statt ohne „Straßenschlacht“. Die Autonomen wollten nach den Spaltungen und der Wut, zu der die Plünderungen von Läden im Kiez im letzten Jahr geführt hatten, den Zusammenschluß. Auch Polizeiaufmarsch und 40 vorbeugende Verhaftungen brachten sie davon nicht ab. Unabhängig von Fest und Demonstration kam es doch noch zu harten Auseinandersetzungen. Junge Ausländer vor allem, teils erst 14-jährig, waren beteiligt. Ungefähr 100 wurden verhaftet, ein Reporter und eine verdeckt arbeitende Polizistin sowie auch unbeteiligte Bürger wurden verprügelt. Selbst Innenminister Pätzold und Bezirksbürgermeister König sahen in der Behandlung der Ausländer und der Verabschiedung des Ausländergesetzes die Gründe für den Ausbruch. In der bürgerlichen Presse wird unterschlagen, wofür die 15 000 auf die Straße gegangen sind: Unterstützung des palästinensischen und koreanischen Widerstandes, Bekämpfung der Zusammenarbeit von Shell und südafrikanischen Rassisten statt deutschem und europäischem Nationalismus und Großmachtpolitik, gegen die faschistische Formierung, für die hungerstreikenden Gefangenen in Westberlin, die Isolationshaft ausgesetzt werden, gegen die Ausländerunterdrückung. — (chk)



An dem Zug von IG Metall und IG Medien beteiligten sich viele junge Gewerkschafter in einem Block mit Spruchbändern gegen die Großdeutschlandpolitik.

Regierungsfaktionen gegen „Separatismus“

Die türkische Regierung erhält Rückendeckung für den Ausnahmezustand in Kurdistan

In einer Aktuellen Stunde zum Ausnahmezustand in Türkisch-Kurdistan forderten die Grünen die „sofortige Beendigung der Rüstungs- und Sonderhilfe für diesen Nato-Partner,

die sofortige Einstellung der militärischen und polizeilichen Ausbildungen, ein Verbot türkischer Geheimdiensttätigkeiten in der BRD und wirtschaftliche Sanktionen“.

Das Auswärtige Amt und damit die Bundesregierung blieb der auf Antrag der Grünen am 27. April durchgeführten Aktuellen Stunde fern und konnte so jede offizielle Stellungnahme vermeiden. Aus den Beiträgen der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion läßt sich jedoch eindeutig erkennen, daß die Bundesregierung ihre Unterstützung für das türkische Regime nicht verringern wird, sondern alles unternehmen wird, um einen Fortschritt des kurdischen Befreiungskampfes zu unterbinden.

Der Abgeordnete Vogel erklärte für die CDU/CSU:

„Andererseits können und dürfen wir nicht übersehen, daß seit langer Zeit die innere Sicherheit in der Türkei durch organisierte radikale und separatistische kurdische Gruppen erheblich gefährdet ist und daß das für die Türkei eine große Herausforderung darstellt. Wir möchten klarstellen, daß separatistische Bestrebungen ... von uns in keiner Weise unterstützt werden.“

Und der FDP-Abgeordnete Hirsch: „Nun muß man aber sehen, daß bei aller berechtigten Kritik an der Art, wie

die türkische Regierung Minderheiten in ihrem Land gegenübertritt, die Tätigkeit der PKK die Verhältnisse außerordentlich verschärft hat ... Darum muß man bei dem, was man tun will, darauf achten, daß man der Türkei auch Bewegungsmöglichkeit gibt. Wer am Pranger steht, kann sich nicht bewegen.“

Der SPD-Abgeordnete Glotz bot eine Linie an, mit der die Befriedung Kurdistans gelingen soll:

„Es könnte leicht sein, daß sich eine türkische Intifada bildet ... Wir mißbilligen die Methoden der PKK. Gleichzeitig mißbilligen wir die Minderheitenpolitik der Türkei ... Wer Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft werden will, muß seine Minderheiten anders behandeln ... Europa ... muß eine Gemeinschaft von Völkern sein, in der es selbstverständlich ist, daß sprachliche, kulturelle und wirtschaftliche Rechte von Völkern respektiert werden. Die Kurden werden vielleicht keinen eigenen Staat bekommen. Aber sie sind selbstverständlich ein eigenes Volk.“

Glotz empfiehlt „kulturelle und politische Autonomie“ in Gestalt des Rechts

auf eigene Sprache und eigenen Schulunterricht, und dann rein in die EG.

Einmütig verurteilen CDU, CSU, FDP und SPD den kurdischen Befreiungskampf. Nichts läßt erkennen, daß sie sich von der blutigen Niederschlagung des Aufstands fernhalten wollen. Die Ausrüstung der türkischen Bürgerkriegsarmee mit MBB-Hubschraubern, Leopard-Kampfpanzern, die Ausbildung von Aufstandsbekämpfungstruppen durch die GSG 9 usw. sollen weitergehen. Gegen das 129a-Verfahren gegen Unterstützer des kurdischen Befreiungskampfes in der BRD sprach sich außer der Grünen-Abgeordneten Beer niemand aus. Sie erklärte: „... es geht auch darum, daß hier in der Bundesrepublik Menschen unter Verwendung der Argumentation eines Regimes wie dem der Türkei angeklagt werden, z. B. unter dem Verdacht der Mitgliedschaft einer angeblich terroristischen Vereinigung, der PKK, und gerade dadurch die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, die heute passieren, legitimiert und weitergeführt werden können.“

Quelle: hinhweis: BT-Protokoll 11/208 — (uld)

Druck: Vorrang für Lohnerhöhung

Ab 1. April werden Löhne und Gehälter um 6,8% erhöht

Am Montag, den 7.5., einigten sich IG Medien und Bundesverband Druck unter dem Vorsitz des Schlichters H. Reiter, Präsident am Bundessozialgericht, auf folgenden Abschluß für die Druckindustrie:

Ab 1.4.90 werden Löhne und Gehälter um 6,8% erhöht, Laufzeit 12 Monate. Die wöchentliche Arbeitszeit wird am 1.4.1995 von jetzt 37 auf 35 Stunden in einem Schritt verkürzt. Ein Tarifvertrag zur Förderung der Fortbildung und Umschulung wurde abgeschlossen und Besetzungsregelungen an Weiterverarbeitungsanlagen wurden vereinbart.

Nach den bisherigen Informationen sind keine Öffnungsklauseln bezüglich des Inkrafttretens der Arbeitszeit oder Ausnahmen von der 35-Stunden-Woche für bestimmte Belegschaftsteile vereinbart worden. Am Freitag und auch am Montag während der Schlichtungsverhandlungen hatten Warnstreiks in vielen Zeitungshäusern und Druckereien stattgefunden. Mehrere Zeitungen waren am Freitag nicht erschienen. Da Verhandlungen für Gehalt und für einen Ausbildungsvertrag für Redakteure an Tageszeitungen und Zeitschriften parallel laufen, waren die Streiks wirkungsvoll, da Redakteure mit der Technik zusammen streiken konnten. Die Verhandlungen

für die Redakteure, die IG Medien fordert 9,5%, mindestens 460 DM, sind noch nicht abgeschlossen. Auch für die Papierverarbeitung wird noch verhandelt. In vielen Betrieben fanden am Dienstag, den 8. Mai, Warnstreiks statt. Hier geht es um eine neue Lohnstruktur. Dem Ergebnis für die Druckindustrie muß die Tarifkommission noch zustimmen. Die 6,8% bedeuten im gewerblichen Bereich monatliche Lohnerhöhungen zwischen 151 DM und 170 DM für die Hilfskräfte (Lohngruppen I bis IV) und 189 DM (Facharbeiterecklohn), 208 DM und 226 DM für die Facharbeiterlohngruppen. Für die Angestelltengruppen muß der Abschluß regional übernommen werden. Der Bundesverband Druck hatte 5,1% für 12 Monate geboten unter der Voraussetzung, daß die 37-Stunden-Woche bis 1993 verlängert wird. Als der Abschluß von Metall vorlag, waren die Schlichtungsverhandlungen um eine Woche vorgezogen worden. Die Vereinbarung der 35-Stunden-Woche für 1995 hat eine einmalige Lohnerhöhung in diesem Jahr und mehrere von Arbeitszeiterrechnungen „unbelastete“ Lohnrunden für die kommenden Jahre ermöglicht. — (hao)

Erst DDR, dann Polen, Litauen, CSSR . . .

Für die BRD soll die DDR-Annektion mit Artikel 23 GG den Auftakt zu einer neuen Ostkolonisation bilden

Die Okkupation der DDR durch die BRD scheint unaufhaltsam voranzuschreiten und mit ihr die Neugestaltung der politischen, territorialen und sozialen Ordnung Europas durch eine kraftstrotzende BRD. Dabei zeigt sich immer deutlicher: Die BRD ist dabei, zu einer neuen Großmacht aufzusteigen, die ihre Nachbarn im Osten direkt bedroht. Die Rechtskonstruktion ist die gleiche wie bei der geplanten Annektion der DDR. In beiden Fällen stützt sich die BRD auf

Artikel 23. Im Fall der DDR soll dieser Artikel jeden Versuch zur Aufrechterhaltung von antifaschistischen, emanzipatorischen Verfassungsbestimmungen der DDR niederwerfen. Gegenüber Staaten wie Polen, der CSSR u.a. wird sich Artikel 23 als eine Kolonisten-Schutz-Klausel mit enormer Reichweite herausstellen. Aus beiden Gründen ist die öffentliche Kritik und der Widerstand gegen diesen Annektions-Artikel 23 GG so wichtig. — (hub, rül, soc)

Weizsäcker festigt BRD-Position gegenüber Polen

Scheinheilige Duldung der polnischen Grenze bei gleichzeitiger Belbehaltung des revanchistischen Artikel 23 GG

In den vergangenen Monaten war die Anschließpolitik der BRD gegenüber der DDR verschiedentlich konfrontiert mit der Forderung nach einer völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der polnischen Westgrenze entlang der Oder-Neiße-Flußlinie. Entsprechende Stellungnahmen gab es sowohl aus Staaten des Warschauer Vertrags (z.B. aus der UdSSR, aus Polen und aus der DDR) wie auch aus Staaten des NATO-Bündnisses (z.B. aus Frankreich, aus Großbritannien und aus den USA). In diesem Zusammenhang wird deutlich, daß die mitteleuropäische Expansionspolitik der BRD auf Widerstand stößt, der an die Tradition der Anti-Hitler-Koalition anknüpft.

In den USA etwa läßt sich dies sowohl an der Kontinuität der diesbezüglichen öffentlichen Meinungsbildung wie auch an der Initiative von 32 Senatoren (Schreiben an Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Modrow im Februar) festmachen. Rund um das Datum des 45. Jubiläums der Anti-Hitler-Koalition finden sich zahlreiche Stellungnahmen in der US-Presse, die zum Festhalten am territorialen Status quo mahnen und insbesondere eine völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der polnischen Westgrenze entlang der Oder-Neiße-Flußlinie fordern (1).

Es ist daher verständlich, daß diese Stellungnahmen in Warschau als internationaler Rückhalt für die eigene Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze erachtet werden. Im Hinblick auf die bekannte Position der Bundesregierung, derzufolge „erst eine gesamtdeutsche Regierung über die endgültigen Grenzen Deutschlands“ befinden könne, hat der polnische Staatspräsident diesen Rückhalt als einmaligen Vorgang hervorgehoben: „Mit einem gewissen Sarkasmus bemerkt Jaruzelski, die Polen müßten eigentlich Kanzler Kohl ein Denkmal setzen: Noch nie haben wir von Washington über London und Paris bis Moskau eine so einhellige und intensive Unterstützung unserer

Wünsche erfahren wie in der Sache der Westgrenze . . .“ (2)

Insofern erhebt sich die Frage, warum jener beachtenswerte internationale Widerstand gegen die sich entfaltende mitteleuropäische Annexionspolitik der BRD tatsächlich bislang zu keinem Erfolg für die polnische Seite in dieser Sache geführt hat? Tatsächlich muß festgestellt werden, daß der Besuch des Bundespräsidenten in Polen in der ersten Maiwoche eher zu einer Stärkung der bundesdeutschen Seite geführt hat — und dies, obwohl die polnische Öffentlichkeit mit absoluter Mehrheit hinter der Forderung ihrer Regierung steht und das westdeutsche Staatsoberhaupt bzw. seine Delegation durch völlige Nichtbeachtung strafe (3). Diese Stärkung der bundesdeutschen Position hängt mit zwei wesentlichen Schwächen der diesbezüglichen Position der polnischen Regierung zusammen — Schwächen, die Weizsäcker auszunutzen wußte.

Am 29. April hat das Warschauer Außenministerium den Regierungen der DDR und der BRD den „Entwurf eines Vertrages zwischen Polen und dem vereinigten Deutschland über die Grundlagen ihrer Beziehungen“ zugeleitet. Dieser Entwurf konzentriert sich „auf die Bestätigung des völkerrechtlichen Charakters der polnisch-deutschen Grenze“ und nimmt bei der Beschreibung ihres Verlaufs entlang der Oder-Neiße-Flußlinie u.a. ausdrücklich Bezug auf das Potsdamer Abkommen (4). Wenngleich die konkrete Absicht der polnischen Regierung in der Vorweg-Bindung eines „zukünftigen vereinten Deutschlands“ besteht und somit zunächst gegenüber zwei Staaten geltend gemacht wird, ist sie doch bestimmt von der Anerkennung der bundesdeutschen Politik der „staatlichen Vereinigung des deutschen Volkes“. Das polnische Vorgehen hat die Hinnahme der Beseitigung des Nachbarstaates DDR zur Voraussetzung, die bislang die Westgrenze in ihrem durch die Anti-Hitler-Koalition festgelegten Verlauf garantierte. Die gefährliche Schwä-

che der polnischen Initiative, die hier deutlich wird, kommt konkret zum Ausdruck in der Bildung der bundesdeutschen Expansionspolitik entlang dem Grundgesetz-Artikel 23.

Bundespräsident von Weizsäcker hat diese Schwäche zu nutzen gewußt, indem er folgendermaßen in Polen für die BRD Position bezog: „ . . . Polen kann ohne Vorbehalte darauf vertrauen, daß die Grenzfragen . . . im Zuge der werdenden deutschen Einheit die nötige völkerrechtlich verbindliche Vertragsform erhalten werden . . . Es geht zwischen Polen und Deutschen . . . aber nicht um das Ziel, Grenzen anzuerkennen, damit sie uns besser gegeneinander abgrenzen. Ganz im Gegenteil: sie sollen ihren trennenden Charakter verlieren“ (5). Der Grundgesetz-Artikel 23 ermöglicht dem bundesdeutschen Zentralstaat die Einverleibung nachbarstaatlicher Territorien: Diesem Artikel zufolge kann die Hoheitsgewalt der BRD „auf andere Teile Deutschlands“ ausgeweitet werden, z.B. auf polnische Gebiete.

Es ist nicht nur eine Schwäche der polnischen Grenzanerkennungsinitiative, sondern auch des eingangs angesprochenen internationalen Widerstands gegen die 4.-Reich-Expansion der BRD, daß sie die Einverleibung der DDR auf der Grundlage eines Artikels 23 GG hin- nimmt und damit zugleich dieser Expansion einen gewissen weiteren Spielraum verschafft. Ähnlich wie im Fall der DDR ist die Ausnutzung dieses Spielraums jedoch abhängig von der erfolgreichen Entfaltung weiterer Anschlußbewegungen — z.B. in Polen. Dies bringt die zweite, oben angedeutete Schwäche der Warschauer Initiative in Betracht: sie hängt zusammen mit der Anerkennung der Existenz einer „deutschen Minderheit in Polen“ durch die polnische Regierung seit Ende letzten Jahres. Auch diese Schwäche hat Bundespräsident v. Weizsäcker auszunutzen gewußt, indem er den „Sprecher der

Landsmannschaft Pommern“, Philipp von Bismarck, zum ordentlichen Mitglied seiner Delegation machte.

Ähnlich wie Rupert Scholz (er ist als zukünftiger Organisator der „deutschen Einheit“ im Gespräch) fordert Bismarck die Anerkennung des „Menschenrechts auf Heimat“ und der damit verknüpften bürgerlichen Freizügigkeitsrechte (Niederlassung, Grunderwerb, Kapitalverkehr und politische Organisationsfreiheit etc.) — als Voraussetzung für die Öffnung und Überwindung der polnischen Westgrenze entlang der Oder-Neiße-Flußlinie (7) gestützt auf eine so organisierbare Anschlußbewegung innerhalb jener „deutschen Minderheit“. Den Köder für eine polnische Duldung dieser 4.-Reich-Expansion haben v. Bismarck und v. Weizsäcker letzte Woche bereits ausgelegt: Die 1945 erfolgte „Verlagerung des polnischen Territoriums nach Westen“ sei ohne Einverständnis und Zutun der polnischen Bevölkerung erfolgt. Hier gäbe es ein „gemeinsames Interesse“ — gegenüber der UdSSR (8). In der polnischen Bevölkerung wächst der Widerstand gegen diese neue Ostkolonisations-Strategie. Warum auch sollte sie sich auf den Strick einlassen, mit der sie ihr deutscher Henker nach Osten marschieren lassen will, um sie dann hinzurichten? Auch der polnische Staatspräsident Jaruzelski bekräftigte das Trennende zwischen Deutschen und Polen und erinnerte an das polnische Bündnis mit der Roten Armee, als er von Weizsäcker bei seinem Bankett entgegenhielt: „Sie haben in deutscher Uniform den polnischen Boden betreten. Ich bin in polnischer Uniform über deutsche Erde bis an die Elbe marschiert.“ (9)

Quellen: (1) International Herald Tribune, 5./7.9. Febr. 1990; (2) Die Zeit, 2.3.1990; (3) Neue Osnabrücker Zeitung, 4.5.1990; (4) FAZ, 30.4.1990; (5) Die Zeit, 4.5.90; (6) z.B. dazu: Newsweek, 26.2.1990, S. 4; (7) R. Scholz in: „Die Politische Meinung“ — Jan./Febr. 1990, S. 4ff., P. v. Bismarck in „Die Welt“, 30.4. 1990, S. 7; (8) P. v. Bismarck, s. Anm. 6; v. Weizsäcker, s. Anm. 4; (9) s. Anm. 3.

Ostkolonisation und Artikel 23 GG

Die Bundesregierung verbreitet, die erste Runde der „2+4“-Verhandlungen in Bonn sei ein Erfolg gewesen. Es scheint, als habe die Sowjetunion ihren Widerstand gegen die Annexion der DDR nach Artikel 23 GG aufgegeben. Die Tatsache, daß der Widerstand in der DDR vorerst unterlegen ist und in der BRD zwar vorhanden, aber sich nicht ausdrücklich gegen einen Anschluß nach Artikel 23 wendet, hat ihr diese Politik auch schwer gemacht.

Kohl soll Schewardnadse zugesichert haben, die BRD werde die Handelsverträge mit der UdSSR fortsetzen. Warum auch nicht? Siemens, Thyssen u.a. werden sich die Gelegenheit, von einem vergrößerten Territorium aus in die UdSSR vorzudringen, nicht entgehen lassen. Nur bei der NATO-Mitgliedschaft will die UdSSR hart bleiben. Tatsächlich entstünde dann eine Lage, bei der die Ukraine von NATO-Flugplätzen an Oder und Neiße in wenigen Minuten angreifbar wäre. Bei solchen Aussichten endet die Kompromißfähigkeit der sowjetischen Regierung.

Die Okkupation der DDR und die Herausbildung des 4. Reichs schreitet scheinbar unaufhaltsam voran. In der BRD werden politische und rechtliche Normen, die von der Anti-Hitler-Koalition errichtet waren, weiter abgebaut. Das Ziel ist eine von Schranken wie Gewaltenteilung, Föderalismus befreite Zentral-Exekutive, die von Berlin aus das neue Großreich beherrscht. Die Diskussion um die „Neuordnung der Länder“ ist schon im Gang. Schäuble kündigt an, wenn sich die Westberliner Parteien nicht über die Wahlkreis aufteilung zu den Bundestagswahlen einigen könnten, werde die Bundesregierung dies dem Bundestag zum Oktroy vorlegen. Die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten ist seit der Gestapo verboten, Polizei Ländersache? Die Innenministerkonferenz hat entschieden, „Polizeifachleute“ aus dem BKA in die DDR zu entsenden. Die Bundespolizei wird so in der DDR Wirklichkeit. Scharen von westdeutschen Juristen, vornehmlich ältere, sollen in der DDR die dort tätigen Laienrichter ablösen, die Verwaltung ordnen usw. In der BRD werden so Planstellen frei, finden arbeitslose Juristen endlich ein Auskommen, während die in die DDR Entsandten dort noch ein zusätzliches Vermögen machen — Gelegenheiten werden sich schon auftun. Ärzte, Lehrer, Theologen, Wirtschafts„experten“ jeder Sorte: Eine Welle „moderner“ Kolonisten fällt in die DDR ein. Im Gefolge dieser Glücksritter werden in der BRD Posten und Planstellen frei, lösen sich für andere, die hierbleiben, Planstellen, Existenzgründungs- und Laufbahnprobleme.

Diese Glücksritter- und Kolonistenwelle macht nicht an den Grenzen der DDR halt. Polen, die CSSR, Ungarn, Rumänien werden folgen. Der Bundesverband der Vertriebenen ist schon lange in dieser Richtung tätig. Allein in Polen will er hunderte von „Deutschen Freundeskreisen“ aufgebaut haben — D-Mark aus Waigels Haushalt hilft bei der Gewinnung von Anhängern für die deutsche Sache. Aber nicht nur die alten Junker und ihnen nahestehende Siedler nehmen ihre Wühltätigkeit wieder auf. Der „Anschluß an den Weltmarkt“, ob in Polen, der CSSR, Ungarn oder Rumänien, geht einher mit der massenhaften Einreise westlicher Betriebsleiter, Juristen, Rationalisierer, Ingenieure, Verwaltungsfachleute usw. Ärzte für die Versorgung, Lehrer für die Erziehung der Kinder, Pfaffen fürs Seelenheil folgen ihnen auf dem Fuß.

Immer deutlicher wird: Gelingt der BRD die Okkupation der DDR, dann fällt auch eine vier Jahrzehnte wirksame Schranke gegen eine neue deutsche Ostkolonisation. Der Artikel 23 GG wird sich noch als Siedler-Schutzklausel mit enormer Reichweite herausstellen. Wo immer sich künftig im Gefolge dieser neuen Kolonisten-Welle Leute in Osteuropa sammeln, die sich „Deutschland“ anschließen wollen, sichert ihnen Artikel 23 GG das Recht auf Anschluß an das 4. Reich. Die Regierung der CSSR hat diese Drohung erkannt und gefordert, nach der Annexion der DDR müsse Artikel 23 gestrichen werden. Besser wäre, wenn sich jetzt schon Leute fänden, die in der BRD für die Streichung dieses Artikels 23 kämpfen. Das würde auch die Opposition in der DDR gegen das Anschlußprogramm der BRD unterstützen und ermutigen.

Ist die Sowjetunion kleinzukriegen?

BRD-Presse-Propaganda am 7. Mai, nach den ersten „2 + 4“-Verhandlungen in Bonn

Das „Moskauer Zugeständnis“ . . . „In der Beratungsrunde machte der Moskauer Außenminister überraschend das Zugeständnis, daß die Lösung der inneren Aspekte der deutschen Vereinigung, also der Termin und der Weg, zeitlich nicht mit der Lösung der äußeren, der sicherheitspolitischen, zusammenfallen müßten. Schewardnadse bestätigte noch einmal das Recht der Deutschen, selbst über ihre Vereinigung zu entscheiden; er brachte den Gedanken einer weiteren Übergangsperiode nach der deutschen Einheit bis zur endgültigen Aufgabe der Rechte der Siegermächte in Deutschland auf. Bundesaußenminister Genscher schätzte diese Aussage besonders hoch ein.“ (Süddeutsche Zeitung)

... wird ausgeschlachtet

„Jetzt ist Deutschland nicht mehr zu stoppen . . . Die Sowjetunion will und kann das Zusammenwachsen Deutschlands nicht stoppen, obwohl sie der NATO-Zugehörigkeit des künftigen Deutschland energisch widerspricht.“ (Bild)

„Ohne schon die Zustimmung zum Moskauer Vorschlag verbindlich auszusprechen, fügte Genscher hinzu, Schewardnadse habe „den Gedanken einer Übergangsperiode eingebracht“. Die Bundesregierung sei an der Klärung der inneren Aspekte „elementar interes-

siert“, denn es bleibe das Ziel, eine abschließende völkerrechtliche Regelung und Ablösung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte zu erreichen.“ (Frankfurter Allgemeine)

„Angesichts eines Warschauer Paktes, der zerfällt, und eines ‚gesamteuropäischen Sicherheitssystems‘, das noch lange Zukunftsmusik bleiben wird, heißt dies (die Vollendung der Annexion vor der Klärung des „Sicherheitssystems“ und der Bündniszugehörigkeit durch die Konferenz — Red.) nämlich, daß Deutschland wohl oder übel Teil jener Sicherheitsarchitektur sein wird, die noch/schon steht. Und das ist die Kombination NATO plus EG.“ (Süddeutsche Zeitung)

Warum überhaupt noch „2 + 4“?

„Die Amerikaner sagten: ‚Wir sind bereit, sowjetische Belange zu berücksichtigen, müssen aber wissen, was diese sind.‘ Die sowjetische Führung ringe noch mit sich selbst. Eine Verzögerung nütze der Sowjetunion nicht. Schon jetzt finde eine ‚Bewegung am Boden‘ in Richtung auf ein vereintes und demokratisches Deutschland statt. Wenn die Sicherheitsfragen nicht vor der Vereinigung geklärt seien, könne Moskau mittels der Vier-Mächte-Rechte doch nichts blockieren, denn eine gesamtdeutsche Regierung habe nach westlichem Verständnis gemäß der Schlußakte von Hel-

sinki und dem Selbstbestimmungsrecht die Möglichkeit, über die Bündniszugehörigkeit zu entscheiden.“ (FAZ)

Drohungen . . .

„Die Sowjetunion von 1990 ist nicht mehr der Kraftprotz von 1959, der im Überschwang des ‚Sputnik-Schocks‘ den Westen das Fürchten zu lehren suchte. Gorbatschow präsidiert über ein Vielvölkerreich, das auf das wahre Maß seiner Macht zurückgefallen ist: ein Entwicklungsland mit Atombomben, das sich sein Ost-Imperium nicht mehr leisten kann . . . jetzt gilt es, eine unhaltbare Position zu räumen, ohne dabei gänzlich das Gesicht zu verlieren. Dies — und nicht das Wie und Wann der Vereinigung — war der ungeschriebene Haupt-Tagesordnungspunkt des Sechser-Treffs vom Samstag. Wie kann der politisch schwachen, aber militärisch starken Sowjetunion ein respektabler Weg in den Rückzug und in die Reform geöffnet werden?“ (Süddeutsche. Ztg.)

„Eine neue politische und soziale Qualität entsteht durch den Zerfall des stalinistischen und breschnewistischen Systems, nicht nur in den kleineren ehemaligen Blockstaaten, sondern in der UdSSR selbst. Es geht nicht nur um das Baltikum, nicht nur um die Wiederherstellung der souveränen Rechte angegliederter Staaten. Der Übergang zum Mehrparteiensystem und zur Marktwirt-

schaft . . . verändert die Sowjetunion im Wesen. Die Umwälzung wird soziale Spannungen bisher ungekannter Art erzeugen. Der Zusammenbruch der administrativen Wirtschaft wird schmerzhaft. Mangel wird offenbar. Daher die Hoffnung auf ökonomischen Beistand aus dem neuen deutschen Staat; daher die Erkenntnis, daß dessen Neuentstehen im sowjetischen Interesse und dem ihrer Nachkriegs-Verbündeten liegt. Das gibt dem demnächst vereinigten deutschen Staat einiges auf. Seine wirtschaftliche Rolle wird bedeutend sein; seine politische nicht minder.“ (Frankfurter Rundschau)

... und Ausbau der Stellungen

„Bush betonte mit Nachdruck, daß dieses Engagement trotz aller sichtbaren Entspannung in Osteuropa auch weiterhin im militärischen Bereich liegen müsse . . . sei es zur Stunde unmöglich vorzusagen, was für eine Art von Land die Sowjetunion in Zukunft sein wird. ‚Unser heutiger Feind heißt deshalb Unsicherheit und Unstabilität‘, sagte Bush . . . Aus diesem Grunde sei es nötig, daß die Nato weiterhin eine starke Militärstruktur vor Ort und mit Reservisten im Krisenfall aufrecht erhalte . . . Außerdem betont man in Washington . . . daß eine Präsenz von Nuklearwaffen in Europa weiterhin ein essentieller Bestandteil der Nato-Strategie bleibe.“ (Welt)

Internationale Umschau



Die Regierung Südkoreas ist entschlossen, mit massiven Polizeieinsätzen die großen Arbeitskämpfe gewaltsam zu beenden. Ende April umstellten ca. 18.000 Polizisten die tagelang von Arbeitern besetzte größte Schiffswerft der Welt Hyundai in der südlichen Industriestadt Ulsan. Rund 10.000 Arbeiter errichteten daraufhin Barrikaden und bewaffneten sich mit Stahlrohren und Molotow-Cocktails (Bild). Anfang Mai standen immer noch 47.000 Arbeiter aus 45 Gewerkschaften im Streik gegen ihre Niedriglöhne (durchschnittlich 1.100 DM). Präsident Roh Tae Woo hat den Generalstaatsanwalt angewiesen, Arbeiterführer zu verhaften. Dieser kündigte darauf Anklageerhebung gegen 32 führende Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes Chonnohyop an, der im Frühling verboten worden war, weil er eine „Ideologie des Klassenkampfes“ vertrat. Außerdem sollen 25 Sondereinheiten der Polizei gegen Streikende aufgestellt werden. — (ros, AGM, rül)

Frankreich: Gesetz gegen rassistische Hetze

Am 3. Mai hat die französische Nationalversammlung ein auf Initiative der KPF eingebrachtes Gesetz gegen rassistische Hetze verabschiedet. Nach dem neuen Gesetz wird die Leugnung der vor dem Nürnberger Gericht der Anti-Hitler-Koalition abgeurteilten Verbrechen des Faschismus mit bis zu 300.000 Franc (ca. 100.000 DM) Geldstrafe und Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Das Recht auf Gegendarstellung gegen rassistische und antisemitische Diffamierung wird erweitert. In einzelnen Fällen rassistischer und antisemitischer Hetze kann zusätzlich bis zu fünf Jahren die Wahlbarkeit abgesprochen werden. Das Gesetz wurde von Sozialisten und Kommunisten verabschiedet und richtet sich insbesondere gegen die faschistische „Front National“ des Le Pen. — (rül)

El Salvador: Aktion der FMLN

Die Befreiungsbewegung El Salvadors hat nach Angaben der Regierung am 2. Mai die Residenz von Präsident Cristiani angegriffen und einen Armeoffizier und zwei Polizisten getötet. Der Angriff sei der größte seit der Offensive der FMLN im vergangenen November gewesen, klagt die Regierung. Auch die Residenz des Ministers für öffentliche Aufgaben und ein weiteres Gebäude seien beschossen worden. Einen Tag nach dem Angriff traf der von der UNO als Vermittler zwischen FMLN und Regierung eingesetzte Sonderbotschafter in San Salvador ein. — (rül)

Verluste der Konservativen bei britischen Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen in Großbritannien am 3. Mai haben die Konservativen eine Niederlage erlitten. Landesweit verloren sie 212 Sitze in den Gemeinderäten. Die größte Oppositionspartei Labour gewann landesweit 311 Sitze und verfügt damit über doppelt so viele Sitze in Kommunalparlamenten (2.700) wie die Konservativen (1.350 Sitze). Landesweit erreichte Labour 42% der Stimmen, die Konservativen 31%, die Liberalen (minus 39 Sitze) 18%. Auch die Grünen und die Partei der Schottischen Nationalisten konnten die Zahl ihrer Sitze leicht steigern. Vor den Wahlen war den Konservativen verschiedentlich wegen der heftigen Proteste gegen die „Poll-Tax“ ein weit stärkerer Rückschlag vorhergesagt worden. Die vor den Wahlen in der Presse geäußerte Erwartung, ein schwerer Rückschlag werde Thatcher zum Rücktritt zwingen, ist damit nicht aufgegangen. Premierministerin Thatcher bewertete das Abschneiden ihrer Partei frech als „Meilenstein“ auf dem Weg zu einem weiteren Sieg bei den nächsten Parlamentswahlen in zwei Jahren. Sie wechselte einige Minister aus, darunter den für die Einführung der „Poll-Tax“ zuständigen Minister für die Gemeinden, den sie durch einen engen Gefolgsmann ersetzte, und erklärte, Änderungen der „Poll-Tax“ kämen nach diesem Wahlergebnis nicht infrage. — (rül)

De Klerk will den Befreiungskampf spalten

Die Verhandlungen zwischen der südafrikanischen Regierung und der Befreiungsorganisation ANC endeten am 4. Mai mit einer gemeinsamen Erklärung. In der Präambel der Erklärung heißt es: „Die Regierung und der ANC sind sich einig in der gemeinsamen Verpflichtung zur Überwindung des bestehenden Klimas der Gewalt und der Einschüchterung, von welcher Seite dies auch ausgeht, und in der Verpflichtung zur Stabilität und zu einem friedlichen Verhandlungsprozeß.“ Der ANC erklärte, er habe damit keinen Gewaltverzicht unterzeichnet, der bewaffnete Arm der Organisation bestehe fort. Allerdings haben die Gespräche keine konkreten Ergebnisse gebracht. Der ANC war mit Forderungen nach Aufhebung des Ausnahmezustandes, Freilassung der politischen Gefangenen, einer Amnestie für alle Südafrikaner, die wegen politischer Aktionen verfolgt oder ins Exil getrieben wurden, sofortiger Abschaffung des „Gesetzes zur inneren Sicherheit“ und allgemeinen, gleichberechtigten Wahlen in die Verhandlungen gegangen. Zur Forderung nach Aufhebung des Ausnahmezustandes erklärte de Klerk, die Regierung werde „dieses Ziel weiter verfolgen“ — eine Erklärung, die die südafrikanische Regierung seit 1984, seit der Verhängung des Kriegsrechts über das ganze Land, abgibt. Tatsächlich ist inzwischen in allen Homelands der Ausnahmezustand verhängt. Die südafrikanische Regierung fordert vom ANC Garantien für einen „Minderheitenschutz“ für Weiße, das heißt, sie hält an ihren rassistischen Positionen fest. Alle Organisationen, die sich dem Panafrikanismus zuordnen oder der Black-Consciousness-Bewegung nahestehen, lehnen Verhandlungen mit der südafrikanischen Regierung zum jetzigen Zeitpunkt ab. Auf dem ersten Kongreß, den AZAPO Ende März nach Aufhebung des Verbots der Organisation durchführte, hielten über 3.000 Delegierte in einer Entschließung fest, daß ohne weitgehende Zugeständnisse der Regierung Verhandlungen nicht denkbar seien. Dazu gehören u.a. die Beseitigung des Homeland-Systems, der unbedingte Verzicht auf Sonderrechte für Weiße, die Abschaffung der Bantu-Erziehung, die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Rückgabe des Landes an die, denen es gehört. PAC und PAM (Pan Africanist Movement) hatten ebenfalls ihre gemeinsame Ablehnung von Verhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt erklärt. Der Präsident des PAC, Zephania Mothopeng, rief zur Intensivierung des Kampfes an allen Fronten, auch des bewaffneten Kampfes, auf. De Klerk beabsichtigt anscheinend, durch die Verhandlungen die Spaltung der Befreiungsbewegung in Azania/Südafrika zu vertiefen und den ANC zur Dämpfung des Befreiungskampfes zu zwingen, indem er dem ANC Einfluß verspricht. In der Aufstandsbewegung in den Homelands und den Townships, die nach wie vor anhält, wird überdeutlich, daß der PAC eine wichtige Kraft im Befreiungskampf ist. De Klerk will aber die Verhandlungen mit dem ANC auch nutzen, um die Aufhebung aller Sanktionen zu erreichen. Zu diesem Zweck wird er in dieser Woche mehrere EG-Länder besuchen, u.a. die BRD. — (uld)

DDR: Streiks gegen Währungsunion und Lohnstopp

In der DDR wachsen die Proteste gegen die mit der Währungsunion angestrebten Niedriglöhne bei gleichzeitig drastischer Preissteigerung und Öffnung des DDR-Marktes für imperialistische Warenlieferungen. Die Gewerkschaften der Lehrer und der Eisenbahner protestierten gegen den von der Regierung ab 1. Mai verhängten Lohnstopp. Der Gewerkschaftsbund FDGB verlangt eine Anhebung der Nettolöhne zum 1. Juli um 50% und die Einführung der 38-Stunden-Woche. Die Industriegewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder droht mit einem landesweiten Warnstreik am 10. Mai, falls ihre Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze von der Regierung nicht anerkannt wird. In einer von den 300 Delegierten der 12. Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft verabschiedeten Erklärung fordert sie u.a. Einfuhrabgaben und Beschränkungen der Importe, um die Lieferungen imperialistischer Konzerne in die DDR zu begrenzen. Am Tag vor dieser Entschließung hatte bereits eine Delegation der Textilgewerkschaft ihre Forderungen ohne Ergebnis im Wirtschaftsministerium vorgetragen. Ministerpräsident de Maiziere wies die Forderungen des FDGB öffentlich zurück. Der wachsende gewerkschaftliche Widerstand hat die SPD veranlaßt, Kritik an dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Staatsvertrages für die Wirtschafts- und Währungsunion und an der Vereinbarung zur Währungsunion vorzubringen. Die DDR-Sozialministerin Hildebrandt (SPD) wies darauf hin, daß von den 2,9 Millionen Rentnern in der DDR jeder dritte zum Sozialhilfempfänger werde, wenn die von der Bundesregierung angestrebte Regelung unverändert übernommen werde. Jeder vierte Rentner in der DDR würde nach diesen Vorschläge weniger Geld bekommen als bisher. — (rül)



Die Streiks in Frankreich dauern an. Ende April streikten mehrere hunderttausend Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, um eine Anhebung der Mindesteinkommen auf 6.500 DM (ca. 1.900 DM) und eine Korrektur der Lohnsenkungen der Jahre 1988/89 zu erreichen. Die Regierung hat bisher nur einer Lohnerhöhung um 1,2% zugestimmt — bei einer amtlichen Teuerungsrate von 3,4%. Ein Viertel aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst beteiligte sich an dem eintägigen Proteststreik am 26. April, zu dem CGT, CFDT und andere Gewerkschaften gemeinsam aufgerufen hatten. Insbesondere an den Schulen, bei Bahn und Post (Bild) wurde der Streikaufruf der Gewerkschaften fast vollständig befolgt. — (rül)

Ungarn: Kommunisten ohne Sitz

Die USAP kämpft jetzt gegen Privatisierung und Ausverkauf

Bei der Ungarischen Volkskammerwahl am 25. März 90 erhielten nur fünf Kandidaten in ihrem Wahlkreis die absolute Mehrheit. Zur Stichwahl am 8. April durften jene antreten, die mindestens 15% aller Stimmen bekommen hatten. Von den 368 Sitze des ungarischen Parlaments gingen 164 (ca. 43%) an das rechte nationalistische Forum Ungarischer Demokraten (MDF), 92 (24%) an den Bund Freier Demokraten (SZDSZ), die Kleinlandwirtpartei erhielt 44 (11%), die Christdemokraten 21 Mandate, die bis dato regierende, „reformsozialistisch“ transformierte Ungarische Sozialistische Partei (USP) brachte es nur auf 33 Sitze (8,55%). Die bürgerlichen Parteien haben jedoch nicht unbedingt die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Zwei Drittel der Wahlberechtigten gingen zur ersten Wahl; im zweiten Wahlgang nicht einmal mehr die Hälfte. Ministerpräsident Nemeth erreichte als einziges USP-Mitglied in seinem Wahlkreis die absolute Mehrheit, allerdings als „unabhängiger“ Kandidat. Außenminister Gyula Horn, dem in der BRD erst jüngst der Karlspreis für seine Verdienste um den „Fall der Mauer“ verliehen wurde, unterlag in der zweiten Runde. Spitzen- und Präsidentschaftskandidat Imre Pozsgay erlitt eine schwere Niederlage und warf das Handtuch schon zwischen den Wahlgängen. Beide

waren jedoch auf Regional- und Landeslisten abgesichert. (Budapest Rundschau, 16.4.90).

Die Kommunisten der alten USAP scheiterten an der 4%-Klausel. Die USAP muß sich völlig reorganisieren. Die „Reformer“, die putschistisch, ohne Votum der Grundeinheiten die USAP auflösen, warfen zwar deren politisches Erbe über Bord, nicht aber deren Vermögen, Parteiapparat, Zeitung etc. „Man sagte mir: Wir haben dich zu einem solchen Beschluß nicht ermächtigt. Deshalb fühlten sich Hunderttausende von USAP-Mitgliedern gekränkt...“, berichtete der Leiter der Linksozialisten in der USP. (Probleme des Friedens und Sozialismus 3/90; S. 305)

Die USAP kämpft dagegen, „die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch Privatisierung, durch Ausverkauf des Eigentums der Nation zu lösen. Den Ausweg aus der Krisensituation sehen wir weniger in der Schaffung von Privatunternehmen als vielmehr in der effektiveren Nutzung der kollektiven Eigentumsformen...“ (USAP-Vorsitzender Gyula Thürmer, dto. S. 295).

Während des Wahlkampfes kam es zu antikommunistischen Übergriffen. Karoly Grosz, ehemaliger Ministerpräsident und Nachfolger Kadars, wurde gezwungen, einen Fernsehauftritt abzubrechen. — (frr)

Widerstand gegen Waffenplatz

Schweiz: Truppenübungsplatz stößt auf breite Opposition

Mit Gummischrotgeschossen haben Polizeieinheiten am 4. Mai das Feuer auf mehr als 300 Menschen eröffnet, die bei einem Aktionstag das Baugelände eines vom Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) geplanten Waffenplatzes betreten wollten. Dieser brutale Polizeieinsatz, den auch bürgerliche Kräfte als „enttäuschend und erschütternd“ (so der konservative „Landesring der Unabhängigen“) bezeichneten, markiert einen vorläufigen Höhepunkt in einer seit Monaten andauernden Auseinandersetzung. Es geht um einen neuen Truppenübungsplatz (in der Schweiz als „Waffenplatz“ bezeichnet), den das EMD bei den Ortschaften Neuchlen und Auswil zwischen Gossau und St. Gallen errichten lassen will, gegen den Willen einer großen Mehrheit der Bevölkerung. So mußte etwa der Gossauer Gemeindeamtman im Fernsehen zugehen: „Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung will den Waffenplatz wirklich“. Trotzdem hat das Militär vor einem Monat mit den Bauarbeiten beginnen lassen. Seitdem fanden Woche für Woche Demonstrationen, „Solidaritätsspaziergänge“ und Aktionen gegen den Waf-

fenplatz statt. Der Staat reagierte mit Härte: Bundesrat Kaspar Villiger erklärte, trotz der Proteste sehe er „keinen Anlaß (...) einzuschreiten und eine Verschiebung des Zeitplans zu verlangen.“ Die Polizei hat nach Schätzungen der Waffenplatzgegner bisher mindestens 60 Leute festgenommen, 225 Personen wurden angezeigt.

Die Auseinandersetzung um den neuen Waffenplatz des schweizer Militärs hat Bedeutung weit über die Region hinaus. Findet sie doch kaum ein halbes Jahr nach der Volksabstimmung statt, in der sich ein Drittel der Bevölkerung für eine vollständige Abschaffung der Armee ausgesprochen hatte.

Die Aktionsgruppe hat am 3. Mai in St. Gallen den Text eines Volksbegehrens gegen die Neuanlage oder die Erweiterung von Waffenplätzen verabschiedet: „40 Waffenplätze sind genug — Umweltschutz auch beim Militär“. Linke Kräfte, die auf eine Initiative zur Verringerung der Übungsplätze gedruckten hatten und außerdem die Konzentration auf den „Umweltschutz“ kritisierten, konnten sich nicht durchsetzen.

Quellenhinweis: NZZ, 6.7.5.; Thurgauer Volksfreund, 7.5.; WoZ, 6.4., 27.4. — (jüg)

Niederlande: neuer Ladenschluß

Streiks nach Verhandlungen vorerst beigelegt

Mit zahlreichen Streiks haben die niederländischen Gewerkschaften im Einzel- und Großhandel in mehreren Städten gegen die geplante Ausdehnung des Ladenschlusses protestiert. Zuletzt legten am Freitag, dem 20. April, über 1.000 Beschäftigte in 25 Filialen großer Einzelhandelskonzerne in Utrecht, Amsterdam, Den Haag, Hilversum, Deventer und Tilburg auf Aufruf der Gewerkschaft Dienstbond FNV die Arbeit nieder. Spontan schlossen sich in Utrecht und in Amsterdam Beschäftigte anderer Einzelhandelsketten dem Streik an, darunter auch die Beschäftigten von Peek & Cloppenburg.

Das niederländische Wirtschaftsministerium hat einen Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, nach dem der Ladenschluß von Montag bis Freitag von 18 auf 18.30 Uhr und an Samstagen von 17 auf 18 Uhr verlängert werden soll. Der Gesetzentwurf wird von den Koalitionsparteien CDA (Christlicher Aufbruch) und PvdA (Partei der Arbeit) getragen. Die PvdA verlangt aber weiterhin flexible Öffnungszeiten. Die Liberalen Parteien VVD und D66 sehen in dem Gesetzentwurf erst den Beginn für eine weitere Flexibilisierung der Ladenschlüssen. Die Kapitalistenorganisationen VGL (Supermarktketten) und

Vakcentrum (Lebensmittelfilialen) verlangen flexible, dem Kundenandrang angepaßte Ladenöffnungs- und Arbeitszeiten.

Am 27. April verhandelte die Gewerkschaft Dienstbond FNV mit drei der großen bestreikten Einzelhandelsunternehmen: AHOLD, Bijenkorf Beheer und Vindex International. In den Verhandlungen wurde eine Einigung darüber erzielt, daß die Arbeitszeit zwischen der Öffnung und Schließung der Läden Tarifangelegenheit ist. Sollte die Verlängerung des Ladenschlusses gesetzlich beschlossen werden, darf die Arbeitszeit nicht einseitig von den Unternehmen ausgedehnt werden. Kein Beschäftigter darf gegen seinen Willen nach 18 Uhr unter der Woche und 17 Uhr am Samstag beschäftigt werden. Sollte ein Unternehmen länger öffnen wollen, müssen Personalbesetzung und Arbeitsbedingungen als Folge der Ladenschlußverlängerung tarifvertraglich verhandelt werden. Es sollen keine weiteren Beschäftigte mit „pulp-contract“ (Teilzeitarbeit unter acht Stunden) eingestellt werden. Der Dienstbond FNV erwartet, daß sich weitere Einzelhandelsunternehmen diesem Vertrag anschließen. Falls nicht, sind weitere Streiks nicht ausgeschlossen. — (m)

Nachdem am 26. April der Vorsitzende der Israelischen Arbeiterpartei (IAP), Schimon Peres, den Versuch aufgegeben hat, eine von ihm geführte Koalitionsregierung zu bilden, erhielt der amtierende Ministerpräsident Schamir erneut den Auftrag zur Regierungsbildung. Dies bedeutet zugleich das Scheitern der Bemühungen zur Bildung einer Großen Koalition, die die durch die palästinensische „Intifada“ hervorgerufene Krise bewältigen sollte. Nach Berechnungen des größten israelischen Finanzunternehmens, der Bank Hapoalim, hat der Aufstand des palästinensischen Volkes die israelische Volkswirtschaft bisher rund eine Milliarde US-Dollar gekostet. Es sind jedoch nicht nur diese finanziellen Belastungen, die den zionistischen Politikern Sorgen bereiten, sondern vor allem der wachsende Druck von seiten der imperialistischen Verbündeten, den Palästinensern zumindest geringfügige Zugeständnisse zu machen. Der israelisch-arabische Konflikt soll

Israel: Krise des Parlamentarismus oder taktisches Manöver des Zionismus

Shamir versucht, den Palästinenserwiderstand mit einer „Homeland-Strategie“ zu brechen

hende innere Kabinett Israels hatte am 6. Oktober 1989 die 10-Punkte-Initiative des ägyptischen Präsidenten abgelehnt. Schon dieser Plan war jedoch für die Palästinenser unannehmbar. Er bot allenfalls einen ersten Ansatz für israelisch-palästinensische Gespräche, in denen über die Modalitäten freier Wahlen in den 1967 von Israel besetzten Gebieten hätte gesprochen werden können. Zwar ist im Plan Mubarak von einer Einbeziehung der palästinensischen Befreiungsorganisation in Verhandlungen nicht die Rede, er ließ jedoch in einem Aufruf im israelischen Fernsehen im

gitimen Forderungen des palästinensischen Volkes und seiner Führung in keiner Weise gerecht. So sieht der Baker-Plan beispielsweise vor, daß die Zusammensetzung einer palästinensischen Delegation von der Zustimmung Israels abhängig gemacht wird. Dies war der zionistischen Führung noch nicht genug: sie forderte eine Nachbesserung des Baker-Plans, in der die Beteiligung der PLO ausdrücklich ausgeschlossen werde. Dieser Forderung kam der US-Außenminister am 1. November 1989 mit einer Abänderung seines Vorschlags weitgehend entgegen.

Den zionistischen Hardlinern, die zu keinerlei Zugeständnissen gegenüber dem palästinensischen Volk bereit sind, kam die anhaltende Regierungskrise gerade recht. Eine offensichtlich handlungsunfähige Regierung unterliegt nicht dem Handlungsdruck und läßt die Zeit für sich arbeiten. Das demonstrative Tauziehen um die imperialistischen „Pläne“ ist eine inzwischen allzu offensichtliche Verzögerungstaktik; doch die PLO ist weder so schwach noch so naiv, daß sie bei dieser Friedensprozeß-Komödie noch lange mitspielen wird, zumal sie selbst unter dem Druck der palästinensischen aufständischen Massen steht. Die Nationale Führung des Aufstands hatte bereits in ihrem Kommuniqué Nr. 46 vom September 1989 klargestellt, daß der angeblich mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat abgestimmte Mubarak-Vorstoß wenig Aussicht auf Erfolg habe. Vom gleichzeitig tagenden PLO-Exekutiv-Komitee wurde der Plan zurückgewiesen. Als Reaktion auf den Baker-Plan forderte die PLO ihre volle Beteiligung an allen Etappen des Friedensprozesses sowie einen Dialog auf der Grundlage der von allen Konfliktparteien anerkannten UN-Resolutionen 242 und 338, des Prinzips „Land gegen Frieden“ und im Rahmen einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz.

Gerade die angeblich angestrebten israelisch-palästinensischen Gespräche bilden jedoch den Hintergrund der Regierungskrise der letzten Monate, die zeitweise skurrile Formen annahm. Peres scheiterte mit seiner Regierungsbildung im April, weil Abgeordnete kleiner Splitterparteien, die zuvor mühselig bestochen und eingekauft worden waren, wieder absprangen. Ein ominöser

Rabbi aus New York hatte seinen Marionetten im Parlament von Jerusalem im letzten Moment den Befehl gegeben, Peres fallen zu lassen. Der in New York residierende „Lubawitzer Rabbiner“ Menachem Schneerson leitet eine Bewegung, die in der ultrareligiösen Splitterpartei „Agudat Israel“ großen Einfluß hat. Er lehnt jede Räumung von eroberten Gebieten ab. Nachdem sich herausstellte, daß die Regierungsbildung gescheitert war, kam es zu wüsten Beschimpfungen und Prügeleien im Parlament. Schon am frühen Morgen war dem Abgeordneten einer anderen kleinen Partei das Auto demoliert worden, um ihn an der Fahrt in die Knesset zu hindern. Die Polizei von Jerusalem bekam Ausgangssperre, um den Zugang der Abgeordneten zum Parlament zu sichern. Man befürchtete Anschläge gegen Überläufer und „Verräter“, die sich durch Geld oder Pöstchen von einer Partei zur anderen hatten locken lassen. Arabische Abgeordnete mußten rassistische Beschimpfungen über sich ergehen lassen oder wurden als „Agenten der PLO“ bezeichnet. Ein jüdischer Abgeordneter erklärte: „Zehn Minuten dieser Parlamentssitzung zerstören eine jahrelange Erziehung zur Demokratie in unserer Jugend. Die demokratische Schicht in unserem Volk ist sehr dünn. Wenn wir nur ein wenig daran kratzen, können wir unter dieser Schicht etwas sehr sehr Unsympathisches entdecken.“ Staatspräsident Herzog warnte vor der Presse: „Die Menschen sind angewidert und dieses Systems überdrüssig, das uns von unserer eigentlichen Arbeit abhält.“ In Tel Aviv demonstrierten am 7. April 120000 Israelis für einen Volksentscheid zur Änderung des Wahlrechts, d.h. tendenziell für die Ausschaltung der kleineren Parteien. Von welcher Seite des politischen Spektrums die Initiative für diese Kundgebung ausging, bleibt fraglich. Betroffen davon wären jedenfalls nicht nur rechte und religiöse Parteien, sondern auch Parteien links von der Sozialdemokratie. Der starke Rechtstrend innerhalb der zionistischen Gesellschaft ist zudem nicht unbedingt auf die rechten Splitterparteien zurückzuführen. Die Gesellschaft dieses Staates ist in zwei Lager gespalten: die einen lehnen jegliche Rückgabe eroberten Territoriums ab; die anderen wären be-

reit, einen Teil der besetzten Gebiete im „Tausch gegen Frieden“ zu räumen, um so den übrigen eroberten Besitzstand zu sichern. Dazwischen gibt es eine äußerst geringe Anzahl antizionistischer Juden, die bereit sind, sich auch für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes einzusetzen.

Schamir hat nun angekündigt, daß er in der Lage sei, innerhalb weniger Tage eine regierungsfähige Mehrheit zustande zu bringen. Zu seinem Angebot an die ultra-orthodoxen Koalitionspartner gehören u.a. neue Siedlungen in den besetzten Gebieten und seine Ankündigung, auch den Baker-Plan einstampfen zu lassen. Stattdessen möchte er den von ihm selbst stammenden „Schamir-Plan“ in die Tat umsetzen. Dieser Plan ist letztendlich eine Abwandlung bzw. Fortsetzung der Camp-David-Abkommen, mit denen die umliegenden arabischen Staaten gezwungen werden sollen, auf die Palästinenser dahingehend Druck auszuüben, daß sie auf ihr Selbstbestimmungsrecht in Palästina verzichten. Shamirs Plan beinhaltet weiterhin das Versprechen sogenannter „Autonomie“ an die Palästinenser in Teilen ihres okkupierten Landes, wodurch sie günstigstenfalls zu „Homeland“-Bewohnern nach dem Vorbild der südafrikanischen Bantustans gemacht würden. Schamir hat bereits mehrfach bekräftigt, daß Israel sich bei der Durchsetzung seiner Ziele von keinem Staat beeinflussen lassen und auch nicht von seinem größten Geldgeber, den USA, unter Druck setzen lasse. Ende letzten Jahres drohte er, daß er glaube, daß „Israel einer Periode der Spannungen mit den USA entgegengehe“ und einige Tage später: „Es ist nicht einfach, sich mit dem stärksten Land der Welt auf eine Konfrontation einzulassen. Wir sind nicht an Konfrontationen interessiert, aber die Vereinigten Staaten müssen wissen, daß Israel Anliegen hat, zu denen es bis zuletzt entschlossen stehen wird“. Schamir weiß, daß es nicht das Anliegen der US-Politiker ist, den Palästinensern zu ihrem Selbstbestimmungsrecht zu verhelfen, sondern sich die Stimmen jener US-amerikanischen Bevölkerungsteile zu sichern, die den zionistischen Staat unterstützen. Dabei ist ihnen wohl auch gleichgültig, daß die zu erwartende Forcierung der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten das Ende des sogenannten „Friedensprozesses“ bedeuten wird. Wie die Zionisten setzen sie darauf, daß die Kraft der Intifada sich abnutzt oder letztendlich gebrochen werden kann. Diese Hoffnung der Zionisten und ihrer imperialistischen Ziehväter könnte ein Trugschluß sein. — (hch)



Zionistische Militärkontrolle vor dem Palästinenserlager Rafia

nach den Worten des sowjetischen Botschafters in Syrien, Sotow, auch ein zentrales Thema des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens Ende Mai werden. Moskau und Washington hätten in jüngster Zeit sehr konstruktive Kontakte über die Nahostpolitik gepflegt, sagte Sotow. Der Friedensprozeß werde aber von israelischen Vorbehalten blockiert, und die Vereinigten Staaten hätten „nicht die notwendige Festigkeit gegenüber den Israelis gezeigt“, sagte Sotow. Die israelische Regierungskoalition von Likud und Arbeiterpartei war am 13. März dieses Jahres infolge ihrer Uneinigkeit über den sogenannten Baker-Plan zerbrochen. Dieser „Plan“ des US-Außenministers ist als eine Reaktion auf das Scheitern des „Mubarak-Plans“ zu sehen. Das aus zwölf Personen beste-

September 1989 verlauten, daß es „ohne Beteiligung der PLO keinen Fortschritt im Friedensprozeß geben wird“. Eine PLO-Beteiligung an Verhandlungen oder gar Wahlen wird von Schamir jedoch ebenso kategorisch abgelehnt wie der Rückzug aus den besetzten Gebieten oder ein palästinensischer Staat. Mit Erfolg blockierte der Likud-Block im September 1989 einen Antrag der Arbeiterpartei, über den Mubarak-Plan zu debattieren. Von der Arbeiterpartei war dieser Plan zuvor als „fair“ und „positiv“ bezeichnet worden.

Das Ausbreiten all dieser auf faule Kompromisse hinauslaufenden Pläne (Mubarak-Plan, Baker-Plan, Shamir-Plan) dient dazu, die PLO und die Nationale Aufstandsführung der Palästinenser hinzuhalten. Diese Pläne werden den le-

Kashmir: Pakistan heizt die Spannung an

Wird der „Kanalwasserstreit“ zwischen Indien und Pakistan um den Kashmir neu aufgelegt?

Von außen betrachtet hat die Chronologie des derzeitigen Schlagabtausches zwischen der pakistanischen und der indischen Regierung den Anschein, als steuerten beide Konfliktparteien auf einen neuerlichen Krieg um das Kashmir-Gebiet zu. Nicht ganz ersichtlich wird aus den vorliegenden Pressemeldungen, welche Interessen in diesem Konflikt im Spiele sind.

Im indischen Unionsstaat Jammu und Kashmir mit der Hauptstadt Srinagar leben 77% im Kashmirbecken selbst über 90% Moslems. Dieser Bundesstaat ist der einzige indische Unionsstaat mit einer Mehrheit an moslemischer Bevölkerung. Bei der Abtrennung Pakistans von Indien 1947 beanspruchte Pakistan den ganzen Kashmir für sich, so daß Indien auf Ansinnen des damaligen Hindu-Maharaja gegen die einfallenden Pathanenstämme militärisch intervenierte. Die UN legte 1947/48 den damaligen Frontverlauf als Demarkationslinie fest. 1957 wurden Jammu und Kashmir endgültig in die Indische Union eingegliedert. Es fand ein forciert Ausbau militärischer Präsenz auf pakistanischer und indischer Seite statt, verbunden mit einer weitgehenden Unterdrückung der Selbständigkeit der Kashmiris. Die pakistanische Oberschicht versteht sich traditionell als Vertreterin der Muslime in der Region.

Durch die jahrelange Unterdrückung der zumeist selbstständigen kleinen Bauern im indischen Kashmir bedingt, hat sich jetzt die separatistische Gruppierung Jammu und Kashmir Liberation Army (JKLA) darauf verlegt, über Entführungen und Anschläge auf Hinduein-

richtungen ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Es ist als sicher anzusehen, daß diese Gruppen Unterstützung durch die pakistanische Regierung erhalten. Sicher ist auch, daß der Unmut der Kashmiris über die ständige Mißachtung ihrer Interessen und den Ausbau des militärischen und polizeilichen Sicherheitsapparates durch die indische Regierung noch wachsen wird.

Ein seit der Unabhängigkeit 1947 von allen pakistanischen Regierungen gepflegtes Argument, daß der Kashmir zu Pakistan gehöre, ist der Einzugsbereich der lebenswichtigen Ströme (Indus, Jhelum, Chenab), deren Oberläufe Kashmir naturräumlich zuordne. Im pakistanischen Punjab, im Einzugsbereich der großen Ströme, leben heute über 60% der pakistanischen Bevölkerung. Deren Lebensgrundlage bildet die durch Bewässerung ermöglichte landwirtschaftliche Produktion. „Vier Fünftel der Anbaufläche sowohl des indischen, wie auch des pakistanischen Punjab sind auf die künstliche Bewässerung aus den (durch ihren Gletschereinzug ganzjährig wasserreichen) Himalaya-Strömen angewiesen, deren Oberläufe alle im indisch kontrollierten Gebiet verlaufen und dann z.T. nach Pakistan fließen. Dieses behauptete, durch Ableitungen bzw. durch den Ausbau indischer Bewässerungswerke ‚dem Hungertod ausgeliefert‘ zu werden. ... Die Indische Union dagegen erklärte, den Abfluß von Sutlej und Beas nach Pakistan nicht länger gewähren zu können, da sie deren Wasser zum Ausbau der Bewässerung in dem nun mit Flüchtlingen überfüllten östlichen Punjab benötige (die pakistanische

Regierung hatte 1947 die Sikh aus ihrem Teil des Panjab vertrieben, d.Verf.).“ (Fischer Länderkunde, Südasien, S. 26 f.)

1960 schalteten sich die US-Imperialisten mit der Weltbank in den „Kanalwasserstreit“ ein und knüpften Kreditvergaben für Stauseen und -dämme an bestimmte Bedingungen. Das Wasser des westlichen Flußgebietes wurde Pakistan, das Wasser des östlichen der Indischen Union zugesprochen und darüber hinaus das Recht, die unbedingt nötige, genau festgelegte Nutzung auch der westlichen Flüsse zur Speisung bestehender Anlagen und zum Ausbau der Wasserkraftwerke und der Hoch- und Niedrigwasser-Regulierungen fortzuführen. Dafür wurden Pakistan eine Übergangsregelung und große Finanzhilfen zum Umbau seiner bisherigen Wasserzufuhr aus dem östlichen Flußgebiet und von neuen Stau- und Kanalanlagen im Westen gewährt. Diese Kredite legten den Grundstein für die bis heute andauernde tiefe Verstrickung Pakistans mit den US-Interessen in der Region. Die zehn Jahre später folgende „Grüne Revolution“, die auch im indischen Punjab eine grundlegende Umwandlung der agrarökonomischen Struktur bewirkte, wurde ebenso hier vorbereitet. Es ist aber auch klar, daß Pakistan ohne Duldung der US-Administration keinen Konflikt mit Indien anfangen kann.

In Indien ist Premierminister V. P. Singh bemüht, klarzustellen, daß er sich nach wie vor auf das sogenannte Simla-Abkommen bezieht, das 1972 zwischen der indischen und der pakistanischen



In dem Gebirge des Kashmir (Bild) entspringen wichtige Flüsse, aus denen sowohl das indische als auch das pakistanische Punjab ihren Wasserbedarf decken.

Regierung ausgehandelt wurde. Es beinhaltet im wesentlichen die gegenseitige Achtung der territorialen Integrität des jeweils anderen Landes und eine Normalisierung der Beziehungen auf Verkehrs-, Post-, Handelsgebiet und das Recht auf Freizügigkeit. Dies ist die eine Seite. Die andere ist die zunehmende Brutalität der Polizei im Kashmir, die unter Bezug auf die „Terroristengesetze“ nicht vor Übergriffen gegenüber Demonstranten, auch mit Waffengewalt zurückscheut. Am 17. April wurden neun Parteien verboten und gegen elf Tageszeitungen gesetzliche Maßnahmen angedroht. Bereits am Ostersonntag waren zwei Druckereien geschlossen worden, die in Srinagar ansässig sind. Vorwurf des Gouverneurs von Jammu und Kashmir: „Antinationale Aktivitäten“, weil sie die muslimischen Sepa-

ratisten, die für ein unabhängiges Kashmir eintreten, unterstützen.

Die Revolutionäre in Indien kritisieren vor allem die Unfähigkeit der indischen Regierung, den Einwohnern des Kashmir eine regionale Autonomie zu gewähren und demgegenüber engstirnigen Hindu-Nationalisten das Feld zu überlassen, so daß zum einen die Unterdrückung immer schlimmere Formen annimmt und zum anderen Pakistan Vorwände für Kriegshandlungen erhält. Mitte April hat das pakistanische Militär Truppen an der Grenze konzentriert, Gebäude getarnt und ausgedehnte Manöver begonnen.

Quellenhinweis: Frontier, Calcutta, 13.1.1990; Neue Zürcher Zeitung, div. Ausgaben, April 1990; Fischer Länderkunde 2, Südasien; The Sunday Observer, Neu Delhi, 10.3.1990 — (cog)

Gelsenkirchen auf dem Weg ins Jahr 2000?

SPD-Strukturpolitik am Beispiel einer Ruhrgebiets-Stadt

In Gelsenkirchen herrscht wie im gesamten Revier Aufbruchstimmung. Noch 1986 hatte die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ in Anbetracht der zerrütteten städtischen Finanzen die Frage gestellt, ob Gelsenkirchen eine

sterbende Stadt sei. Hintergrund war die Strukturkrise im Bergbau und in der Stahlindustrie. Sie hatte dazu geführt, daß in 20 Jahren 60 000 Arbeitsplätze verloren gingen und im gleichen Zeitraum ca. 120 000 Bewohner abwanderten.

1986 hatte eine Expertengruppe der Stadtverwaltung vorgeschlagen, durch Personalabbau, Ämterauflösung, Automatisierung, Gebührenerhöhungen, Einsparungen im Sozialbereich und Schließung kultureller Einrichtungen bis 1990 58 und bis zum Jahr 2000 90 Milliarden Mark einzusparen.

Während der Kommunalwahlen 1989 wendete sich die wahlkämpfende Sozialdemokratie, die in Gelsenkirchen das Sagen hat, gegen verbreitete Zukunftssorgen. Der Unterbezirksvorstand veröffentlichte ein umfangreiches Wahlprogramm mit dem Titel: „Zukunft Gestalten.“ Gelsenkirchen soll zu einer Informations-, Dienstleistungs- und Freizeitstadt gemacht werden.

Disneyland und Mickeymaus

Mit großem publizistischem Getöse werden mehrere größere Bauvorhaben und Projekte angekündigt. Der US-amerikanische Filmulti Warner Bros. will im Revier gleich drei Kinopaläste errichten. Eines dieser Superkinos, das Multiplex-Center, soll in der Nähe des Fußballstadions gebaut werden. Auf neun Leinwänden und in mehreren Nobelrestaurants wird Vergnügen angeboten. Die US-Amerikaner rechnen mit anderthalb Millionen Besuchern jährlich. In den Nobelrestaurants des Superkinos gäbe es alles, was Lukullus auf diesem Globus anbiete. An popcornkauen Jugendlichen habe Warner Bros. kein Interesse.

Fachleute aus der Filmbranche und Kinobesitzer gehen davon aus, daß kleinere Kinos in den Städten geschlossen werden. Die Innenstädte würden damit weiter veröden.

Aus den USA kommen auch die Geldgeber und Manager, die in Gelsenkirchen eine Superhalle mit einem Fassungsvermögen von 45 000 Besuchern errichten wollen. Das Wunderwerk soll 100 Millionen Mark kosten. In der Halle sollen hochkarätige Sportveranstaltungen, Konzerte und Filmproduktionen geboten werden. Damit die Veranstalter richtig verdienen, muß mit entsprechenden Eintrittspreisen gerechnet werden. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Rentner, aber auch Wenigverdienende werden diese Preise nicht bezahlen können.

„Kultur für Alle“, wie es im SPD-Wahlprogramm heißt, kann man dies nicht nennen.

Neuordnung der Emscherzone

Lange Zeit war die Emscherzone das Schlußlicht des Ruhrgebiets. Das soll jetzt anders werden. Die Landesregierung von NRW hat ein neues Programm für die krisengeschüttelte Region vorgestellt. Die Sozialdemokraten geraten ins Schwärmen, wenn von der „Emscherparkidee“ und von der Internationalen Bauausstellung (IBA) die Rede ist. Von Dortmund bis Duisburg soll die Emscherzone in eine Parklandschaft verwandelt werden. Geplant ist ein System von Natur-, Freizeit- und Kulturbereichen. In die Landschaft sollen Industrie-

und Wirtschaftszentren gebaut werden, darin eine Managementschule.

Im Dezember 1989 fand in Gelsenkirchen eine erste öffentliche Veranstaltung dazu statt. Öffentliche und private Investitionen in Höhe von drei Milliarden Mark sollen die „Lebensqualität“ in der Emscherzone verbessern. Minister Zöpel und Sprecher der Industrie haben in der Auftaktveranstaltung allerdings allzu optimistische Erwartungen bezüglich der finanziellen Beteiligung von Landes- und Bundesregierung gedämpft.

Technologiepark Ruhrgebiet

Der Initiativkreis Ruhrgebiet (ein Zusammenschluß von Konzern-Chefs) hat auch in Dortmund den Anstoß für ein Großprojekt gegeben. Auf einer Fläche von 600 Hektar, die einmal zum Bergbau gehörten, sollen Einrichtungen entstehen, die für eine hochqualifizierte gewerbliche und industrielle Nutzung vorgesehen sind. Ein Wettlauf zwischen den Städten hat begonnen. 407 Projektideen sind bei der IBA, die ihren Sitz in Gelsenkirchen hat, eingegangen.

Neben der Internationalen Bauausstellung ist das „Institut für Arbeit und Technik“ mit Sitz in Gelsenkirchen als weiteres Paradestück vorgesehen. Die Sozialdemokraten erklären, die Emscherzone werde damit eine Umgestaltung erfahren, die weltweit ohne Beispiel sei. Vier Millionen Mark stehen für den ersten Bauabschnitt dieses Instituts zur Verfügung. Es ist äußerst schwierig zu erfahren, was genau von diesem Institut geleistet werden soll. Die Stadtobere sprechen von einem Technologiezentrum. Andere Auskünfte besagen, es sollen sozialverträgliche Konzepte der Technologiegestaltung erforscht werden.

Mit ehrgeizigen Plänen, mit großen Bauvorhaben und der angekündigten Veränderung der Emscherzone können Optimismus und Aufbruchstimmung verbreitet werden, die die Politiker angesichts der bevorstehenden Wahlen dringend brauchen.

Miesmacher und Querulanten

Es gibt zu diesen Projekten auch kritische Stimmen. Für den Landesvorsitzenden der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt in NRW müssen zunächst die Fragen geklärt werden, was denn ökologische Erneuerung der Emscherzone bedeute und was ein gutes Ökosystem überhaupt sei. Die Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplaner kritisiert, daß hauptsächlich Politiker von Industrie- und Handelskammern in den Gremien sitzen. Kritik aus Bürgerinitiativen oder von Einzelpersonen wird von der örtlichen SPD-Spitze hart attackiert. In der Oktober-Wahlzeitung schreibt die SPD: „Jetzt kommen die Miesmacher, die Neinsager, die Berufsquerulanten...“

Allen Einschüchterungen zum Trotz müssen die Politik der SPD und die angekündigten Großprojekte hinterfragt

werden. So schön und so nützlich Parkanlagen und Wissenschaftszentren sein mögen, die Frage muß erlaubt sein, ob mit dieser Bauausstellung und den Superbauten wirklich ausreichend neue Arbeitsplätze für Gelsenkirchen und die Region geschaffen werden.

Gerade in Gelsenkirchen ist die Bezeichnung Zweidrittelgesellschaft angebracht, wenn man an den Personenkreis denkt, der ausgegrenzt wird.

Rotstiftpolitik für die Armen

Der Zweckoptimismus der Wahlkämpfer täuscht über die wirkliche Situation in Gelsenkirchen hinweg. Der Arbeitsamtbezirk Gelsenkirchen-Gladbeck hat nahezu 29 000 Arbeitslose. Gelsenkirchen steht mit 16 Prozent Arbeitslosen noch immer an der Spitze der Ruhrgebietsstädte. In dieser Zahl ist der Personenkreis nicht berücksichtigt, der in die Frühverrentung und in die sog. 59er-Regelung abgeschoben wurde. Gelsenkirchen hat noch immer über 14 000 Sozialhilfeempfänger, die die Stadt über 70 Millionen Mark jährlich kosten.

Die SPD-Spitze sagt, die Haushaltsanierung sei längst nicht abgeschlossen, sie soll in den folgenden Jahren eine zentrale Bedeutung bekommen. Um die knappen Finanzen zu verbessern, werden erneut Gebühren angehoben.

Während für die Superbauten Millionen verplant sind, müssen angeblich in wichtigen sozialen Bereichen Zuschüsse gestrichen werden. Die Stadt will drei städtische Alters- und Pflegeheime an die Freie Wohlfahrtspflege abgeben. Der Städtische Sozialdezernent vertritt die Auffassung, daß Pflegeheime kostendeckend arbeiten müssen. Ab Januar 1990 werden in den Pflegeheimen der AWO und der Caritas die Pflegesätze gleich zweistellig erhöht. Die AWO erhöht die Preise um 20 Prozent, die Caritas um 12 Prozent. Das bedeutet, daß immer mehr alte Menschen zu Sozialhilfeempfängern werden, weil selbst einigermaßen hohe Renten die Kosten in diesen Pflegeheimen nicht mehr abdecken.

Die Beiträge für städtische Dienstleistungen wurden gewaltig erhöht. Die Abwassergebühren stiegen 1988 von 1,14 Mark auf 1,92 Mark. Jetzt stehen weitere Erhöhungen um 0,42 Mark pro Kubikmeter ins Haus.

Die Ankündigungen über den Aufbruch in der Emscherzone könnten eigentlich froh stimmen. Vielleicht wird jetzt der verschlafene Strukturwandel nachgeholt. Der Verlust von 60 000 Arbeitsplätzen kann aber kaum aufgeholt werden. Strukturkrisen können nur längerfristig bekämpft werden, und diesbezüglich gibt es in Gelsenkirchen erhebliche Defizite. Wer durch Zukunftseuphorie die gegenwärtige Situation beschönigt, wird diese Defizite nicht verändern können.

(W.S.; der Beitrag wurde uns von der „SoZ“ zur Verfügung gestellt und redaktionell gekürzt.)



Wie die REP will die CDU provozieren: Als eine Wahlkundgebung mit Kohl in Köln von einem Drittel der 1 000 Teilnehmer gestört wurde, hetzte er gegen den „Pöbel“, Kölner CDU-Politiker verglichen Eierwürfe mit dem Lafontaine-Attentat. Foto: B. Maus

Rechte Positionen schon gestärkt

REP, CDU, FDP und SPD für ein „starkes NRW“

Viele Antifaschisten hatten nicht damit gerechnet, doch den REP ist bei der Landtagswahl in NRW eine flächendeckende Kandidatur gelungen. Unbehelligt von den Wahlausschüssen kandidieren sie in 138 von 151 Wahlkreisen. Damit konnten sie sich organisatorisch offensichtlich festigen. Dennoch scheint ihre Fähigkeit zu mobilisieren, eher gesunken zu sein. Nachdem eine Wahlveranstaltung in Wuppertal trotz bürgerkriegsähnlichem Einsatz von 1 200 Polizisten von annähernd 2 000 Gegendemonstranten blockiert und praktisch verhindert wurde, haben sie in NRW zahlreiche geplante Veranstaltungen abgesagt.

Dennoch haben sie ihr Ziel schon halb erreicht. Die bürgerlichen Parteien sind in diesem Landtagswahlkampf so deutlich nach rechts gegangen, wie selten zuvor. „Der Sozialismus geht, wir kommen“ und „Für ein starkes NRW in einem einigen Deutschland“, heißt es auf zig-tausend Plakaten der CDU, ähnlich wie auch bei den REP. Der Inhalt dieser Lösungen wird von CDU-Politikern vielfach in offene Hetze umgewandelt. Erst vor kurzem hat CDU-Generalsekretär Linssen im Landtag gefordert, die angeblich 150 000 in NRW lebenden de facto-Flüchtlingen auszuweisen. Daß solche Propaganda bei Parteimitgliedern Anklang findet, kann man an CDU-Ständen überprüfen.

Die FDP würde am liebsten mit der CDU die neue Landesregierung bilden. Weil diese Aussicht so vage ist, hält sie jedoch ausdrücklich eine Zusammenarbeit mit der SPD offen. Unter der Überschrift „NRW fit machen für Europa“ unterstützt sie sehr konkret zahlreiche von den Konzernen geforderte Projekte und trägt alle möglichen Angriffe auf von den Gewerkschaften durchgesetzte kollektive Rechte vor.

Die Landes-SPD setzt solchen Aussagen nichts entgegen. Ihre Wahlaussage „Wir machen unser Land zur Nr. 1 in Deutschland“ liegt nahe bei denen der CDU und macht ebenfalls die Profitinteressen der Konzerne zum bestimmenden Maßstab. Sofern es um soziale Interessen geht, kritisiert die SPD vor allem die Bundespolitik, so daß vor

sozialen Forderungen immer noch die Mehrheiten im Bundestag stehen. Der Forderung nach Sonntagsarbeit, die von Chemie-Kapitalisten wie Uniroyal in Aachen verlangt und von der Landesregierung bisher abgelehnt wurde, hält das Landesprogramm nur noch entgegen: „Sonntagsarbeit (darf) nur in zwingenden Ausnahmefällen zugelassen werden.“

Gerade in Punkten wie der Ausländerpolitik hat die Landes-SPD der Reaktion weit nachgegeben. Zwar lehnt sie das neue Ausländergesetz ab, will bei einer Neufassung jedoch ausdrücklich der „Tatsache“ Rechnung tragen, „daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland ist“ und fordert „nachprüfbar Kriterien... wer bei uns bleiben kann und wem wir ein Aufenthaltsrecht verweigern müssen“. Dabei hätte die Landesregierung der Demagogie faschistischer und anderer rechter Kräfte Stoff entziehen können, insbesondere durch die auch von der SPD-Fraktion längst beschlossene Einführung des kommunalen Wahlrechts.

Die Kräfte der Opposition können der Entwicklung der bürgerlichen Politik nach rechts kaum etwas entgegensetzen. Die Grünen sind bisher nicht im Landtag und nach wie vor ist es fraglich, ob sie den Sprung über die 5%-Hürde schaffen. Ihren Wahlkampf haben sie vor allem mit ökologischen Themen geführt, Antifaschismus spielt bei ihnen keine große Rolle. Immerhin haben sie eine Broschüre und ein Faltblatt gegen die REP herausgegeben und insbesondere Auseinandersetzungen um das Asylrecht verschiedentlich stark unterstützt.

Die Kräfte der an Arbeiterinteressen orientierten Opposition sind zersplittert. Auch die in NRW nach wie vor verhältnismäßig starke DKP hat diesmal keine Landesliste angestrebt. Erfreulich ist immerhin, daß sie in 19 Wahlkreisen im Ruhrgebiet mit Direktkandidaten antritt. Damit will sie dazu beitragen, daß Antifaschismus und Arbeiterinteressen im Wahlkampf nicht ganz untergehen. Es wäre erfreulich, wenn sich diese Absicht im Stimmenergebnis niederschlägt. — (wof)

Aus: Erklärung von Renate Lenz, DKP-Kandidatin in Essen-Steele

... Wir von der DKP sind durch die Krise und durch die Veränderungen in allen sozialistischen Ländern tief betroffen und erschüttert, wir haben viele Fragen an uns selbst, die wir in unserer Partei auch heftig diskutieren.

Tief betroffen sind wir Kommunisten aber auch darüber, daß sich bundesdeutsche Großbanken und Konzerne, in aller Offenheit dieses Land, die DDR, möglichst zum Null-Tarif unter den Nagel reißen wollen. Die Deutsche Bank, die Allianz und wie sie alle heißen wollen Riesenprofite machen.

Anstatt mit ihren Milliarden Gewinnen die Entwicklung in der DDR zu finanzieren, wollen sie uns, die kleinen Leute mit Steuererhöhungen und Lohn- und Sozialabbau belasten.

Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen. Wohnungen werden teurer und vor allem für Familien mit Kindern immer knapper. Dringender denn je wird Geld für soziale Einrichtungen gebraucht, z.B. für Kinder- und Hortplätze und zur Beseitigung des Lehrermangels an unseren Schulen.

Und wer glaubt, mit den Veränderungen in den sozialistischen Ländern komme die Abrüstung

von allein, der irrt sich gründlich. Die Rüstungsfabriken wollen weiter Waffen bauen — sie verdienen ja daran.

Darum arbeiten wir weiter ... Wir rechnen nicht damit, in den Landtag einzuziehen. Aber wir stehen mit unserer Kandidatur für den Widerstand gegen Hochrüstung, gegen Neofaschisten und Ausländerhaß, gegen Sozialabbau.

Wir treten ein für Abrüstung und Verwendung der freiwerdenden Mittel für Arbeitsplätze, soziale Zwecke, für Umweltschutz. Wir treten ein für mehr Demokratie und Toleranz, für die Interessen der Arbeiter, der kleinen Leute.

Die DKP hat sich seit 20 Jahren für diese Ziele eingesetzt gemeinsam mit vielen Menschen. Sie hat nicht stellvertretend für sie, sondern mit ihnen gewirkt bei den Ostermärschen, in Tarifkämpfen oder in Mieterbewegungen. Unser Land braucht eine kommunistische Partei. Unterstützen Sie mit Ihrer Stimme meine Partei! Wählen Sie am 13. Mai die DKP!

DGB-Wahlprüfsteine: Einige Haltepunkte gegen reaktionäre Politik

Der DGB-Landesbezirk NRW hat zu den Landtagswahlen insgesamt zwölf „Wahlprüfsteine“

vorgelegt. Sie sind oft sehr allgemein und beziehen sich teilweise auf die Politik der Bundesregierung. Einige gewerkschaftliche Auseinandersetzungen, gerade mit der Landesregierung, werden ausgeklammert. Dennoch geben die „Wahlprüfsteine“ einige Haltepunkte gegen reaktionäre Politik her, die auch im Gegensatz zur rechten Landespolitik der SPD stehen.

So spielt die Frontbildung gegen faschistische Anhangbildung im SPD-Programm zur Landtagswahl keine Rolle. Der DGB sieht diese Aufgabe jedoch als einen Schwerpunkt an: „Mit der nordrhein-westfälischen Landtagswahl fällt jedoch zugleich eine wichtige Vorentscheidung über die absehbare Zukunft des organisierten Rechtsextremismus ... Aus diesem Grunde ist für den DGB-Landesbezirk NRW der Kampf gegen den Rechtsextremismus, unabhängig von den Einzelforderungen der Wahlprüfsteine, ein Schwerpunkt aller politischen Aktivitäten vor (und nach) der Landtagswahl.“

Im Punkt „Arbeit und Lebensqualität“ kritisiert der DGB den Glauben an die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ und wendet sich gegen eine Politik „der Deregulierung, der Privatisierung und der Umverteilung von unten nach oben“. Er fordert ein Investitionsprogramm „Arbeit und

Lebensqualität“, Beschäftigungsaufgaben bei öffentlichen Investitionen und Subventionen und die Unterstützung gewerkschaftlicher Forderungen, u.a. nach dem Erhalt des freien Wochenendes.

Ergänzend dazu tritt der DGB im Punkt „Beschäftigungssichernde Haushaltspolitik“ für mehr Stellen im öffentlichen Dienst und die Stärkung der Finanzspielräume von Städten und Gemeinden ein. Im Punkt „Soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie“ geht es um die Verteidigung von „gesicherten Arbeits- und sozialen Lebensverhältnissen“ und einen Ausbau von Mitbestimmungsrechten, insbesondere im Landespersonalvertretungsgesetz.

Im Punkt „Für eine ausländerfreundliche Politik“ heißt es: „Ausländerfeindlichkeit ist der Versuch der politischen Rechten, von den sozialen Problemen in unserer Gesellschaft abzulenken ... Der DGB fordert

— Kommunales Wahlrecht für die ausländischen Mitbürger zur Kommunalwahl 1994

— Ein fortschrittliches Aufenthaltsrecht für Ausländer ...

— Dem Rassismus rechtsextremer Parteien und Gruppierungen muß durch eine Aufklärungs Kampagne begegnet werden ...“

Freilassung von L. Hornstein!

Die Bundesanwaltschaft will die Isolationshaft verlängern

Düsseldorf/Stuttgart. Die Prozeßgruppe Düsseldorf und die Rechtsanwälte von Luiti Hornstein wenden sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, weil am 1. Mai 1990 der zweite Staatsschutzprozeß in Stuttgart gegen sie beginnt. Sie fordern alle Leute auf, den Prozeß zu besuchen und eine wirksame Öffentlichkeit zu schaffen. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Aufruf. — (uld)

Wer ist Luiti Hornstein?

Luiti lebte bis zu ihrer Verhaftung am 1.8.86 in der Düsseldorfer Kiefernstraße. Sie kämpft seit Jahren im antiimperialistischen Widerstand. So zum Beispiel: Anfang der 80er in der Anti-AKW-Bewegung und im Häuserkampf. Im Jahr 1983 gegen eine NATO-Propaganda-Show in Krefeld, anlässlich des Besuchs des damaligen US-Vizepräsidenten Bush ...

Seit ihrer Verhaftung ist sie in verschiedenen Knästen in Einzelisolation. Auch im Knast hält sie weiter an ihren Zielen fest. Für sie als politische Gefangene geht es da vor allem um die Veränderung der vernichtenden Bedingungen im Knast. Deswegen kämpft sie zusammen mit anderen politischen Gefangenen für ihre Zusammenlegung in große Gruppen; und hat sich auch am großen Hungerstreik der politischen Gefangenen im letzten Jahr beteiligt.

Warum jetzt der zweite Prozeß?

Am 2.8.1986 wurde Luiti zusammen mit Chris Kluth, auch aus Düsseldorf, und Eva Haule, bis dahin illegal in der RAF organisiert, in Rüsselsheim in einem Eiscafé verhaftet. Die drei haben da zusammen gegessen und diskutiert.

Da alleine die Diskussion nicht strafbar ist, wurde 1987 gegen Chris und Luiti der Prozeß wegen Mitgliedschaft in der RAF eröffnet. Nach der damaligen Fassung des § 129a betrug die Höchststrafe für Mitgliedschaft „nur“ fünf Jahre. Im laufenden Verfahren, das gegen Luiti, Chris und Eva gleichzeitig lief, wurde klar, daß die Bundesanwaltschaft und Senat sich mit so einer, in ihren Augen wohl zu kurzen Haft, nicht zufrieden geben wollten. Ihr unbedingter Wille, die Menschen nicht nur zu verurteilen, sondern mit aller Kraft zu vernichten, war offensichtlich ...

Das Konstrukt einer „Düsseldorfer Kämpfenden Einheit“

Zu Beginn des Verfahrens gegen Luiti und Chris ging es um Mitgliedschaft in der RAF. Während des laufenden Verfahrens wurde die Anklage erweitert auf Mitgliedschaft in einer „Kämpfenden Einheit“ innerhalb der RAF und auf die Planung und Durchführung des Angriffs auf den Rüstungskonzern Dornier in Immenstadt/Bodensee.

Zentrale Figur für die Anklageerweiterung und für die Verhaftung weiterer DüsseldorferInnen ist ... Ockelmann

(ein sogenannter Schriftgutachter). Er wurde beauftragt, die Tatbeteiligung von Luiti und Chris festzustellen. Kurzer Hand wurde dann im Prozeßsaal eine „Düsseldorfer kämpfende Einheit“ konstruiert, und Ockelmann erstellte Gutachten, daß die Mitglieder der „Kämpfenden Einheit“ hundertprozentig Briefumschläge für die Bekenner schreiben beschriftet und Warntafeln geschrieben haben. Seine ... Gutachten waren ausschlaggebend für die Haftbefehle sowie die spätere Verurteilung zu neun Jahren Knast, gegen Rico Prauss und Andrea Sievering, und für die Verurteilung von Chris Kluth zu zehn Jahren Knast ...

Im Verfahren gegen Luiti Hornstein und Chris Kluth wurde durch ein „Gutachten“ ... eingebracht, daß Andrea Sievering, zu diesem Zeitpunkt noch nicht verhaftet, Briefumschläge beschriftet haben soll, mit denen die Erklärungen zum Angriff gegen Dornier verschickt worden sind. Andrea Sievering ist mit Chris Kluth bekanntermaßen verlobt. Da sie also beteiligt war, muß auch Chris Kluth beteiligt gewesen sein. Das war damals ein zentraler Baustein, um zu behaupten, Luiti, Chris, Rico und Andrea hätten mit noch anderen eine Kämpfende Einheit gebildet, die gemeinsam den Angriff gegen Dornier ausgeführt hat.

Jetzt aber, in der BGH-Begründung für die Revisionszulassung gegen Luiti spielt das damals noch zentrale Moment überhaupt keine Rolle mehr. Einzig wichtig ist die gerichtskundige „Tatsache“ der „Düsseldorfer Kämpfenden Einheit“, Ockelmanns Gutachten wird stillschweigend übergangen ...

Der zweite Prozeß gegen Luiti

Möglich wurde der zweite Prozeß durch ein Urteil des BGH in Karlsruhe. Interessant daran ist, daß der BGH nicht nur, wie sonst üblich, die Revision der Bundesanwaltschaft akzeptiert hat, sondern in seiner Urteilsschrift direkt eine Prozeßrichtlinie entworfen hat ... Freilassung von Luiti!

Das ist für uns die einzig mögliche Konsequenz aus dem bisher gesagten! Sowie auch die Wiederaufnahme der Verfahren gegen Rico, Andreas und Chris.

Die Prozeßtermine: 8./15./17./22./29./31. Mai, 7./12./19./21. Juni, jeweils 9.00 Uhr, Sondergericht Stuttgart-Stammheim.

Kontaktadresse, auch für Veranstaltungen: Prozeßgruppe c/o Infoladen, Kiefernstr. 15, 4000 Düsseldorf 1.

Faschistische Provokation in der DDR

Göttingen. Etwa 1000 faschistische Skinheads aus der BRD haben am 30.4. in Nordhausen in der DDR einen als „Rockkonzert“ getarnten Aufmarsch durchführen wollen. Offensichtlich wurde die Volkspolizei der DDR nicht rechtzeitig von der BRD-weiten Mobilisierung unterrichtet. Kurzfristig wurde das „Rockkonzert“ verboten. Die Skinheads griffen Passanten an, besetzten und demolierten eine Gaststätte und lieferten der Volkspolizei der DDR bis in die Nacht schwere Straßenschlachten, u.a. mit Leuchtpurkugeln. Als die Skinheads auf das Territorium der BRD zurückgedrängt wurden, setzten sich die Straßenschlachten in Duderstadt mit niedersächsischer Polizei fort. Insgesamt wurden 152 Faschisten festgenommen, 150 von der Volkspolizei, 2 (zwei) von der niedersächsischen Polizei. — (kek)

Protest gegen Veranstaltung der Rep in schulischen Räumen

Stuttgart. 300 Menschen, überwiegend Jugendliche, protestierten am 4. Mai 1990 vor der Jahn-Sporthalle im Stadtteil Feuerbach gegen die Veranstaltung der Rep-Gemeinderatsfraktion mit dem Titel „19 % Ausländer in Stuttgart sind genug!“. Ein großes Polizeiaufgebot hatte das Gebäude abgeriegelt. Die Gegendemonstranten blockierten den Eingang, so daß von den vereinzelt erschienenen Rep-Interessenten nur ca. 10 in den Saal gelangten. Viel Beifall der Protestierenden erhielten Redner, die dazu aufforderten, die Auseinandersetzung um die Rep-Ausländerhetze an den Schulen und im Stadtteil zu verstärken z.B. mit einer Unterschriftensammlung und Wandzeitungen, um die weiteren drei angekündigten Veranstaltungen der Republikaner möglichst zu verhindern. Die GEW Stuttgart hatte sich am Vortag mit einer Presseerklärung gegen die Raumvergabe durch das Schulverwaltungsamt für die rassistische Rep-Propaganda gewandt. — (evo)

Kurdistan-Solidaritätsveranstaltung

Bielefeld. Auf der Konferenz diskutierten 40 Leute in vier Arbeitsgruppen: Internationale Solidarität, Rolle der BRD, Klassenkampfsituation in der Türkei und das neue Ausländergesetz. Die erarbeiteten Resolutionen wurden gebilligt: Solidarität mit dem Hungerstreik gegen die Ausländergesetze, Grußadresse an die Union patriotischer Frauen Kurdistans sowie gegen die Türkeihilfe der Bundesregierung und den Düsseldorfer Prozeß. Der Angeklagte H. Celebi, berichtete über den Prozeß und den Volksaufstand in Kurdistan. Veranstalter war der AK Freilassung der kurdischen Gefangenen, unterstützt von Feyka, EKIM, AK Internationalismus, Rote Hilfe und BWK. — (stb)

Strafvollzug in Bayern: Lebenslänglich bis zum Tode?

München. Allein in Bayern gibt es zur Zeit sechs Gefangene, die sich seit dreißig Jahren oder länger in Haft befinden, einer von ihnen sogar bereits seit 43 Jahren, seit 1947, vor Gründung der BRD. 1977 hatte das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung über lebenslange Freiheitsstrafen gefordert, daß es zu den Voraussetzungen gehöre, den zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilten grundsätzlich eine Chance einzuräumen, einmal wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden. Seit 1982 sieht der Paragraph 57a des Strafgesetzbuches (StGB) vor, daß nach fünfzehn Jahren der Rest einer lebenslangen Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt werden kann. Seit diesem Zeitpunkt haben 102 Gefangene in Bayern eine Haftstrafe von fünfzehn Jahren überschritten, nur 25 von ihnen sind später per Gerichtsentcheidung entlassen worden. 18 Gefangene warten dagegen schon 21 bis 24 Jahre auf den Tag ihrer Entlassung, weitere 18 Verurteilte sitzen sogar schon 25 Jahre und länger ein, wenn sie nicht gar in der Haft gestorben sind. Im Durchschnitt wird in Bayern erst nach einer Haftdauer von 23 Jahren Anträgen auf Entlassung aus lebenslanger Haft stattgegeben. Damit liegt die Haftdauer der zu lebenslänglich Verurteilten heute um zwei Jahre höher als vor fünfzehn Jahren. Die Einführung des Paragraphen 54a StGB hat damit in Bayern faktisch das Gegenteil erreicht. Vielleicht deshalb, weil der, der auf seinen Rechten besteht, als verdächtig oder widerspenstig erscheint und deshalb erst recht eingesperrt bleiben muß. Vor 1982 war vorzeitige Entlassung nur auf dem Gnadenweg möglich. — (chl)

Stadt droht mit Räumung besetzter Wohnungen

Stuttgart. Seit dreieinhalb Wochen sind zwei Wohnungen, die seit zwei bzw. fünf Jahren leer standen, besetzt. Zahllose Mietversuche waren von den Besitzern abgewiesen worden. Jeweils etwa 200 Leute demonstrierten am 16. und 23. April, um den Forderungen nach Abschluß von Mietverträgen Nachdruck zu verleihen. Die Stadt droht jetzt auf Antrag der Eigentümer mit Räumung. Auf einer Veranstaltung am 27. April unterstützten etwa 100 Leute, darunter etliche Bewohner des von Umstrukturierung stark betroffenen Stadtteils, die Forderungen der Besetzerinnen und Besetzer und verlangten von der Stadt. Obdachlosen, die seit neun Monaten unter einer Brücke hausen müssen und jetzt anlässlich eines optisch ungestörten Frühlingsfestes vertrieben werden sollen, Wohnungen zuzuweisen. — (evc)

Demonstration gegen REP im Nürnberger Rathaus

Nürnberg. Gegen 200 Antifaschisten, die den Einzug der Republikaner ins Nürnberger Rathaus am 2. Mai verhindern wollten, hatte die Polizei alles hermetisch abgeriegelt. Erstmalig waren Eintrittskarten für eine Ratssitzung vergeben worden. Drei der vier Republikaner zwei Polizisten und ein Unternehmensberater, waren durch die Hintertür zur Sitzung geschlichen. Der vierte, der Richter Haindl, auch OB-Kandidat, war immer noch von den Ermittlungen wegen Wahlbetrugs so geschwächt, daß er nicht erschien. Entsprechend dem Aufruf des DGB auf der 1. Mai-Kundgebung wurden die Ausschusssitze nach d'Hondt vergeben, die REP erhielten so keinen Fraktionsstatus. — (diw)



Westberlin. In der Woche vom 23.4. bis 30.4. organisierten das Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus und die Aktionsplattform gegen das Ausländergesetz zahlreiche Aktionen: 700 Teilnehmer hatte die Kundgebung gegen das Ausländergesetz. 500 demonstrierten zur Unterstützung des kurdischen Aufstandes, 1100 gegen die Tätigkeit von Shell in Südafrika. — (chk)

Aufklärung über Verbleib von NS-Akten gefordert

Landespolizeidirektion schaffte NS-Völkermorddokumente beiseite

Karlsruhe. Anfang des Jahres stellte die SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg einen Antrag gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma. Die SPD unterstützte das Anliegen des Zentralrats der Sinti und Roma,

den Verbleib der im Faschismus angelegten „Zigeunerrasseakten“ und anderer Völkermorddokumente aufzuklären. Die SPD verlangte weiter, die Diskriminierung der Sinti und Roma durch Landesbehörden zu unterbinden.

Die Anfrage forderte Auskunft, „wer die genannten NS-Akten nach 1945 in welcher Weise und zu welchem Zweck mit Kenntnis welcher Bundes- und Landesbehörden verwendet hat, und warum sie trotz entsprechender Rechtslage und trotz der historischen und strafrechtlichen Bedeutung bisher nicht an das Bundesarchiv überstellt wurden.“

Bis mindestens Anfang der sechziger Jahre waren bei der Landespolizeidirektion Karlsruhe von den Faschisten als „geheim“ eingestufte Völkermordakten aufbewahrt und weitergeführt worden. Der Landespolizeipräsident erklärte, es habe sich „lediglich um Akten der örtlichen Kriminalpolizei gehandelt.“ Nach Auffassung des Zentralrats der Sinti und Roma werden so die vor Ort an der Organisation der Naziverbrechen beteiligten Beamten rehabilitiert. Dokumente, die über das „Verschwinden“ der Akten Aufschluß geben könnten, hält die Landespolizeidirektion unter Verschluss.

Die Landesregierung unterstützt: Es gebe keinerlei Anhaltspunkte, daß heute noch bei der Polizei einschlägige Akten vorhanden sind.“

Etliche in die Sache verstrickte Behörden dürften ein beträchtliches Interesse haben, daß die Akten, die nicht beseitigt werden konnten, nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Verbindungen vom ehemaligen Reichssicherheitshauptamt zu Behörden und Beamten des Landes würden offengelegt: „Diese Akten aus dem Reichssicherheitshauptamt brachte SS-Oberführer Paul Werner bei Kriegsende in die Landespolizeidirektion Karlsruhe, die er bis 1937 geleitet hatte. Diese Transaktion ist belegt durch einen Vermerk der Staatsanwaltschaft Frankfurt aus dem Jahre 1960, wonach auch das Landeskriminalamt in Stuttgart diese Akten und die NS-Vergangenheit damit weiterbeschäftigter Beamter kannte. Bis 1945 war Werner als „ständiger Vertreter“ des Einsatzgruppenleiters Arthur Nebe und als zeitweiliger Stellvertreter Heydrichs im Amt V des Reichssicherheitshauptamtes zuständig für die Erstellung dieser Akten und die Organisation des Völkermords an den Sinti und Roma. Von 1952 bis zur Alterspensionierung 1966 war er Ministerialrat im Innenministerium in Stuttgart“, stellt der

Zentralrat der Sinti und Roma in einer Erklärung fest.

Die SPD hatte die Vermutung geäußert, daß die diskriminierende Behandlung von Sinti und Roma durch die Polizeibehörden des Landes auf die „unzulässige Verwendung nationalsozialistischer „Zigeuner-Rasseakten“ bei der Polizei in den vergangenen vier Jahrzehnten zurückzuführen ist.“

Gegen die Angriffe auf die Menschenwürde der Sinti und Roma durch Richter und Staatsanwälte der Landesjustiz forderte die SPD, daß solche Verstöße „nicht geduldet und mit angemessenen Maßnahmen des Disziplinar- und Richterrechts geahndet werden.“

Die Landesregierung wies den Antrag der SPD zurück und bestand z.B. darauf, daß die Polizeibehörden weiterhin von ethnischen, rassistischen und religiösen Merkmalen bei der Verfolgungstätigkeit Gebrauch machen, als sogenannte „personengebundene Hinweise.“ Faschistische und reaktionäre Kräfte in den Behörden des Landes ermutigt die Antwort der Landesregierung zu verstärkter Unterdrückungstätigkeit gegen Sinti und Roma. — (map)

Bündnis von SPD und Grünen

CSU kündigt Verschärfung staatlicher Aufsicht an

München. Am 2. Mai 1990 begann die neue Amtsperiode des Münchner Stadtrats. Mit der Wahl von Christian Ude (SPD) und Sabine Csampai (Grüne) zu Bürgermeistern bestätigten die Stadtratsmitglieder von der SPD und den Grünen ihr in den letzten Tagen vereinbartes Bündnis. Rechtsanwalt Ude konnte 50 von insgesamt 81 Stimmen auf sich verbuchen — also auch die Stimmen von der FDP und von David gegen Goliath.

In dem Bündnispapier, das zwischen OB Kronawitter und den Fraktionen von SPD und Grünen über die Zusammenarbeit im Münchner Stadtrat beschlossen wurde sind u.a. folgende Forderungen und Zielsetzungen enthalten: Für Schulen und Einrichtungen der Kinderbetreuung sind mittelfristig Investitionen von rund einer Milliarde DM nötig. ... Der Kulturhaushalt ist laufend aufzustocken, damit zusätzlich zu den vorhandenen Kultureinrichtungen mindestens zwei Bürgerhäuser geschaffen und die Hallekürer ermöglicht werden kann. ... Eine Linderung des Mangels an preiswertem Wohnraum ist nur möglich, wenn der Bund die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen von 30 auf zehn Prozent innerhalb von drei Jahren herabsetzt, ein Verbot der Umwandlungsspekulationen mit gemeindlichen Genehmigungsvorbehalt erläßt und den

Kündigungsschutz verbessert. ... In Riem wird ein ökologisch orientiertes Wohnviertel mit 6000 Wohnungen entstehen. ... Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsregion München muß gesichert werden. ... Angesichts des Münchner Wohnungsmarkts und der Verkehrssituation mit mehr als 250.000 Einpendlern pro Tag wird aber eine Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze nicht angestrebt. ...

Die ersten Reaktionen von der CSU lassen vermuten, daß die Konfrontation zwischen der Stadt und der von der CSU beherrschten Staatsregierung zunehmen wird. So erklärte der CSU-Vorsitzende Theo Waigel nach einer Sitzung des CSU-Landesvorstandes, daß dieses Münchner Bündnis nicht die Kraft aufbringen könne für die „wichtigen Entscheidungen“. Der Münchner CSU-Vorsitzende, Innenstaatssekretär Gauweiler hat in einem Beitrag im Bayernkurier „Zukunft der Stadt München“ Maßnahmen der staatlichen Aufsicht angedroht, wenn die Fortentwicklung zu einer Weltmetropole ins Stokken kommen sollte: „... werden sich andere dieser für die Stadtgeschichte schicksalhaften Aufgabe annehmen müssen.“ IHK und Handwerkskammer warnen auch — vor „dirigistischen“ Eingriffen und Änderungen in der Mietgesetzgebung. — (di)

Abmahnung nach Nebentätigkeit

Nazi und Geschäftsführung gegen Betriebsrat

Heilbronn. Zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung führte eine „strenge Abmahnung“ bei der Dautel GmbH in Leingarten (ca. 400 Beschäftigte, Hersteller von Fahrzeugaufbauten). Einem dort Beschäftigten wurde mit Kündigung seines Arbeits- und Mietverhältnisses und Einbehaltung des Arbeitgeberdarlehens gedroht, falls er eine Nebenbeschäftigung nicht sofort beende. Der Betriebsrat hat das Ansinnen des Herrn Dautel (Miteigentümer der Dautel GmbH und hauptamtlich Professor für Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Heilbronn), auch über die Freizeit seiner Beschäftigten zu verfügen, zurückgewiesen und die Abmahnung als rechtswidrig eingestuft. In einem Ausgang an die Beschäftigten stellte der Betriebsrat dies klar, schrieb aber auch: „... Neben dieser rechtlichen Seite gibt der Betriebsrat aber allen Beschäftigten mit Nebenarbeiten zu bedenken, daß Freizeit Erholzeit sein soll. Immer mehr Kollegen erreichen wegen vorzeitigem Verschleiß das Rentenalter nicht. Deshalb sind wir auch für Arbeitszeitverkürzung.“

Dr. Dautel reagierte empört. Am schwarzen Brett konnten die Beschäftigten lesen, was er vom Betriebsrat hält. Als doppelzüngig und zynisch bis zur Lüge beschimpfte er diesen und verlangte,

„daß das Gerede über die zu vielen Überstunden bei Dautel und über die zu erwartenden sogenannten gesundheitlichen Schäden sofort eingestellt wird“. Auch von seinem rechtswidrigen Zugriff auf die Freizeit der Beschäftigten wollte er nicht lassen: „Die Geschäftsleitung wird daher weiterhin nur solche Nebenarbeiten dulden und genehmigen, die eindeutig die Tätigkeit bei Dautel nicht benachteiligen und nicht genauso gut bei uns abgeleistet werden können.“

In dieser Situation warf sich ein NPD-DVU Aktivist bei Dautel, bekannt als Nazi-Ewald, für seinen Herrn in die Bresche. In einem Leserbrief bei der „Heilbronner Stimme“ wiederholte er Dautels Unterstellungen und Beschimpfungen und sattierte noch einen drauf: „Aber die Gewerkschaftsossen reden und handeln eben mit gespaltener Zunge und zweierlei Maß. Aber das ist ja nichts Neues, denn sie wollen ja die Arbeitslosigkeit abbauen, indem sie unter anderem auch fordern, daß allen Ausländern eine uneingeschränkte Zuzugs- und Arbeitserlaubnis erteilt werden sollte.“ Die Richtigstellung, die der Betriebsrat von der „Heilbronner Stimme“ verlangte, erschien nach acht Tagen total verkürzt.

Quelle: Kommunal ALLtag 4 + 5/90 — (jom)

Wamsler: Lothar Steinert wieder „eingestellt“ — jetzt beurlaubt!

München. Am 24. April war jetzt Entscheidungstermin beim Arbeitsgericht. Der Wamsler-Geschäftsführer Heider brachte in Zusammenhang mit seinem Auflösungsantrag für das Arbeitsverhältnis tatsächlich vor, trotz Stellenausschreibung würde sich bei der Firma Wamsler niemand mehr bewerben — natürlich nicht wegen der schlechten Arbeitsbedingungen, sondern wegen der rufschädigenden Arbeit des Solidaritätskomitees für Lothar Steinert. Das Gericht wies den Auflösungsantrag ab, Wamsler muß den Lohn nachzahlen und Lothar Steinert wieder einstellen. Am 25.4. erhielt Lothar nun seine 2. Kündigung und wurde beurlaubt wegen „Geschäftsschädigung“ und „Störung des Betriebsfriedens“. Wamsler zielt damit gegen die Arbeit des Unterstützungs-komitees für Lothar Steinert. — (chl)

Warnstreiks gegen Spätöffnung

Westberlin. Der Berliner Einzelhandelsverband lehnte im Januar dieses Jahres einen von den Gewerkschaften vorgelegten Lösungsweg zur tariflichen Absicherung des Feierabends ab. Mit diesem Vorschlag sollte die Ladenschlußzeit 18.30 Uhr auch für den Donnerstag festgeschrieben werden. HBV und DAG wollen nun nach erfolgten Urabstimmungen mit gutem Ergebnis gegen die Spätöffnung durchführen. Ende April fanden erste Warnstreiks bei Wertheim und Karstadt im Bezirk Steglitz statt. Trotz 70 und 50% Beteiligung konnten beide Betriebe jedoch eingeschränkt geöffnet bleiben. — (mam)



Köln. Vier Streckenbahnarbeiter der Bundesbahn und einer Leihfirma wurden in den letzten zwei Wochen bei drei Unfällen im Kölner Raum getötet. Ein weiterer Arbeiter wurde vom Lufthansa-Airport-Express schwer verletzt. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft dauern an. Die enorme Rationalisierung bei der Bundesbahn ist dafür verantwortlich. — (jöd)

Sterben die unteren Lohngruppen aus?

Tarifpolitik der IG Chemie koppelt die unteren Lohngruppen ab — Untersuchung in Hamburg

Hamburg. Anträge auf besondere Anhebung der unteren Lohngruppen in den jetzt beginnenden Tarifverhandlungen für die chemische Industrie fanden in den Tarifkommissionen keine Berücksichtigung. Schon der Abschluß des Entgelttarifvertrags 1988 vergrößerte den Abstand der unteren

Lohngruppen zu den Facharbeitergruppen um bis zu 400 DM. Die jetzt aufgestellten Tarifforderungen setzen diese Politik fort. In allen Tarifbezirken wurden Forderungen um 10% aufgestellt. Ein Artikel in den Lokalberichten Hamburg setzt sich mit der Begründung auseinander.

Sterben die unteren Lohngruppen aus?

Diese Behauptung hält sich hartnäckig. Sie ist durch nichts bewiesen, beeinflusst aber die Tarifpolitik der IG Chemie entscheidend. Die Kapitalisten hätten Interesse an einem „ganzheitlich“ ausgebildeten Arbeiter, ist inzwischen in offiziellen Verlautbarungen der IG Chemie zu lesen. Durch Weiterbildung könnten sich die Beschäftigten qualifizieren und so in höhere Entgeltgruppen aufsteigen. Diese Argumente gehen an der Wirklichkeit vorbei und sollen nur rechtfertigen, daß monotone und schwere körperliche Arbeit als Argument nicht mehr in der Tarifpolitik vorkommt.

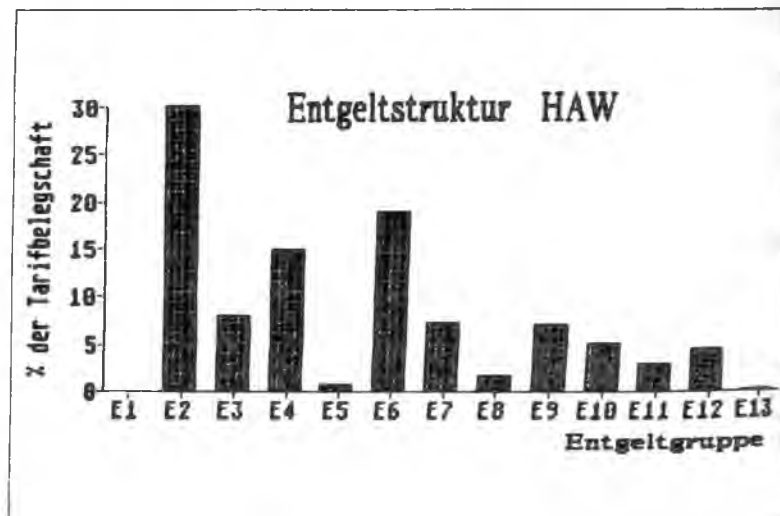
In der Verwaltungsstelle Hamburg der IG Chemie hat die Delegiertenkonferenz beschlossen, eine Erhebung über die Entgeltgruppenbelegung vorzunehmen. Die Ergebnisse liegen jetzt vor. Von 60 Betrieben mit ca. 20000 Beschäftigten beteiligten sich 35 Betriebe mit rund 15000 Beschäftigten. Hiernach befinden sich 33 Prozent aller tariflich Beschäftigten in den Entgeltgruppen E1 bis

E4. Der Anteil der Männer beträgt hier 28 Prozent, während er bei den Frauen gar bei 42 Prozent liegt. In der untersten Entgeltgruppe E1 sind 17 Prozent der Frauen eingruppiert!

Bei den Hamburger Aluminiumwer-

ken (HAW), eine Firma ohne eigene Forschung und Entwicklung, sind 53 Prozent in den unteren Lohngruppen E1 bis E4 eingruppiert.

Also vom Aussterben der unteren Gruppen keine Spur! — (güt)



Geha/Pelikan: gemeinsame Betriebsratswahl

Hannover. Das Landesarbeitsgericht entschied am 23. April gegen den Spruch des Arbeitsgerichts Hannover, daß die 3500 Beschäftigten einen gemeinsamen Betriebsrat wählen sollen. Der Kaufhof/Metro-Konzern hatte dies durch Aufteilung der Werke in sieben Einzelgesellschaften versucht zu verhindern. Dagegen gab es von den Belegschaften heftigen Widerstand, der vom Betriebsratsvorsitzenden organisiert wurde. Daraufhin wurde ihm die Kündigung ausgesprochen.

Das Landesarbeitsgericht ging jedoch von einer einheitlichen Firmenleitung aus. Der Konzern kündigte an, die Wahl anzufechten und vor das Bundesarbeitsgericht zu gehen. Trotz massiven Protestes hat er auch die fristlose Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden nicht zurückgenommen. — (rec)

Untersuchungen gegen Liste „Alternative“ bei BMW

München. Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen bei BMW kandidierte nicht nur die offizielle IG Metall-Liste, sondern noch eine zweite, auf die sich vorwiegend IG Metall-Mitglieder aus dem Arbeiterbereich gesetzt hatten. Im Programm der Liste „Alternative“ heißt es: „Insbesondere wollen wir durch unsere Kandidatur eine bessere Vertretung von Akkordarbeitern und ausländischen Kolleginnen und Kollegen erreichen... Hunderte Arbeitsplätze sind schon von München weggelagert oder wegrationalisiert worden. Ein beträchtlicher Teil der Beschäftigten ist mit Arbeitsbedingungen, Betriebsklima und der Arbeit der Mehrheit des bisherigen Betriebsrats sehr unzufrieden.“ Die „Alternative“ erreichte 9,2 %. Die Münchner IG Metall-Verwaltung hat auf Antrag der offiziellen IG-Metall-Liste gegen die Kandidaten der „Alternative“ ein „Untersuchungsverfahren“ eingeleitet. Bei Vertrauensleuten ruht die Funktion. — (chh/mu)

1500 protestieren gegen Blutmai in türkischen Städten

Nürnberg. Mit Maschinenpistolen und Knüppeln bewaffnete Militärs haben am 1. Mai Demonstrationen in vielen Städten der Türkei zerschlagen. Nach offiziellen Angaben des Istanbul-Polizeichefs gab es allein in dieser Stadt 3304 Festnahmen und 50 Verletzte. Der Nürnberger DGB-Vorsitzende Weiniger protestierte „aufs Schärfste“ auf der DGB-Maikundgebung. Nach der Kundgebung demonstrierten ca. 1500 Leute zum türkischen Konsulat und verlangten eine Stellungnahme des Konsuls. Nach heftigen Diskussionen mit der Polizei konnte ein Gedenkkrans vor dem Gebäude niedergelegt werden. Die Demonstration ging dann wieder geschlossen zum Ausgangsort. — (mak)

„World Expo“ 2000

Für Wirtschaft und Regierung ein nationales Projekt in Hannover

Hannover. Unter dem Motto „Mensch — Natur — Technik“ soll im Jahre 2000 die Weltausstellung in Hannover stattfinden. Betrieben wird das Projekt bereits seit 1987 von der „Deutschen Messe AG“. Anfangs waren es die klar genannten Überlegungen des Vorstandes der Deutschen Messe AG, anlässlich „des 50jährigen Bestehens der Messe-Gesellschaft“ (1998) nach Möglichkeiten zu suchen, „um über den normalen Rahmen des geschäftlichen Handelns hinaus Zeichen zu setzen, die geeignet sind, zusätzliche Infrastruktur für diesen Standort zu schaffen... die den Veranstaltungen der Messe AG zugute kommen, um so die Wettbewerbsfähigkeit des Messestandorts Hannover über das Jahr 2000 hinaus zu sichern“.

Auf Betreiben der CDU/FDP-Landesregierung beschließt das Bundeskabinett im Oktober 1988, Hannover als Ort der Weltausstellung beim „Weltausstellungsbüro“ anzumelden. Im November folgt, gegen die Stimmen der GABL, die Zustimmung durch den SPD-geführten Rat der Stadt Hannover. Das Land Niedersachsen übernimmt die Trägerschaft, Bund, Land und Stadt tragen das „finanzielle Risiko“. Ein „Lenkungsausschuß“ unter Vorsitz der niedersächsischen Finanzministerin Breuel wird gebildet.

Die öffentliche Meinung wird für diese „geistige Auseinandersetzung“ mit der „Zukunft“ mobilisiert. Ein „Ideensymposium“, im September 89 installiert, mit „namhaften Vertretern“ aus Wirtschaft, Politik, Kirche, Bildung, Kunst und Architektur, soll „Optionen für die Gestaltung der Zukunft aufzeigen“.

Beschlossen wird, ab 1990 bis zum Jahr 2000, jährlich zur Hannover-Messe „internationale wissenschaftliche Foren“ abzuhalten. Das diesjährige, vom 07.-09.05., findet unter Schirmherrschaft von Bundespräsident v. Weizsäcker statt, gleich zum zukunftssträchtigen Thema „West-Ost“, wozu Wissenschaftler und Vertreter von Industrie und Banken in die evangelische Akademie Loccum geladen sind. Mehr am Rande erfährt die Öffentlichkeit, was neben den „Visionen“ handfest für ihre Zukunft geplant ist. Da sollen nicht nur viele große „Spitzenhotels“ errichtet, das Straßennetz zum Ausstellungsgelände auf Millionen Besucher angepaßt und der Flughafen mit der Messe durch eine S-Bahn verbunden werden, die „Stadt braucht auch ein repräsentatives Entree“. Dem Stadtbaurat schweben glasüberdachte Fußgängerzonen, Luxuspassagen und „Dienstleistungsbetriebe wie Hotelinformation, Reisebüros oder Büros von Fluggesellschaften“ vor.

Die Landesregierung flankiert diese Zukunft dann noch mit dem Ausbau des Flughafens Hannover als interkontinentales „Luftkreuz des Nordens“ und dem Transrapid-Projekt. Mit „Blick auf den EG-Binnenmarkt“ soll sich Hannover „zur Drehscheibe Ost/West entwickeln“, so Breuel.

Damit die „Generalversammlung des Bureau International des Expositions“ am 14. Juni in Paris auch Hannover die Weltausstellung gibt, hat das Auswärtige Amt Mitte April Sonderbotschafter in die 42 weiteren Mitgliedsstaaten entsandt. Die Bundesregierung macht die nationale Bedeutung geltend, denn „in einem vereinigten Deutschland und inmitten des sich einigenden Europas“ wird die Ausrichtung einer Weltausstellung eine „besondere Herausforderung und Chance für Deutschland“ sein. Erinnert wird auch gleich, daß das „Deutsche Reich“ 1928 zu den „Gründungsmitgliedern dieser Internationalen Organisation“ gehörte, und es in „Deutschland“ bisher noch keine Weltausstellung gegeben habe.

Gegen die EXPO 2000 formiert sich seit Mitte 1989 in einem Aktionsplenum lokaler Widerstand, der mit Aktionen und Informationsveranstaltungen an die Öffentlichkeit tritt. Anlässlich der Loccum-Tagung ruft das Aktionsplenum am 08.05.90 zu einer Demonstration gegen die EXPO 2000 auf.

In dem Aufruf, der von 39 Initiativen und Gruppen unterzeichnet ist, wird Kritik an der Ratspolitik geführt, so u.a.: „Mit kostenlosen Infrastrukturleistungen werden innovative Unternehmen angelockt. Beispiele sind die Einrichtung des Medical-Parks an der MHH, die kostenlose Entsorgung des Varta-Geländes... Während die Stadt viel Geld in die Wirtschaftsförderung investiert, für eine Kapitalerhöhung der Deutschen Messe AG problemlos 50 Millionen Mark hinblättern kann, wird bei der Unterbringung Obdachloser um jede Mark gefeilscht, werden Stellen in Kinderläden gestrichen, die Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gekürzt u.a. ... Erste Folgen der Neuordnung sind schon zu sehen: Geschäftsstraßen und Wohngebiete am Rande der Innenstadt geraten unter enormen Aufwandsdruck. Der Bau des „neuen Seintors“ hat zur Steigerung der Mieten geführt. Bisher nicht gelungen ist es, daß diese Kritik im Stadtrat Unterstützung erfährt, die GABL fordert öffentliche Informationsveranstaltungen über „Vor- und Nachteile der EXPO“. Ohne daß die Ansprüche der Lohnabhängigen an kommunale Leistungen in der Kritik der Ratspolitik gestärkt werden, wird der Widerstand nicht schwach bleiben. — (gec)



Stuttgart. Ca. 200 Eltern und Erzieher beteiligten sich mit einem eigenen Block an der DGB-Demonstration zum 1. Mai, um ihre Forderungen nach Verbesserungen der Situation in den Kindertagesstätten auf die Straße zu tragen. Die ÖTV-Betriebsgruppe Kindertagesstätten des Jugendamts, verstärkt durch Beschäftigte der katholischen Träger, und der Gesamtelternbeirat mit der Elterninitiative „Pro Kind“ hatten dazu aufgerufen. — (mok)

Aus Ländern und Gemeinden

Ärztekammer gegen Ausbau der Kernenergie

Hannover. Der Vorstand der Ärztekammer Niedersachsens (ÄKN) hat erstmals vor einem weiteren Ausbau der Kernenergie gewarnt. Neuere wissenschaftliche Untersuchungen zeigten, daß die Gefahren der Strahlenbelastung auch bei niedriger Dosis bislang unterschätzt worden seien, erklärte der Präsident der ÄKN, Eckel. Radioaktive Strahlung könne Mißbildungen erzeugen, Mutationen und Krebs auslösen. Ein erhebliches Gesundheitsrisiko sei sowohl durch Niedrigstrahlung in der Umgebung kerntechnischer Anlagen als auch durch Reaktorunfälle nicht auszuschließen. Die Erfahrungen von Harrisburg, Tschernobyl und Sellafield würden zeigen, daß es keine sichere Kernergietechnik gebe. Die Risiken eines möglichen Reaktorunfalls ständen zudem in keinem Verhältnis zu den Vorteilen der Energiegewinnung durch Kernreaktoren. Aus diesen Gründen sei aus ärztlicher Sicht ein weiterer Ausbau der Kernenergie problematisch, sagte Eckel, und verwies auf einen entsprechenden Beschluß des Vorstands. Umweltfreundlicher Energie sei in jedem Fall der Vorzug zu geben. — (mpu)

ÖTV fordert Einfluß auf Krankenhausbedarfsplanung

Karlsruhe. Der im November 1989 von der Landesregierung BaWü beschlossene Krankenhausplan sieht einen Bettenabbau um 5,4 % bis 1995 vor. Das Sozialministerium will in jedem Kreis ein „Gespräch“ zur Umsetzung führen, zu dem der OB bzw. Landrat, Krankenhausträger und Kassen, nicht aber Personalräte und Gewerkschaften geladen werden sollen. Auf den Protest der ÖTV antwortete Ministerin Schäfer frech, die Beschäftigten seien durch die Klinikleitungen vertreten. Darauf rief die ÖTV ihre Vertrauensleute auf, sich in diese Gespräche einzuschalten. Der VLK des Stadt. Klinikums Karlsruhe beschloß, in einem Brief an den OB Auskunft über den Termin des Gesprächs und den Bettenplan zu verlangen. — (wjw)

Daimler will Potsdamer Platz

Westberlin. Am 10. April lag dem Senat ein Option-Vertrag mit Daimler Benz zur Verabschiedung vor. Der Vertrag sah vor, ein 62.000 qm großes Dienstleistungszentrum auf dem Potsdamer Platz mit 8.000 Arbeitsplätzen zu schaffen. Während die Mehrheit der SPD im Senat das Daimler-Projekt befürwortete, hat die AL sich gegen eine Optionsvergabe vor dem Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbs ausgesprochen. Ca. 100 protestierten mit einer Platzbesetzung am 30.4. und 1. Mai gegen die Ansiedlung. Die Bürgerinitiative Westtangente fordert eine Grünanlage. Eine gemeinsame Tagung der Landschaftsarchitekten aus Berlin und Westberlin sprach sich für ein Moratorium zum Wettbewerb „Potsdamer und Leipziger Platz“ aus. Parteien aus der DDR wandten sich gegen Daimler-Benz überhaupt, weil es der viertgrößte Rüstungskonzern der Welt sei und schon in der Nazi-Zeit der größte deutsche Rüstungskonzern gewesen sei. Berlin dürfe nicht zum Symbol deutscher Hochrüstung werden, erklärte die Grüne Partei der DDR. — (ann)

Bosch-Betriebsrat zu Kindertagesstätten

Stuttgart. Der Gesamtbetriebsrat der Robert Bosch GmbH hat die Geschäftsführung aufgefordert, mehr für die Unterstützung von Kindertagesstätten kommunaler und sonstiger Träger zu tun. Als Gegenleistung sollten von diesen Institutionen Tagesplätze für Kinder von Bosch-Mitarbeitern bereitgestellt werden. Die Geschäftsführung sagte eine Prüfung der Forderung zu. Außerdem sagte die Geschäftsführung zu, den Gesamtbetriebsrat über die von der Robert Bosch GmbH betriebenen bzw. unterstützten Kinderbetreuungseinrichtungen zu informieren.

Quelle: Antifasch. Kommunalp. 10/90 — (ros)

Islamische Demonstration gegen neues Ausländergesetz

Köln. Am 5.5. demonstrierten in Köln knapp 2.000 konservative Türken (zum großen Teil mohammedanisch orientiert) gegen das neue Ausländergesetz, mit der Parole „Auch wir sind das Volk!“. Türkische Linke waren nicht erkennbar vertreten (geschweige denn westdeutsche Linke), abgesehen von Genossen von TKP/ML-Hareketi, die mit ihrem Flugblatt zum 1. Mai in der Türkei keinen leichten Stand hatten. Viele Demonstranten verwendeten den türkischen Halbmond auf Transparenten oder als Fahne. In der Lokalpresse wurde der Demoblock islamisch verschleierte Frauen abgebildet. — (zwk)

Gemeinsame Erklärung von DGB und Mieterbund

Hannover. DGB und Mieterbund stellten auf einer Pressekonferenz übereinstimmend fest, daß die Lösung der Wohnungsfrage derzeit das wichtigste kommunal- und innenpolitische Ziel sei. „Bundesweit fehlen rund 800.000 Wohnungen — in Niedersachsen 90.000 und in Hannover rund 10.000 Wohnungen — mit steigender Tendenz ... Es ist eine Illusion, zu glauben, die große und weiter anwachsende Angebotslücke könne über den freien Markt geschlossen werden. Was fehlt, ist erschwinglicher Wohnraum für Durchschnittsverdiener und einkommensschwache Bürger. Diesen Wohnraum kann der freie Markt weder kurz- noch mittelfristig schaffen.“ Folgende Forderungen wurden auf der Pressekonferenz erhoben: „Bis zum Jahr 2000 werden jährlich mind. 400.000 Neubauwohnungen im Bundesgebiet benötigt, auf Landesebene 35.000 Wohnungen und im hannoverschen Stadtgebiet ca. 3.500 Wohnungen. Mindestens ein Drittel davon ist im sozialen Wohnungsbau zu errichten ... Im öffentlich geförderten Wohnungsbau ist die Schaffung von dauerhaften gesetzlichen Bindungen unabdingbar ... Die vorzeitige Rückzahlung der öffentlichen Darlehen darf es nicht geben ... Durch Einführung einer Verordnung nach § 5 a Wohnungsbindungsgesetz ist allen Kommunen mit besonderem Wohnungsbedarf das Belegungsrecht an möglichst vielen Sozialwohnungen einzuräumen ... Die Anforderungen an den Kündigungsgrund „Eigenbedarf“ sind zu Lasten der Vermieter zu verschärfen ...“ — (rec)

Antifaschistische Kritik verstärken

12. Antifaschistische Landeskonferenz NRW in Düsseldorf durchgeführt

Düsseldorf. Am 5.5.1990 fand die 12. landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW in Düsseldorf statt. Erfreulich, daß sich die autonome Antifa-Aktion Düsseldorf und die Jusos an der Ausrichtung der Konferenz beteiligten. Der Konferenz voraus ging eine Demonstration gegen die Beteiligung der Republikaner an der am 13.5.1990 stattfindenden Landtagswahl NRW, an der rund 700 Leute teilnahmen — eine angesichts mehrerer zeitgleicher Demonstrationen ganz gute Beteiligung. Kundgebungsbeiträge richteten sich gegen die Kandidatur der REP (Widerstandskämpferin aus der VVN/BdA), die versuchte Annäherung der REP an christliche Kreise (Kath. Arbeiterbund), Kurden-Prozeß Düsseldorf (H. Celebi, einer der Angeklagten), das neue REP-Parteiprogramm (Volksfront), Zusammenhang Faschismus und Ökonomie (Antifa-Aktion); die Vertreterin des Juso-Landesvorstandes sprach sich in ihrem Beitrag gegen eine Anschlußpolitik aufgrund Art. 23 GG und gegen das neue Ausländergesetz aus.

Die Konferenz selbst war am Nachmittag mit rund 200 Teilnehmern nicht sehr gut besucht. Antifaschistische Politik ist unter Druck geraten: durch die Tatsache, daß REP-Faschisten relativ ungeschoren in den Kommunalräten sitzen bzw. ihre Wahlkämpfe absolvieren können ebenso wie durch die rasante Restauration des deutschen Nationalismus. Es gibt Zweifel, ob Kritik an faschistischer Ideologie wichtig ist, oder ob die REP angesichts der Übernahme nationaler Politik durch die etablierten Parteien eher bedeutungslos werden und antifaschistische Kritik ihren Stellenwert dadurch einbüßen würde. Die Republikaner werden ihre Funktion als

Einpeitscher reaktionärer Politik jedoch nicht verlieren, auch wenn sie Prozente an CDU und CSU abgeben sollten. Sie sind herrschender Politik als diejenige politische Kraft äußerst nützlich, die als faschistischer Flügel ein Terrain vorbereitet, das dann die konservative Hauptstreitmacht einnimmt. Der antifaschistische Widerstand kann sich gegen diese faschistischen Vorstöße nicht ausreichend formieren, wenn er nur unzureichende Argumentation gegen die faschistische Propaganda entwickelt.

Wichtig wird es deshalb in nächster Zeit sein, die antifaschistische Zusammenarbeit in NRW zu festigen. Es gab den Vorschlag, die Landeskonferenz deshalb auszuweiten zu einer europaweiten Regionalkonferenz, zu der antifaschistische Gruppen aus dem europäischen Ausland eingeladen werden sollten sowie zu einigen Treffen bundesweit einzuladen. Wir glauben eher, daß es wichtig ist, die örtlichen Initiativen und die Zusammenarbeit innerhalb der Landeskonferenz zu festigen. Maßnahmen, die dabei helfen könnten, sind z.B.: Die Konferenz-Arbeitsgruppe Antifaschistische Kommunalpolitik beschloß, gemeinsam eine Broschüre zu erstellen über die Erfahrungen mit den REP-Frakturen in NRW-Kommunalparlamenten und der Möglichkeit der Entfaltung antifaschistischer Politik dagegen. In einer anderen AG wurde besprochen, den örtlichen Initiativen ein- oder zweimal im Jahr antifaschistische Landesseiten für die örtliche antifaschistische Publizistik zur Verfügung zu stellen, gestützt auf Berichte und Meldungen aus den Orten. Beschlossen wurde außerdem, etwa zweimonatlich ein Koordinationstreffen in Düsseldorf durchzuführen. Im September soll eine landesweite Konferenz in Detmold mit dem Schwer-

punkthema „Anschlußpolitik, Nationalismus und Konsequenzen für antifaschistische Politik“ stattfinden, die nächste reguläre Landeskonferenz soll Anfang 1991 in Aachen sein.

Mehrere Anträge wurden in den elf Arbeitsgruppen beraten und im Plenum beschlossen. Trotz konträrer Diskussion konnte sich die Konferenz auf eine Resolution einigen, die einen Anschluß der DDR nach Art. 23 GG und den der DDR aufgezwungenen Staatsvertrag ablehnt und die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen fordert. Ein Brief an Ministerpräsident Rau wurde verabschiedet, in dem die SPD-Landesregierung aufgefordert wird, gegen das neue Ausländergesetz zu stimmen und endlich in NRW für das kommunale Wahlrecht für Ausländer initiativ zu werden. Ein Beschluß zum Kurdenprozeß wurde verabschiedet; eine Spendensammlung für den nationalen Befreiungskampf Kurdistans ergab 160 DM. In einem weiteren Beschluß wird die Bundestagsfraktion der Grünen aufgefordert, sich zur weiteren Mitgliedschaft ihres MdB Alfred Mechtersheimer und der Parteivorstand der SPD, sich zu ihrem Bildungsreferenten Tilman Fichter zu äußern. Beide unterhalten Kontakte zu Nationalrevolutionären. Weitere Entschließungen befaßten sich mit der „Deutschen Liga für das Kind“ und der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft“. Die Beschlüsse werden auszugsweise in der nächsten Ausgabe der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront dokumentiert.

Ein Landeskoordinationsausschuß wurde bestimmt, an dem Mitglieder von VVN, Jusos, Grünen, Kath. Arbeiterbund, Antifa, Antifa-Aktion Düsseldorf, Volksfront u.a. beteiligt sind. — (ads)



Auf der Kundgebung sprach ein Vertreter der angeklagten Kurden.

Volksbegehren vom 15.-28. Juni

„Das bessere Müllkonzept“ ist unterstützenswert

Augsburg. Während die Staatsregierung bisher davon ausging, daß mit Hilfe der CSU-Mehrheit im Landtag die geplanten 16 Müllverbrennungsanlagen durchzupacken sind, muß sie sich nach den Kommunalwahlverlusten vieler Verbrennungsbefürworter und nach dem unerwarteten Entscheid des Bayer. Verfassungsgerichtshofs für die Zulassung des Volksbegehrens „Das bessere Müllkonzept“ neu orientieren. Wohin, ist noch nicht ausgestanden.

Die CSU hat in den letzten Wochen die SPD-Landtagsfraktion im Umweltausschuß nicht nur zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf, sondern zusätzlich zu der täuschenden Propaganda bringen können, daß dieser Entwurf alle Forderungen des Volksbegehrens-Entwurfs aufgenommen hätte. Beide Parteien verstiegen sich sogar zu einer „Garantie“, daß ihr Gesetzentwurf genauso im Landtag durchginge.

Die Müllinitiativen ließen sich davon nicht beeindrucken. 259 der 275 Delegierten stimmten auf ihrer Versammlung am 28./29. April für die Durchführung des Volksbegehrens.

Was unterscheidet die Entwürfe? Vorrang der Müllvermeidung und -verwertung und das Subventionsverbot für Müllverbrennungsanlagen stehen in beiden. Der Volksbegehrensentwurf formuliert die Ziele der Abfallwirtschaft jedoch als verbindliche, während die Koalition verwaschene Begriffe wie „setzt sich ein“ benutzt. Zuckerstück des Koalitionsentwurfs ist, daß nun 12 Müllverbrennungsanlagen nicht mehr gebaut werden. Auf die vier Anlagen in Augsburg, Burgkirchen, Schweinfurt und Weißenhorn besteht aber das staatstragende Bündnis, angeblich, weil diese bereits Zuschußzusagen erhalten hätten. Tatsächlich liegen keine schriftlich vor, was zeigt, daß hier wirtschaftliche Interessen entschieden.

Die Müllinitiativen fordern Beendigung des Diktats der Staatsregierung durch Entwicklung einer Müllpolitik von unten. Daten und eigene Pläne der Kommunen sollen Grundstock für einen Landesabfallplan sein und nicht umgekehrt. Entsprechend erhalten die Bevölkerung und Verbände stärkere Einspruchs- und Mitwirkungsrechte sowie

Kontrollmöglichkeiten durch zugängliche Daten. Nach dem Koalitionsentwurf bleibt die Staatsregierung am Drucker. Nur sie kann Dateneinsicht und Versorgungsnachweise verlangen, sie kann Kommunen zur Zweckverbandsbildung und zur Änderung ihrer Gebührenpolitik zwingen, wenn sie es wirtschaftlich für angebracht hält. Präzise Festlegungen über die Abfallvermeidung und über umwelt- und gesundheitsverträglichen Betrieb der Entsorgungsanlagen unterbleiben. Dadurch bleibt der „Restmüll“ groß, und die Verbrennung wird als unumgängbare Ausnahme wieder ermöglicht.

Das Volksbegehren wird vom 15. bis 28. Juni 1990 in Bayern stattfinden. In dieser Zeit müssen sich 850.000 Wahlberechtigte in Listen bei Volksbegehrenslökalen eintragen. Erst wenn diese große Hürde geschafft ist — Pressekommunikare rufen seit dem CSU/SPD-Pakt zum Aufgeben auf — kann der Volksentscheid stattfinden. Die Initiativen wollen Anträge in Stadt- und Gemeinderäten zur Unterstützung des Volksbegehrens einbringen. — (baf)

Warum wählen Arbeiter in der DDR christlich? Anhaltspunkte aus der Volkskammerwahl

Krise des Realsozialismus: Hierarchie- und Leistungsdenken scheinen ursächlich

Inzwischen liegen ausführliche Daten über die Stimmabgabe bei den Volkskammerwahlen in der DDR vom 18. März in einer Auswertung durch die Forschungsgruppe Wahlen vor, aus der wir einige Tabellen dokumentieren. Die Kommunalwahlen vom 6. Mai bestätigen, wie der in Auszügen dokumentierten Infas-Analyse zu entnehmen ist, — mit gewissen interessanten Abweichungen —, das Stimmverhalten bei den Volkskammerwahlen.

Die nach Religion, Berufszugehörigkeit, Alter und Geschlecht aufgeschlüsselte Darstellung der Stimmabgabe, wie wir sie in den Tabellen wiedergegeben haben, beruhen auf einer Befragung von über 10000 Wählern; sie sind im großen und ganzen so eindeutig, daß eventuelle statistische Mängel nicht ins Gewicht fallen können. Daraus bieten sich einige Anhaltspunkte zum besseren Verständnis der Krise des Realsozialismus. Folgende Tatbestände halten wir für besonders wichtig:

— Das Abstimmungsverhalten hing ganz wesentlich mit der Religionszugehörigkeit zusammen.

— Die PDS hatte bei den Arbeitern ein schlechtes, bei der Intelligenz und dem Management aber ein gutes Ergebnis.

— Ferner haben Faktoren wie das Alter oder das Geschlecht keine große Rolle gespielt.

— Ferner hat die PDS in den Zentren des alten Preußentums besser abgeschnitten — das mag daran liegen, daß die Revolution in der DDR sich in jenen Gebieten widerstandskräftiger gezeigt hat, in denen vorher der Junker herrschte bzw. der preußische Hof- und Militärstaat.

Über die große Bedeutung von Kirche und Religion bei den Umwälzungen in der DDR wird meist gesagt, der Kirche sei im realsozialistischen Regime die Rolle der Opposition zugefallen. Sie sei die einzige durchorganisierte Kraft in der Gesellschaft der DDR gewesen, die der Opposition offen stand. Dieses Argument betont wahrscheinlich die organisatorische Seite zu stark.

In unseren Publikationen ist mehrfach die Ansicht vertreten worden, die realsozialistischen, leninistischen, stalinistischen Gesellschaften seien als ein soziales Bündnis von Arbeitern und Bauern mit der Intelligenz zu verstehen, dessen Inhalt die Entwicklung der Industrie entsprechend dem Staatsplan gewesen war. Wenn diese Beurteilung zutreffen hat, dann zeigen die Wahlen in der DDR vor allem, daß dieses Bündnis sich aufgelöst hat. Die realsozialistischen Institutionen haben ihr Ansehen verloren. Auch die politischen Richtungen, die durch dieses Bündnis herrschten, nehmen die Auflösung der politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen hin.

Wir suchen nach einer Erklärung für den Zerfall, die Auflösung, den Ansehensverlust dieses Bündnisses. Dabei wäre auch zu erklären, wieso die sozialistische Ideologie durch die christliche Ideologie dermaßen in Bedrängnis gebracht werden konnte, wie es ja offensichtlich geschehen ist.

Als erstes wäre dabei die Frage zu beantworten, ob diese Gesellschaften, besonders die DDR, über die wir inzwischen noch am meisten wissen, in die Krise geraten sind, weil sie von bekannten Erkenntnissen und Lehren der sozialistischen Theorie aus irgendwelchen opportunistischen Gründen abgewichen sind, oder ob sich, wie wir annehmen, ihre Schwierigkeiten aus Mängeln der sozialistischen Theorie ergaben, deren Überwindung um so dringlicher gewesen wäre, je weiter die Entwicklung der Gesellschaft vorangeschritten war.

In der von Marx nachgelassenen, also nicht veröffentlichten Schrift „Kritik des Gothaer Programmes“ wird ein „sozialistisches Verteilungsprinzip“ im Unterschied zum kommunistischen Verteilungsprinzip dargelegt.

„In der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen

auch die Produktionskräfte gewachsen sind, alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

(Marx, Kritik des Gothaer Programms, Einzelausgabe Peking, 1971, Seite 16)

Das sozialistische Verteilungsprinzip lautet im Unterschied dazu: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.“ Diesem Prinzip ist die DDR gefolgt. Dabei hat sich als Problem ergeben, daß sie weder in Bezug auf die „Fähigkeiten“ noch in Bezug auf die „Leistung“ zu einer Neubestimmung gekommen ist, sondern darunter Merkmale verstanden wurden, wie sie in einem kapitalistischen Arbeitsmarktgeschehen zur Bestimmung der Stellung des einzelnen in der Hierarchie und Laufbahn entwickelt werden.

Besonders problematisch ist dabei der Begriff der Fähigkeit. Ein Blick auf das Kulturgebiet des Sportes läßt vermuten, daß man in der DDR daraus die Talent-suche und die Verpflichtung der Gesellschaft zur Entwicklung von Talenten folgerte. Dem durch die Gesellschaft ausgebildeten Talent kommt es hernach zu, Loyalität und Dankbarkeit zu zeigen und der Gesellschaft eine hohe Leistung zurückzugeben. Die Gesellschaft wiederum belohnt ein solches Verhalten. Es führt auf die Laufbahn der „Leiter“ und damit zu dem heiklen Begriff der Leistung.

Unter Leistung verstehen sich ganz verschiedene Sachen. Die Leistung einer einzelnen Arbeitsperson ist durch die Kraftanstrengung zu messen, die für diese Arbeit durchschnittlich nötig ist. Die Leistung eines Arbeitskollektivs, eines Betriebes ist durch das Produktionsergebnis im Verhältnis zum Material- und Zeitaufwand zu messen. Im Realsozialismus versuchte man, die Leistung durch den Grad der Planerfüllung zu messen.

Damit war die Möglichkeit geschaffen für einen tiefen moralischen Riß: Der Einsatz der einzelnen Arbeitspersonen mußte nicht notwendig zu einem guten Arbeitsergebnis führen. Desorganisation, Mißwirtschaft, auch Sabotage und vieles andere mehr können dazu führen, daß eine Belegschaft, in der alle einzelnen sich mühen und plagen, gesellschaftlich gesehen nichts leistet. Mit dem Fortschreiten der Trennung von Handarbeit und Kopfarbeit wird dieses latente Problem akut. Denn die schwer arbeitenden Massen können zur Leistung des Betriebes dadurch, daß sie mehr oder schneller usw. arbeiten, nicht wesentlich beitragen.

Im Kapitalismus, beispielsweise der BRD, ist die Trennung von Handarbeit und Kopfarbeit ebenso, ja weiter entwickelt; Institutionen großer Mitwirkung, die der Realsozialismus kennt, fehlen fast ganz. Der individuelle Arbeitslohn jedoch verknüpft für alle einzelnen die Arbeitsanstrengung mit der Entlohnung. Wir wissen zwar ganz genau, daß die Arbeitsanstrengung um so niedriger wird, je höher die Stellung in der Arbeitshierarchie ist. Aber den Mitgliedern der kapitalistischen Gesellschaft ist genauso eingefleischt, daß bei einem einmal gegebenen Platz in der Arbeitshierarchie die Leistung entscheidet.

Die Abwendung der arbeitenden Massen vom Realsozialismus fände nach diesen Überlegungen einen Grund in der Tatsache, daß sie immer mehr auf die persönliche Arbeitsleistung reduziert wurden und durch persönliche Arbeitsleistung immer weniger bewirken konnten. Die moralische Zersetzung, die entsteht, wenn große Arbeitsanstrengung durch irgendwelche Desorganisation verpufft und dann noch in persönliche Einkommensverluste umschlägt, ist um so größer, je weniger Einfluß auf das Arbeitsgeschehen vorhanden ist. Dies macht erklärlich, wieso in den realsozialistischen Ländern kapitalistische Lohnfindungssysteme, die zwar von einer Hierarchie ausgehen, aber im Einzelfall die Anstrengung vergleichen, populär wurden. Durch individuelle Anstrengung zum individuellen Glück, das

scheint eine so breite Strömung zu sein, daß sich die PDS in der Lage sah, die Parole aufzunehmen, Leistung solle sich wieder lohnen.

Damit verbunden sehen wir ein Hinströmen arbeitender Massen zur Religion, zur Kirche. Die Religion, nicht nur die christliche, stellt zu Konkurrenz und triebhafter Bereicherung ein Gegenprinzip auf: Nächstenliebe und Almosen. Die Kirche kann also einen sozialen Anspruch entwickeln. Sie kann mit ihrer Ideologie spontanen Bedenken gegen die allgemeine Glücksschriterei eine Richtung geben, sie beruhigen.

Besonders weil das Christentum in der Ideologie nicht nach den Fähigkeiten fragt, hat es als Ideologie Aussichten bei den schwer arbeitenden Massen der DDR. Das Ausleseverfahren, das sich aus der Suche nach den Fähigen ergibt, macht die schwere Arbeitsanstrengung zu einer gesellschaftlichen Strafe, zu einem Ausweis, daß es den Betroffenen an etwas mangelt, nämlich den Fähigkeiten. Eine solche brutale Rücksetzung hat in der realsozialistischen Gesellschaft das tägliche Leben von Millionen vergiftet. Mit der Verfestigung des Zustandes verliert auch das Angebot zur ausgleichenden politischen Mitwirkung an Reiz und Sinn.

So werden Gründe erkennbar, warum in den realsozialistischen Ländern niemand zum früheren Zustand zurück will.

In der DDR sind die schwer arbeitenden Klassen die Unbekannte in allen politischen Gleichungen. Wie die vorhergegangene Entwicklung in Polen gezeigt hat, ist dies nicht so sehr ein Problem der Organisation, sondern der politischen Perspektive. Am gegenwärtigen Tiefpunkt der proletarischen Bewegung ergeben sich Aussichten aus der in der ganzen industriellen Welt anzutreffenden Kritik am Arbeitsleben, an der hierarchischen, auf Überordnung und Unterordnung, auf Herrschaft und Knechtschaft zielenden Arbeitsteilung zwischen den Regionen des Erdballs und der gleichen Arbeitsteilung in jedem noch so kleinen Kleckerbetrieb.

Wenn auch in der DDR das Ansehen der politischen Einrichtungen, die breiten Massen eine Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht haben, bis hin zum Zerfall gesunken ist, so sind doch die Menschen da, für die eine völlige Ausschaltung aus dem politischen und dem Wirtschaftsleben neu und nicht hinzunehmen sein wird.

Wir erwarten, daß sich in der DDR eine gesellschaftlich verankerte Opposition bildet, deren Basis außerhalb der parlamentarischen Einrichtungen liegt. Wir erwarten, daß sich eine Arbeiterbewegung formiert, die sich nicht auf Ansprüche des einzelnen Beschäftigten an den Lohngebeber reduzieren läßt, sondern auf den gesellschaftlichen Anspruch eines jeden besteht. Wir erwarten auch, daß in der sozialistischen Diskussion, besonders der der PDS, eine kritische Auseinandersetzung mit dem sogenannten sozialistischen Leistungsprinzip, den möglichen und den real gewordenen Auslegungen und der entsolidarisierenden Wirkung beginnen wird. Forschungsgruppe Wahlen Mannheim, Wahl in der DDR, Bericht Nr. 56 — (alk, maf)

Aus der Infas-Analyse zur Kommunalwahl

Ein einschneidender Faktor für die Veränderung im Wahlverhalten war die gegenüber dem 18. März deutlich gesunkene Wahlbeteiligung. Die CDU erlitt durch mangelnde Mobilisierung besonderen Schaden. Rund eine Million Wähler, die am 18. März noch die Christdemokraten gewählt hatten, blieben diesmal den Urnen fern. Mobilisierungsverluste erklären jedoch die Einbußen der CDU nur zu etwa zwei Dritteln. Fast eine Million wanderte zu anderen Parteien ab: Insbesondere in den ländlichen Regionen wechselten viele zur Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und zum

neugegründeten Bauernverband. Obwohl in der Opposition, hat die Nachfolgerin der ehemaligen Staatspartei SED, die PDS, Stimmen verloren. Je stärker der PDS-Anteil am 18. März, um so mehr büßte die Partei am 6. Mai an Wählern ein. Bemerkenswert sind Veränderungen in den sozialen Schwerpunkten der PDS. Mit drei Prozentpunkten hat sie am stärksten in den städtischen Dienstleistungszentren verloren. Noch zählen diese Regionen mit 16,9 Prozent zu den Hochburgen der früheren SED. Aber offenkundig ist die alte Klientel dabei, sich vom früheren Machtapparat zu lösen.

Regionale Unterschiede: PDS im alten Preußen stark

Wahlkreis	Wahl- bet.	Allianz für Deutschland CDU	DA	DSU	Summe	Bündnis FrDem	SPD	Grüne	Bünd- nis 90	PDS	Son- stige
Berlin	90,8	18,3	1,0	2,2	21,5	3,0	34,9	2,7	6,3	30,2	1,4
Gebiet Mecklenburg											
Neubrandenburg	93,7	36,0	0,5	2,1	38,6	3,0	21,2	1,8	1,6	25,8	8,0
Rostock	92,0	34,3	0,7	2,8	37,8	3,4	24,8	1,9	2,7	23,2	6,3
Schwerin	93,6	39,8	0,6	2,0	42,3	4,6	25,4	2,4	2,5	17,8	5,9
Gebiet Brandenburg											
Cottbus	93,2	42,8	0,8	4,8	48,3	5,2	19,3	2,0	2,7	17,9	4,6
Frankfurt	93,2	27,8	0,7	3,5	32,0	4,2	31,9	2,2	3,2	22,1	4,4
Potsdam	93,8	31,2	0,8	2,9	34,9	4,9	34,4	2,2	3,8	16,6	3,2
Gebiet Sachsen-Anhalt											
Halle	93,5	45,1	0,6	2,8	48,4	10,0	20,8	1,6	2,4	13,8	3,0
Magdeburg	93,5	44,2	0,7	2,0	46,9	4,4	27,5	2,0	2,0	14,2	3,0
Gebiet Thüringen											
Erfurt	94,0	56,3	1,9	2,5	60,7	4,5	18,7	2,1	1,8	9,9	2,3
Gera	94,4	48,9	1,7	8,2	58,8	5,1	16,5	2,1	2,6	12,6	2,3
Suhl	95,8	50,6	1,0	8,9	60,4	4,1	16,1	2,3	1,9	12,6	2,6
Gebiet Sachsen											
Dresden	93,4	45,0	1,1	13,8	59,9	5,6	9,7	1,8	3,7	14,8	4,5
Karl-Marx-Stadt	94,6	45,0	1,0	14,8	60,7	6,0	15,6	1,6	2,1	11,3	2,7
Leipzig	92,6	39,6	0,7	10,1	50,4	5,4	21,5	1,9	3,3	14,5	3,0
DDR gesamt	93,4	40,8	0,9	6,3	48,0	5,3	21,9	2,0	2,9	16,4	3,5

Wahlverhalten nach Beruf: PDS stark bei der Intelligenz

Beruf	Allianz für Deutschland				Bund		Grüne Bünd-				Son-
	CDU	DA	DSU	Summe	FrDem	SPD	FrauV	nis 90	PDS	DBD	
Arbeiter	47,4	0,8	7,2	55,4	3,7	22,2	1,5	1,6	11,9	2,6	1,1
Angestellte	38,5	1,0	5,5	45,0	6,1	20,6	2,4	3,6	19,2	1,9	1,2
Leiter	37,3	0,2	6,8	44,3	6,1	21,6	0,8	2,3	20,2	3,5	1,2
Intelligenz	22,1	0,8	4,9	27,8	6,7	22,7	3,2	6,4	31,0	1,3	0,9
Selbständige	53,5	0,7	10,3	64,6	11,5	12,8	0,2	2,5	4,7	2,4	1,4
Stud./Schüler	28,5	1,1	4,8	34,5	5,9	17,4	8,7	6,2	19,7	2,0	5,7
gesamt	40,9	0,9	6,3	48,1	5,3	21,8	2,0	2,9	16,3	2,2	1,4

Wahlverhalten nach Religion: Christen wählen Allianz

Konfession	Allianz für Deutschland			Bund			Grüne Bündnis 90			Sonstige	
	CDU	DA	DSU	Summe	FrDem	SPD	FrauV	nis 90	PDS	DBD	
katholisch	66,3	1,2	6,0	73,4	4,6	12,1	1,6	1,9	4,5	0,7	1,1
evangelisch	53,7	1,4	6,7	61,8	5,8	20,9	1,1	2,5	4,9	2,0	1,0
keine	30,3	0,5	6,1	36,9	5,2	23,5	2,6	3,3	24,6	2,4	1,5

Wahlverhalten nach Geschlecht: keine großen Unterschiede

Geschlecht	Allianz für Deutschland		Bund		Grüne Bünd-				Son-		
	CDU	DA	DSU	SummeFrDem	SPD	FrauV	nis 90	PDS	DBD	stige	
männlich	41,3	0,8	7,0	49,2	5,3	22,3	1,5	2,6	15,7	2,1	1,4
weiblich	40,0	1,0	5,6	46,6	5,3	21,4	2,5	3,3	17,2	2,3	1,4

Zusammenhang von Parteianteil und sozialen Merkmalen (Korrelationsmatrix)

	Wahlbet.	CDU	DA	DSU	BFDemo	SPD	GrüFrau	Bünd'90	PDS	Industrie	Landwirt	NonProd	Bew2000
Wahlbeteiligung	100	51	-8	10	3	-36	-47	-63	-43	13	38	-40	51
CDU	51	100	6	6	8	-69	-62	-76	-81	42	28	-61	57
DA	-8	6	100	14	-3	-14	24	18	-9	8	-23	8	-18
DSU	10	6	14	100	14	-55	-17	4	-29	40	-31	-22	-17
Bund Freier Demokraten	3	8	-3	14	100	-18	-10	-1	-28	18	-19	-10	-15
SPD	-36	-69	-14	-55	-18	100	50	45	47	-40	-1	42	-26
Grüne/Frauen	-47	-62	24	-17	-10	50	100	63	52	-28	-37	53	-50
Bündnis 90	-63	-76	18	4	-1	45	63	100	58	-20	-50	59	-54
PDS	-43	-81	-9	-29	-28	47	52	58	100	-47	-21	65	-48
Anteil der Industrie	13	42	8	40	18	-40	-28	-20	-47	100	-48	-59	-15
der Landwirtschaft	38	28	-23	-31	-19	-1	-37	-50	-21	-48	100	-19	88
der Nichtproduktion	-40	-61	8	-22	-10	42	53	59	65	-59	-19	100	-48
Unter 2000 Einwohner	51	57	-18	-17	-15	-26	-50	-64	-48	-15	86	-40	189
Mittelwert	93,2	40,9	0,9	6,3	5,3	21,8	2,0	2,9	16,3	36,9	11,6	21,8	28,5

Zur Erläuterung: Die Werte in der Tabelle geben an, wie stark die verschiedenen Anteile miteinander „korrelieren“, d.h. gleichzeitig zunehmen oder nicht. So bedeutet z.B. die Ziffer 65 in der Zeile PDS-Stimmanteile und Spalte Anteil des Nichtproduktionssektors, daß hohe PDS-Stimmanteile mit hohem Anteil des Nichtproduktionssektors zusammenhängen. Umgekehrt bedeutet eine negative Zahl wie z.B. -47 bei PDS/Industrieanteil, daß die PDS bei hohem Industrieanteil ihre niedrigen Stimmergebnisse hatte.

Wirtschaftsrecht der DDR-Kommunen in Gefahr

Einführung der „kommunalen Selbstverwaltung“ in der DDR von der Reaktion erwünscht

Politiker aus den großen bürgerlichen Parteien der BRD fordern von der DDR, die kommunale Selbstverwaltung der BRD zu übernehmen. Sie behaupten, diese bringe echte Demokratie und die große Freiheit. Wir wissen aus unseren Erfahrungen, daß dies nicht stimmt. Es gibt viele Beweise, daß die BRD-Kommunen immer stärker Land und Bund gehorchen müssen, Kapitalisten statt Bedürftige unterstützen und Spezialisten statt Betrof-

fene zu Rate ziehen sollen. Kommunale Selbstverwaltung ist laut Bundesverfassungsgericht ein Auftrag an die Kommunen: Er verlangt von ihnen, die „örtlichen Gemeinschaft“ zu fördern. Das heißt, die kommunalen Organe müssen die besitzlose Bevölkerung daran hindern, Nöte und Forderungen vorzubringen und den Besitzenden das geben, was sie fordern, ohne daß es zum Krach kommt. Wir fordern Ausbau der kommunalen Rechte

gegenüber Land und Bund, kommunales Recht auf eigene Wirtschaftstätigkeit entsprechend dem örtlichen Bedarf und mehr Rechte für alle Einwohner unabhängig von Einkommen und Nationalität. Nachdem wir versucht haben herauszufinden, warum bürgerliche Kräfte der BRD die kommunale Selbstverwaltung der DDR überstülpen wollen, sind wir uns um so sicherer, daß diese Forderungen richtig und nötig sind.

Warum soll die kommunale Selbstverwaltung in der DDR eingeführt werden? Was soll dafür beseitigt werden?

Rätestrukturen könnten eine Politik für Besitzende verhindern

In der nebenstehenden Statistik über die örtlichen Volksvertretungen und ständigen Kommissionen in der DDR können wir lesen, daß 206 252 Abgeordnete in den Vertretungen und 245 882 zusätzliche Mitglieder in den Kommissionen tätig sind. D.h. in den staatlichen Organen, die als örtlich bezeichnet werden (alle außer Volkskammer) wirken rund 452 134 Menschen. Bei 12,4 Millionen Wahlberechtigten sind das 3,7 %, das bedeutet jeder 27. Mensch ist nach dieser Statistik beteiligt. (1)

Dieses räteähnliche System ist vielleicht auch eine Erklärung dafür, wieso so viele Menschen über Monate hinweg ihre Forderungen auf der Straße verbreiteten. Wieso sich dabei reaktionäre Kräfte durchsetzen, können wir nicht beurteilen. Vielleicht spielt dabei eine Rolle, daß die vielen Beteiligten zwar erhebliche Rechte zur Beratung haben, aber wenig wirksame Entscheidungen treffen können (dazu weiter unten).

In der BRD haben wir noch keine vergleichbare Statistik zusammenstellen können. Grob überschlagen gibt es ca. 145 600 Mandatsträger in Kreisen, Städten und Gemeinden und 1 404 Abgeordnete in den Landtagen. Bei rund 45 Millionen Wahlberechtigten ergäbe sich, daß nur jeder 306. Mensch in der BRD an Entscheidungen unterhalb der Bundesebene mitwirkt. Das Argument der breiteren Demokratie in der BRD ist also verlogen.

Interessant ist aber auch die Zusammensetzung der Beteiligten. Wie aus der DDR-Statistik hervorgeht, setzen sich die örtlichen Volksvertretungen insgesamt aus 37,8 % Frauen zusammen, 50,5 % sind Arbeiter. In der BRD haben wir keine vergleichbaren Zahlen zur Hand, zur Kenntnis nur diese: Der Frauenanteil in den Landtagen beträgt 16,5 %, der Arbeiteranteil im Bundestag 2,1 %. Die herrschenden Kräfte hier sind nicht interessiert daran, entsprechende Zahlen zu verbreiten. Sie wollen solche Strukturen in der DDR unbedingt verändern, und damit man dies nicht faßbar machen kann, sprechen sie wenig von den derzeitigen in der DDR. In der BRD wird seit langem über solche Themen wie „moderne Verwaltungsführung“, „Kommunalmanagement“ u.ä. dahin gedrückt, daß nur noch sog. Spezialisten, d.h. dem Zentralstaat und den Großbetrieben zugeneigte Fachleute, kommunale Politik gestalten. Eine Zusammensetzung, wie sie aus der DDR-Statistik hervorgeht, steht dem ganz im Wege.

Kleinräumige Strukturen behindern Konzernpolitik

In der BRD ist den Kommunen unter sagt, eigene Wirtschaftsbetriebe zu organisieren, wenn private Unternehmen den Bedarf decken können. Hätten die Einwohner in der BRD die Möglichkeit, ihren Bedarf anzumelden und hätte die Kommune das Recht, eigene Wirtschaftsbetriebe entsprechend diesem Bedarf zu organisieren, würden die Vereinnahmungsmaßnahmen der Konzerne behindert und ihrer Expansionspolitik Steine in den Weg gelegt. Die Konzerne wollen aber expandieren. In der BRD und in die DDR hinein. Für ihre Expansionspolitik haben sie in der BRD zwischen 1968 und 1978 eine Gebietsreform gezimmert bekommen, bei der 190 Kreise, 15 764 Gemeinden und 47 Städte aufgehoben wurden, so daß die Großbetriebe mit größeren staatlichen Einheiten kooperieren können. Damit wurden 91 658 kommunale Mandate gestrichen, das waren 38,6 % der bisherigen Interessensvertretungen (2). Dies ist ein Beispiel für zunehmende Zentralisierung in der BRD und ein Gegenbeispiel zur Behauptung der besonders demokratischen kommunalen Selbstverwaltung.

Soll dieser Prozeß nun auch die DDR erfassen? Der Hamburger Senator Gobrecht ließ vor kurzem eine Länder-

neugliederung in Umlauf bringen. Danach gehen die Gebietsreformpläne weiter: Nach diesem Plan würde „ein vereinigtes Deutschland“ aus sieben Bundesländern bestehen, fünf in der BRD und zwei in der DDR. Damit wäre die derzeit diskutierte Anschlußvoraussetzung, daß die DDR die alten Länder (angeblich zur Rettung des Heimatgedankens) wieder herstellen muß, schon überholt.

Die sieben Länder hätten jeweils eine Einwohnerzahl von etwa zehn Millionen Menschen. Eine Regelung der Lebensverhältnisse durch Rätetätigkeit wäre somit noch unmöglicher gemacht. Darum sind reaktionäre Kräfte so scharf darauf, die kleinräumigen Strukturen in der DDR zu beseitigen.

Die DDR begründete 1952 die Abschaffung der Länder so: „Das noch vom kaiserlichen Deutschland stammende System der administrativen Gliederung in Länder mit eigenen Landesregierungen sowie in große Kreise gewährleistet nicht die Lösung der neuen Aufgaben unseres Staates. Der Staat des alten Deutschland hatte nichts mit der Leitung der Wirtschaft zu tun, da die Fabriken, Werke und Gruben sowie die Banken einzelnen Großkapitalisten gehörten, die Profite aus der Ausbeutung der Werktätigen zogen ... Der territoriale Wirkungsbereich der örtlichen Organe der Staatsgewalt muß deshalb so

schon Aufgaben wirken die örtlichen Volksvertretungen mit den Betrieben, Betriebsteilen, Genossenschaften und Einrichtungen zusammen. Die Betriebe, Betriebsteile, Genossenschaften und Einrichtungen sind verpflichtet, ihre Möglichkeiten für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger zu nutzen und zur Förderung der massenpolitischen Arbeit in den Wohngebieten beizutragen. Das betrifft Maß-

zeit und Kosten wer für die jeweilige Einrichtung aufbringt.

Diese konkreten Verträge will die BRD durch die Gewerbesteuer ersetzt sehen. Mit einem solchen Steuerbetrag wären sämtliche Einblikksrechte der Kommune in das Wirtschaften, sämtliche Möglichkeiten, die Betriebe zu bestimmtem Wirtschaften anzuhalten, und sämtliche Möglichkeiten, sie an Reproduktionsleistungen zu beteiligen, „abgegolten“, d.h. beseitigt. Der Steuerbetrag wäre ein mieser Ausgleich für die Beseitigung der kommunalen wirtschaftlichen Rechte.

Die Kommunalverträge regeln die örtliche Umsetzung zentraler Pläne. Bei der Aufstellung dieser Pläne werden die Ergebnisse aller Orte hinzugezogen. Eigene Pläne können die Orte nicht erstellen. Die Einordnung in zentrale Entscheidungen hat bereits früher zu Auseinandersetzungen geführt, die sich auch in den Diskussionen um das Kommunalrecht niedergeschlagen haben. So gab es Überlegungen, mehr Zustimmungsrechte statt Informationsrechte festzulegen.

Versorgungsprobleme bestehen offensichtlich. Eine Ursache dafür könnte sein, daß die Orte nur im Rahmen des zentralen Plans handeln dürfen. Eine weitere könnte sein, daß sie bei Beschwerden sich an die nächst höhere Ebene wenden können, doch kein einklagbares Recht da ist, das sie vor Gericht durchsetzen könnten. Eine wichtige Ursache könnte sein, daß sie mit einer Wirtschaftshierarchie konfrontiert sind, die nicht direkt zu beeinflussen ist. Gemeinden, Städte und Kreise unterhalten volkseigene Betriebe für hauswirtschaftliche Dienstleistungen und Reparaturen (siehe Tabelle); für Textilreinigung; für Stadt- und Gemeindegewirtschaft (Strom, Gas, Wasser, Bauhöfe, Nahverkehr, Schulgaststätten, Stadtküchen, Molkereien, Schlachthöfe, kleinere Produktionsbetriebe wie Lebensmittelindustrie und industrielle Kon-

sumgüterherstellung, Beherbergungsstätten etc.). Sämtliche Großbetriebe und Kombinate der Industrie werden aber zentral geleitet. Über die Kommunalverträge können die Orte die diesen Betrieben gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben konkret vereinbaren. Durch die Trennung der Zuständigkeiten für Versorgungs- und Industriebetriebe sind wahrscheinlich umfangreichere Verwaltungsakte nötig, um die nötigen Verbindungen herzustellen. Wenn zu diesen bürokratischen Verwicklungen noch eine von Kapitalisten übernommene Leistungsdeologie hinzukommt, die aber von den Strukturen gar nicht erfüllt werden kann, müssen Unzufriedenheiten hervorbrechen.

Versorgungseingpässe nehmen die reaktionären Kräfte in der BRD zum Vorwand, um gegen gesellschaftliche Versorgung überhaupt zu hetzen. Die in der BRD betriebene Privatisierung und Verteuerung kommunaler Leistungen führt dazu, daß gerade die keine ausreichende Versorgung mehr bekommen, die sie dringend benötigen. Solche Verhältnisse sind aus der DDR nicht bekannt. Schon deshalb lohnt es sich, sich mit den Erfahrungen dort weiter zu befassen und ein Vordringen der BRD-Reaktion dorthin zu bekämpfen.

Diskussionsbeitrag der AG Kommunalpolitik auf der Veranstaltung der Augsburger Aktionseinheit zur Vorbereitung der Demonstration „Nie wieder Deutschland“. Der Beitrag ist auch veröffentlicht in „Antifaschistische Kommunalpolitik“ 10/90 — (baf)

(1) Siegfried Petzold, Kommunalpolitik aktuell. Ein Gesetz wird Praxis, Berlin, DDR 1987. Sämtliche Abbildungen aus diesem Artikel sind dort abgedruckt.

(2) Werner Thieme, Durchführung und Ergebnisse der kommunalen Gebietsreform. Baden-Baden 1981, S. 75f

(3) Herwig Roggemann, Kommunalrecht und Regionalverwaltung in der DDR. Berlin 1987, S. 29. Das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen (GöV) vom 4.7.1985 ist dort vollständig abgedruckt.

(4) dfo, S. 162

Örtliche Volksvertretungen und ständige Kommissionen

	Örtliche Volksvertretungen insgesamt	darunter Bezirksräte	Stadtverordnetenversammlungen in Berlin	Stadtbezirksversammlungen in Berlin	Kreisräte	Stadtbezirksversammlungen in Stadtbezirken	Stadtverordnetenversammlungen in Stadtbezirken	Gemeindevertretungen
Anzahl örtlicher Volksvertretungen	7 811	15	27	11	191	25	615	6 927
Anzahl der Abgeordneten	206 252	3 235	5 087	2 230	20 466	4 175	26 199	144 860
darunter Frauen	77 877	1 312	2 145	842	8 847	1 722	10 529	52 480
	37,8 %	40,6 %	42,2 %	37,8 %	43,2 %	41,2 %	40,2 %	36,2 %
Junge Abgeordnete:								
18 bis unter 25 Jahre	33 080	652	1 132	420	4 594	950	4 759	20 573
	16,0 %	20,2 %	22,3 %	18,8 %	22,5 %	22,8 %	12,2 %	14,2 %
25 bis unter 31 Jahre	22 259	322	585	268	2 317	579	2 965	15 223
	10,8 %	10,0 %	11,5 %	12,0 %	11,3 %	13,9 %	11,3 %	10,5 %
Soziale Stellung:								
Arbeiter	104 194	1 743	3 187	1 374	11 889	2 781	15 279	67 941
	50,5 %	53,9 %	62,6 %	61,5 %	58,1 %	66,6 %	58,3 %	46,9 %
Mitglieder von LPG, GPG, FPG und PGB	46 893	410	83	27	3 363	24	2 334	40 652
	22,7 %	12,7 %	1,6 %	1,2 %	16,4 %	0,6 %	8,9 %	28,1 %
Abgeordnete mit Hochschulabschluß	28 434	1 344	1 562	698	5 834	1 053	4 150	13 793
	13,8 %	41,5 %	30,7 %	31,3 %	28,5 %	25,2 %	15,8 %	9,5 %
Fachschulabschluß	55 410	721	1 285	603	5 616	1 131	8 457	37 597
	26,9 %	22,3 %	25,3 %	27,0 %	27,4 %	27,1 %	32,3 %	26,0 %
Ständige Kommissionen	51 801	245	384	152	2 495	324	5 778	42 423
Gesamtzahl der Mitglieder	410 045	6 294	9 082	3 118	38 686	7 227	61 613	284 023
darunter Abgeordnete	164 163	2 837	4 602	1 965	17 174	3 720	21 061	112 804
Nachfolgebewerber	59 574	1 055	1 530	646	6 089	1 230	7 742	41 282
Berufene Mitglieder	186 308	2 404	2 950	507	15 423	2 277	32 810	129 937
	45,4 %	38,2 %	32,5 %	16,3 %	39,9 %	31,5 %	53,3 %	45,7 %

Stand: 1984/1986 (Bezirksräte)

Entwicklung der örtlichen Haushalte 1973 bis 1987 (in Mio Mark)

	1973	1980	1984	1986	1987
1. Haushaltsvolumen lt. Beschluß der Volkskammer	19 763,8	34 575,7	46 250,3	51 137,5	53 064,4
darunter					
• Anteile an den Gesamteinnahmen des Staatshaushaltes	9 553,4	20 768,9	24 231,1	19 435,9	19 501,0
• Erwirtschaftung eigener Einnahmen	10 210,4	13 806,8	22 019,2	31 701,6	33 563,4
darunter					
– örtl.ve-Wirtschaft	4 992,9	7 213,0	10 599,9	17 006,9	18 417,7
– Steuereinnahmen der Räte der Bezirke und Räte der Kreise	2 772,7	3 012,8	3 545,2	3 852,9	4 009,1
2. Wichtige Ausgaben					
a) Zuwendungen aus dem Staatshaushalt für das Wohnungswesen insgesamt	2 999,0	7 052,4	11 110,2	15 370,7	15 834,5
b) Ausgaben für das Bildungswesen	5 489,1	7 958,6	9 469,9	10 102,8	10 609,8
c) Ausgaben für das Gesundheits- und Sozialwesen	4 359,3	6 963,2	8 649,7	9 618,1	10 337,0
d) Ausgaben für die Instandsetzung und Unterhaltung der Verkehrswege	1 729,6	1 374,0	1 432,3	2 128,8	2 222,6

bestimmt werden, daß diese Organe die Leitung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus voll verwirklichen können. Die wirksame Anleitung und Kontrolle der unteren Organe durch die übergeordneten sowie durch das Volk selbst müssen gesichert werden.“ (3)

Die von der DDR gebildeten 15 Bezirke haben jeweils eine Bevölkerungszahl zwischen 550 Tausend und 1,9 Millionen Menschen. Damit gibt es noch Strukturen, die eine Regelung des Wirtschaftens durch die Produzenten selbst ermöglichen könnte. Welche Rechte würden den Kommunen durch die BRD-Pläne genommen?

Kontrolle des Wirtschaftens ist der Hauptangriffspunkt

§ 4 des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. Juli 1985 ist einer der Hauptangriffspunkte, der mit der importierten kommunalen Selbstverwaltung beseitigt werden soll. Darin heißt es:

„§ 4, (1) Die örtlichen Volksvertretungen arbeiten mit den Kombinat, Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen mit dem Ziel zusammen, alle territorialen Ressourcen für die Leistungs- und Effektivitätsentwicklung der Volkswirtschaft zu erschließen, eine mit den Zweigen und Bereichen abgestimmte ökonomische, soziale und geistig-kulturelle Entwicklung im Territorium zu gewährleisten und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger weiter zu verbessern ...

(3) Zur Erfüllung ihrer kommunalpoliti-

nahmen zur Verbesserung der Arbeiterversorgung und der Wohnbedingungen, der altersgerechten Schüler- und Kinderspeisung, des Berufs- und Schülerverkehrs, der Aus- und Weiterbildung, der Entwicklung des polytechnischen Unterrichts, der Kinderbetreuung, der Reparatur- und Dienstleistungen, der medizinischen und sozialen Betreuung, des Schutzes der Natur und der Verschönerung der Wohngebiete, des Ferien- und Erholungswesens und des geistig-kulturellen und sportlichen Lebens. Sofern davon Rechte der Gewerkschaften berührt werden, sind die Maßnahmen mit den zuständigen Vorständen und Leitungen der Gewerkschaften abzustimmen.

(4) Die örtlichen Volksvertretungen sind berechtigt, über die Durchführung der von ihnen getroffenen Entscheidungen und über die Erfüllung abgeschlossener Verträge und Vereinbarungen von den Leitern der Betriebe und Einrichtungen sowie den Vorständen der Genossenschaften Rechenschaft zu fordern. Im Falle der Nichtdurchführung von Entscheidungen können sie von den zuständigen Organen entsprechende Maßnahmen verlangen.“ (4)

Die Betriebe sind demnach verpflichtet, mit den örtlichen Staatsorganen zusammenzuarbeiten. Mit allen Betrieben, die nicht volkseigene Betriebe unter eigener Leitung sind, schließt der Ort Kommunalverträge ab, in denen die o.g. Aufgaben geregelt werden. Mit diesen Verträgen wird festgehalten, wer was braucht und welchen Anteil von Arbeits-

Hauswirtschaftliche Dienstleistungen

Leistungsentwicklung Mio M 1980 1986 1987 (Plan)

Dienstleistungen und Reparaturen für die Bevölkerung insgesamt 3 084,3 4 309,1 4466,1

Leistungsanteil
VEB 25,2 %
PGH 28,1 %
priv. Handwerk 46,7 %

Struktur der Betriebe

433 VEB für hauswirtschaftliche und stadtwirtschaftliche Dienstleistungen

davon

14 bezirksgeleitete Kombinate mit 120 Betrieben

6 bezirksgeleitete Betriebe

307 kreisgeleitete Betriebe

1 387 PGH

60 037 private Handwerksbetriebe

mit etwa 115 000 Werkträgern

mit etwa 96 000 Berufstätigen

mit etwa 191 000 Berufstätigen

Struktur der Kundendienstleistungen

238 Häuser der Dienste

237 Auftragszentralen

918 Wäscheserviceräume

Deindustrialisierung — zur weiteren Entwicklung des Trikont

Diskussionsbeitrag der GJA/R zu den Folgen der Produktivkraftentwicklung auf die Länder der sogenannten „Dritten Welt“

Es soll hier um die Frage gehen, ob die in den sechziger/siebziger Jahren begonnene Industrialisierung der „Entwicklungsländer“ fortgesetzt wird, oder es vielmehr aufgrund der fortschreitenden Produktivkraftentwicklung zu einem Rückzug der Produktion in die entwickelten Industriestaaten und dadurch zur Stagnation der Industrialisierung oder gar zur völligen Deindustrialisierung des Trikont kommen wird.

Letztere Position soll im folgenden näher erläutert werden.

Doch zunächst zur jüngeren historischen Entwicklung im Trikont:

In den sechziger und siebziger Jahren (in einigen Teilbereichen wie z.B. der Textilbranche auch wesentlich früher) wurden Teile der kapitalistischen Massenproduktion in den Trikont verlagert.

Die technologische Entwicklung der Produktionsmittel hatte die Arbeitsteilung und Produktivität soweit vorangetrieben, daß der einzelne Arbeiter nur noch primitivste Handgriffe zu verrichten hatte (Taylorismus).

Das Fortschreiten dieses Prozesses hatte zur Folge, daß die benötigte Qualifikation des Großteils der Arbeiter immer weiter abnahm.

Dies sowie die sich stetig zuspitzende Konkurrenzsituation hatten zur Folge, daß das große Angebot an billigen, unqualifizierten Arbeitskräften und die damit verbundene Senkung der Lohnkosten die Industrieansiedlung und die Schaffung der dazu nötigen Infrastruktur im Trikont rentabel machte.

Diese Entwicklung ist sicherlich noch nicht abgeschlossen. Vielen teilweise bisher eher handwerklichen Branchen steht dieser Prozeß bzw. der der Industrialisierung erst noch bevor.

Ein Beispiel wäre das Baugewerbe, in dem die Fertigbauweise mittels industriell gefertigter Bauelemente den Anteil handwerklicher Produktion zurückdrängt.

In anderen Bereichen ist jedoch bereits eine gegenteilige Tendenz zu erkennen:

Die bislang von ungelerten Arbeitern verrichteten Arbeiten werden vollständig mechanisiert.

Wo zuvor eine Vielzahl unqualifizierter Arbeiter eingesetzt wurde, versehen Maschinen ihren Dienst, zu deren Bedienung nur noch wenige, jedoch hochqualifizierte Facharbeiter nötig sind.

Insofern ist es auch fraglich, inwieweit Wirtschaftszweige, deren Industrialisierung jetzt erst beginnt, den Umweg des Taylorismus überhaupt beschreiten. Vielmehr macht in vielen Fällen die hochtechnisierte Produktion die Industrialisierung erst möglich. Der Grund, warum bestimmte Produktionsbereiche bisher handwerklichen Betrieben überlassen blieben, lag vor allem darin, daß individuell verschiedene Ansprüche an das Produkt nur kleine Serien oder gar Einzelstücke zulassen. Die Flexibilität der roboterisierten Produktion ermöglicht es jedoch, verschiedene Produkte ohne Unterbrechung des Produktionsprozesses und Änderung der Produktionsanlagen herzustellen.

Dieser umgestaltete Produktionsprozeß stellt nun aber höhere Anforderungen an den idealen Produktionsstandort, z.B.:

- ein großes Potential hinreichend qualifizierter Arbeitskräfte,
- eine moderne Infrastruktur,
- ein sozialer Standard, der den Arbeiter vom (in den meisten Trikontstaaten herrschenden) unmittelbaren Überlebenskampf befreit und somit die Erlangung der nötigen Qualifikation (z.B. Schulbesuch) überhaupt erst ermöglicht,
- räumliche Nähe von Vorproduzenten und Endproduzenten sowie Endproduzenten und Absatzmärkten, um der durch moderne Technologien wie z.B. Roboter ermöglichten Flexibilität der Produktion gerecht zu werden,
- politische Stabilität, da aufgrund der gestiegenen Kapitalintensität und der gefallen Profitrate die Zeitspanne bis zur Amortisation der Produktionsmittel wächst und gleichzeitig die speziellen Anforderungen an z.B. den Arbeitsmarkt einen kurzfristigen Wechsel des Standortes erschweren.

All diese Bedingungen sind in den Industriemetropolen bereits gegeben, während im Trikont eine umfassende, direkt oder indirekt alle gesellschaftlichen Bereiche betreffende Fortentwicklung vonnöten wäre.

Während für die tayloristische Produktion nur ein Mindestmaß an Infrastruktur nötig ist (Transportwege, Energie usw.), wäre für die Schaffung der Facharbeiterschicht der hochtechnisierten Produktion mehr vonnöten, wie z.B. Schulen, Universitäten, vor allem aber Bedingungen, die den zwangsläufig höheren Reproduktionsbedürfnissen dieser Schicht genügen.

Es ist kaum vorstellbar, daß ein Arbeiter, nachdem er den Tag mit der Steuerung und Überwachung computerisierter Produktionsanlagen verbracht hat, in den Slum heimkehrt, um sich in seiner Wellblechhütte an den aus der benachbarten Müllhalde gefischten Essensresten zu laben.

Der Lebensstandard dieser privilegierten Schicht wird also — wenngleich nicht auf europäisches Niveau — steigen. Wie sieht es nun mit dem Massenproletariat aus? Die für die Herausbildung der Facharbeiterschicht im Trikont notwendigen Voraussetzungen (Schulpflicht, soziale Absicherung etc.) können kaum ohne Auswirkungen auf die Lage des Massenarbeiters bleiben.



Bereits das steigende Bildungsniveau würde erhebliche Klassenkämpfe im verelendeten Proletariat und Subproletariat nach sich ziehen.

Der Standort Trikont zieht also für die hochtechnisierte Industrie zweierlei Folgen für die Lohnkosten nach sich: Zum einen sinkt das Lohnniveau der Facharbeiter gegenüber den Industriestaaten ab, ohne jedoch den aktuellen Stand des Trikont-Massenarbeiters zu erreichen.

Zum anderen steigt das Lohnniveau eben dieses Massenarbeiters. Mit anderen Worten: Die weitere Industrialisierung, genauer der Einzug der hochtechnisierten Produktion in den Trikont, würde in diesem Bereich Vorteile auf dem Gebiet der Lohnkosten bringen, während jedoch die noch tayloristisch produzierenden Industriezweige erhebliche Abstriche in ihrem hauptsächlichen Standortvorteil zu machen hätten. In der tayloristisch organisierten Produktion spielen die Lohnkosten jedoch in Relation zur Gesamtkapitalintensität eine weit größere Rolle als in der hochtechnisierten Produktion.

Eine qualifizierte Facharbeiterschicht mit Lohnansprüchen, welche unter denen der z.B. BRD-Facharbeiter rangieren, findet sich aber auch in Staaten, die bereits über eine mehr oder weniger moderne Struktur verfügen, wie z.B. Großbritannien, die DDR oder einige andere europäische Staaten, deren Industrie mittlerweile nicht mehr konkurrenzfähig oder schon zusammengebrochen ist.

Noch ein weiteres Argument spricht für den Rückzug der Produktion in die Metropolen:

Mit fortschreitender Produktivkraftentwicklung wird das Kapital zwangsläufig mehr und mehr Menschen außer Lohn und Brot setzen, was — zumindest in den Metropolen — erhebliche soziale Spannungen und Klassenkämpfe zur Folge haben wird. Es wäre somit zur Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals günstig, die zur Verfügung stehende Massenkraft in den Zentren seiner Macht zu konzentrieren, also bevorzugt hier Arbeitskraft nachzufragen. Mittelfristig wird sich das Kapital also in dem Maße, in dem die Produktivkraftentwicklung die Abkehr vom Taylorismus zuläßt, aus dem Trikont zurückziehen. Zur Prüfung dieser These nun ein paar Zahlen am Beispiel Brasiliens, welches in den siebziger Jahren einem erheblichen Industrialisierungsschub ausgesetzt war und als an der Schwelle zum Industriestaat stehend angesehen wurde:

Die ausländischen Direktinvestitionen in Brasilien entwickelten sich vor allem in den siebziger Jahren stark positiv und erreichten 1982 mit 2,5 Mrd. US-\$ ihren Höchststand, weisen fortan jedoch eine rückläufige Tendenz auf und waren bereits drei Jahre später, 1985, bei 1,1 Mrd. US-\$ angekommen. (Quelle: Bundesstelle für Außenhandelsinformationen)

Weltweit verhält es sich ähnlich: Zwar steigen die Direktinvestitionen im Trikont (einschließlich „Schwellenländern“) immer noch an; ihre Wachstumsrate stagniert mit ca. 10 % jedoch seit einigen Jahren, während die der Direktinvestitionen in den Industriestaaten deutlich steigt, nachdem sie in den siebziger Jahren hinter der des Trikont zurückgeblieben war.

In Zahlen bewegten sich die Nettodirektinvestitionen der Industriestaaten von 20 Mrd. US-\$ 1982 auf 10 Mrd. 1986, für 1990 schätzt der IWF 15 Mrd. (nach „Zeit“ v. 13.4.1990) Der BRD-Direktinvestitionsbestand stieg von 1976 bis 1987 in anderen Industrieländern von 36 Mrd. DM (= 74 %) auf 132 Mrd. DM (= 83 %) und in den „Entwicklungsländern“ von 10 Mrd. DM (= 21 %) auf 20 Mrd. (= 13 %), d.h. der Anteil der „Dritt-Welt“-Länder sank relativ (nach epd — Entwicklungspolitik 2/90). Hinzu kommt, daß sich die Investitionen in der „Dritten Welt“ auf einige wenige Länder erstrecken, nämlich genau die, die schon eine etwas entwickeltere Industrie mit entsprechender Infrastruktur haben. 86 % der imperialistischen Direktinvestitionen in der „Dritten Welt“ konzentrierten sich in den achtziger Jahren in nur 19 Staaten: in Lateinamerika 70 % in Argentinien, Brasilien und Mexiko; in Asien 92 % in Hongkong, Indonesien, Malaysia, Südkorea, Sin-

gapur, Taiwan und Thailand; in Afrika 90 % in Algerien, Ägypten, Kamerun, Nigeria und Tunesien. (nach: IPW-Forschungshäfte 4/89, S. 59)

Was bedeutet dies alles?

Mittelfristig wird die Industrialisierung des Trikont stagnieren, langfristig wird es zu einer Deindustrialisierung kommen.

Der Trikont wird aus der internationalen Arbeitsteilung des Kapitals herausfallen, zum bloßen Rohstofflieferanten degradiert werden.

Hierbei spielen noch zwei weitere Faktoren eine Rolle: Zum einen werden Rohstoffe aus dem Trikont aufgrund moderner Technologien zunehmend durch andere Rohstoffe ersetzt — beispielsweise Erdöl durch Uran.

Auch die Kupferminen, die 1973 noch einen der Hauptgründe für den chilenischen Militärputsch darstellten, sind heute aufgrund des Siegeszuges der Mikroelektronik in ihrer Bedeutung stark gesunken und werden dies im Hinblick auf die Entwicklung der Glasfasertechnologie wohl auch weiterhin tun.

Auch auf dem Gebiet der Agrarprodukte wird der Import aus dem Trikont mittelfristig an Bedeutung verlieren. Durch die Entstehung, Fortent-

wicklung und Zentralisierung der Agrarindustrie in den Metropolen, wie sie momentan durch die Politik der EG forciert wird, wird sich der Vorteil der Agrarprodukte aus dem Trikont verringern.

Darüber hinaus ist anzunehmen, daß in Zukunft Agrarerzeugnisse aufgrund der Entwicklung der Gentechnologie teilweise durch Industrieprodukte ersetzt werden. Bereits heute wird z.B. Ketchup z.T. nicht mehr aus Tomaten, sondern aus Zellkulturen hergestellt. Zum anderen wirkte bisher die Existenz der Sowjetunion positiv auf die ökonomische Entwicklung des Trikont aus, da die Wirtschaftshilfe der Sowjetunion „sozialistischer“ Trikontstaaten am Leben erhielt und dadurch eine ernsthafte Alternative zum Kapitalismus eröffnete. Der Wegfall dieser „Konkurrenz“ ermöglicht es dem westlichen Kapital nun, die Ausbeutung und Verelendung des Trikont noch konsequenter zu betreiben.

Ein sozialistischer Staat wäre nunmehr nicht mehr ökonomisch kaum lebensfähig.

Die zum Aufbau der eigenen Industrie nötige protektionistische Handelspolitik würde ihn ohne den Schutz der Sowjetunion zum leichten Opfer militärischer Intervention des westlichen Kapitals machen.

Weiterentwickeln werden sich lediglich die imperialistischen Staaten, welche bereits zu den Hochzeiten des Taylorismus auf den Stand eines Industriestaates gebracht wurden und deshalb die strukturellen Vorteile eines Industriestaates mit vergleichsweise billigen Facharbeiterskräften verbinden. Der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt war 1985 am höchsten in Südkorea (30,7 %), Brasilien (26,6 %), Peru (25,4 %) und Singapur (24,4 %). (Nach: IPW-Forschungshäfte 4/89, S. 70)

In vielen Teilen der Welt wird es zu Massenverelendung kommen, die den bisherigen Stand noch übertrifft.

Zweifelloso wird es auch oder gerade unter diesen Bedingungen weiterhin zu Klassenkämpfen in diesen Regionen kommen, die selbstverständlich unserer Unterstützung bedürfen.

Die Kämpfe, die den Kapitalismus in seinen vitalen Interessen berühren und ihn letztlich überwinden werden, können jedoch nur in den Metropolen stattfinden!

—(GJA/R — OG Hamburg)

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 64 42
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Deljen, Martin Fochler, Christiane Schneider
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58. Konten: Postgromat Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26, DM. ein Jahresabonnement Politische Berichte 52, DM.
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Deljen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMa, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
— Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhäfte, hrsg. von
AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG Jugend, Militär, Gefängnisse, 8 S., 1,20 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für revolutionäre Hochschulpolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg. Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czerniakstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg. Kurdistan-Komitee in der BRD
Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM, Jahresabo 30 DM

Angehörigen-Info, Hrsg. Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM, Halbjahresabo 26 DM

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1

Politische Berichte

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ drei Ausgaben kostenlos zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).
- ☐ ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Girokontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Kontoführendes Kreditinstitut/Unterschrift)